

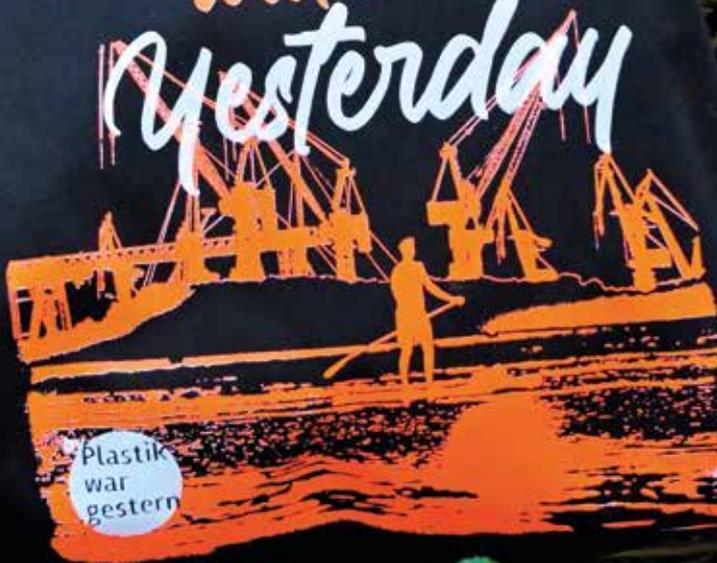
hlz



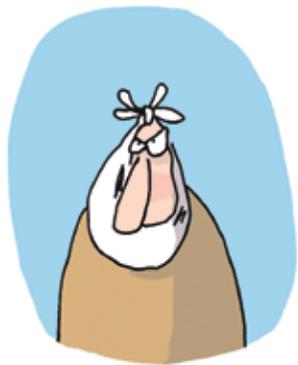
C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg
März-April 3-4/2021

One Morning.
Corona
will be
Yesterday



hlz-Umfrage
S. 41



Zahnweh



Heimweh



Wegweh

K O E A

Titel: Ergebnis eines Projekts der STS-Stellungen, s. S. 27

hlz-Notiz



Im letzten Jahr hat die Kultusministerkonferenz (KMK) wieder einmal gezeigt, dass sie keine zukunftsweisenden Antworten auf die drängenden schulpolitischen Fragen hat. Ihre Empfehlungen zum Umgang mit der Pandemie waren und sind auf Prüfungen und Abitur ausgerichtet. Wie die physische und psychische Gesundheit der Schüler_innen und Beschäftigten zu schützen ist, war und ist allerhöchstens zweitrangig. Noch stärker wurde die fehlende Zukunftsorientierung an der am 20. Oktober 2020 vorgelegten Ländervereinbarung, die das sogenannte Hamburger Abkommen vom 28. Oktober 1964 in der Fassung vom 14. Oktober 1972 ersetzen soll, deutlich. Sie ist rückwärtsgewandt. Der Status quo einer Bildungspolitik der 1950er-Jahre West wurde so festgeschrieben: Prüfungen werden zentralisiert und normiert, noch mehr Tests und Bildungsstandards. Geht es nach der KMK, wird es alte Pädagogik im digitalen Gewand geben. Von Inklusion, dem gemeinsamen Lernen aller Kinder und Jugendlichen zur Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, verabschiedet sich die KMK weitgehend. Gesamt- und Gemeinschaftsschulen tauchen nicht mehr auf. Statt einem Bildungsrat wird nun eine wissenschaftliche Kommission eingesetzt, die von der KMK gesteuert werden kann. Gewerkschaften werden nicht regelhaft beteiligt. Die Ländervereinbarung wird in keinem

Länderparlament diskutiert und verabschiedet. Undemokratisch, intransparent und weitgehend hinter verschlossenen Türen werden bildungspolitische Weichen der Zukunft für alle 16 Bundesländer gestellt.

Und in Hamburg ist es nicht besser: Bereits die Beratungen zum Koalitionsvertrag im Frühjahr 2020 sind fast klammheimlich hinter verschlossenen Türen abgehalten worden. Während an den Schulen seit über 13 Monaten alle weit über ihre Maßen ihr Bestes geben (s. auch in dieser hlz die Erfahrungsberichte), damit Schule und Unterricht überhaupt läuft, arbeitet die Schulbehörde still und heimlich die Beschlüsse des Koalitionsvertrags und des Schulstrukturfriedens ab. Da die Deputationen abgeschafft sind, hat die BSB fast freie Hand. Die Bildungspläne werden überarbeitet. An

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring

Mehr Zeit und mehr Demokratie!

die Schulöffentlichkeit dringt dies nur durch eine kleine Notiz am Ende des Newsletters der BSB vom 19.3.21. Dort wird die Zahl der Woche vorgestellt: 146. Wenn man weiter liest, heißt es, dies sei die Anzahl der an der Überarbeitung der Bildungspläne beteiligten Kolleg_innen aus der Abteilung B3. Nichts weiter. Wann werden sie vorgestellt? Wann werden sie öffentlich dis-

kutiert? Nichts! Ein Entwurf zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die allgemeine Hochschulreife (APO-AH) ist auf Seiten der BSB erstellt worden und den Kammern wird nur wenig Zeit für eine Stellungnahme gegeben. Der Entwurf atmet den Geist des Gestrigen: Die Entwicklung in Richtung einer zergliederten Einzelfachschule, in Richtung einer Schule, die sich vor allem an einem abfragbaren Wissenskanon orientiert und die Förderung sozialer und kultureller Kompetenzen vernachlässigt. Zu befürchten ist darüber hinaus, dass dieser pädagogische Rückschritt die Segregation in Hamburgs Schulstruktur des „Zwei-Säulen-Modells“ weiter befördert.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Auswertung der Corona-Pandemie mit ihren Auswirkungen auf den schulischen Bereich mit Blick auf eine Pädagogik, die nicht eingrenzt und das Sozial-Kulturelle noch weiter vernachlässigt. Unter breiter Beteiligung von allen Akteur_innen muss jetzt diskutiert und beraten werden, welche Maßnahmen in den nächsten Jahren für die Schulen und insbesondere für die Schüler_innen notwendig sind, um die psychischen und sozialen Auswirkungen der Pandemie

aufzufangen. In den kommenden Jahren müssen die Schüler_innen entlastet und unterstützt werden! Kein weiter so! Kein Zurück! Es wird eine neue Herausforderung für die Schulen und die pädagogisch Beschäftigten sein. Deshalb brauchen auch sie Entlastung. Mehr Zeit für die pädagogische Arbeit in den Schulen ist erforderlich, ebenso demokratische Teilhabe!



Die Wahrheit liegt auf dem Platz Seite 10

Wie es am Arbeitsplatz in Zeiten der Pandemie aussieht, was euch bewegt und was euch in diesen Zeiten der äußersten Anstrengung widerfährt, haben wir gefragt. Die Antwort für die BSB ist wenig schmeichelhaft.

Alle wollen nur das Beste Seite 16

Auf einer von der GEW initiierten Online-Konferenz zeigten sich die schulpolitischen Sprecher_innen der Parteien vor allem offen gegenüber den Forderungen nach einer Arbeitsentlastung der Kollge_innen.

Ausbildungsplatzgarantie jetzt! Seite 24

Wer jetzt als Schulabgänger_in einen Ausbildungsplatz sucht, hat schlechte Karten. Österreich macht vor, wie die Betroffenen zu einem besseren Blatt kommen können.

Völlig erschöpft Seite 12

Welchen Belastungen Schüler_innen im Rahmen des Fernunterrichts aufgesetzt sind, beschreiben zwei Kolleg_innen, deren Urteile sich auf einer eigens dafür von ihnen selbst durchgeführten Studie gründen, sehr eindringlich.



hlz-Umfrage

Eure Meinung ist gefragt!

Fragebogen auf Seite 41



Magazin

China Keine Handys an Schulen	15
Ausbildungsplätze Garantie unumgänglich	24
Deutschunterricht Einfach Sprache	30
Religionsunterricht Debatte geht in die nächste Runde	32
Identitätspolitik Seltsame Blüten	47
Decolonize Skandalöse Erinnerungskultur	52
Pädagogik Empathie als Schulfach	56
Tag der Befreiung Initiative für Feiertag	60
VVN Gemeinnützigkeit zurückerobert	61
Ökonomie Beliebtes Katastrophenszenario	63
Modern Monetary Theory (MMT) Hohle Versprechen	67
Auschwitz-Komitee Ausschreibung Hans-Frankenthal-Preis	78

Bildungspolitik

Weiterbildung Hamburger Appell im Aufwind	28
Inklusion Kleinliche Regelung	29

Corona

Offener Brief Chaos im Verfahrensablauf	8
Impfung Priorität für Analoge	9
VSK Keine Sonderrolle	9
Fragen an Charlie Kolleg_innen in Zeiten der Pandemie	10
Engagement Für mehr Eigenverantwortung	11
Homeschooling Enormer Leidensdruck	12
Onlinekonferenz Schulpolitische Sprecher_innen auf Sendung	16
Kita Falsche Feindbilder	20
Offene Liste Hinter der Maske	22

GEW

Hamburger Gewerkschaftstag Wahlausschreiben	19
Beratung Umgang mit Verschwörungsmythen	62
Fair childhood Burkina Faso braucht unsere Solidarität	70
Geschichte der GEW Zwei Rezensionen	72

Rubriken

hlz-Notiz	3
Leser_innenbriefe	6
gb@	23
Termine	79
Impressum	79
Rätsel	80
Aus dem gesunden Menschenverstand...	81



Cancel Culture Seite 47

Neben Corona macht eine lebendig bis hitzig geführte politische Debatte gegenwärtig von sich reden. Sie berührt auch das von uns seit vielen Jahren praktizierte Gendern der Sprache. Eine in Teilen verschlungene, widersprüchliche Auseinandersetzung.

Zwei Lesarten Seite 72

Das in der letzten Ausgabe vom Autor selbst vorgestellte Buch zur Geschichte der GEW führt zu unterschiedlichen Urteilen bei den Rezensenten.

Apokalypse now Seite 63

Es tönt aus vielen Ecken, vor allem aus der Wirtschaftspresse: Wer soll das alles bezahlen? Brecht würde die Frage anders gestellt haben: Wer zahlt die Spesen?

Auf Großer Fahrt Seite 32

Was in der vorletzten hlz mit der Auseinandersetzung um den Religionsunterricht an Hamburger Schulen begann, setzte sich fort.



Leser_innenbriefe an: hlz@gew-hamburg.de
(wir belassen ggf. alte Schreibung)

Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

Zwischen den Zeilen

hlz 12/2020, S. 38ff

Liebe Redaktion,
das Anliegen der Artikel ist verständlich und nachvollziehbar, insbesondere die Problematik von Religionslehrkräften, die wegen ihres Kirchnaustritts nicht mehr Religion unterrichten dürfen. Wichtig finde ich auch den Hinweis, dass der Religionsunterricht wegen seiner grundgesetzlichen Verankerung nicht einfach gestrichen werden kann.

Was ich allerdings vermisste, ist ein stärkerer Bezug auf die Praxis des Religionsunterrichts unter den derzeit gegebenen Bedingungen. Zwischen den Zeilen scheint mir an mehreren Stellen der Vorwurf zu stehen, Kinder aus nichtreligiösen Familien würden indoktriniert oder missioniert. Das ist natürlich eine glatte Unterstellung. Auch eine bewusst christliche Lehrkraft wird nicht einfach christliche Überzeugungen benoten, wie es der Artikel von Gerhard Lein nahezulegen scheint, sondern das Wissen darüber und die korrekte Darstellung der entsprechenden Position. Das gilt natürlich auch für eine atheistische Position, wenn sie entsprechend sachlich vorgetragen und als solche charakterisiert wird.

Vielleicht liegt das Problem aber auch darin, dass die atheistische Position außer einer Negation nicht viel Inhaltliches zu bieten hat.

Meines Wissens ist aber Religionskritik durchaus auch Inhalt des herkömmlichen Religionsunterrichts.

Wie dem auch sei, die christliche Religion hat die Geschichte, Kultur und Werte Europas in einer Weise geprägt,

die weit über den derzeitigen Einfluss der Kirchen hinausgeht. Dieses Wissen sollte der jungen Generation nicht vorenthalten werden, in welcher Form auch immer dies im schulischen Unterricht umgesetzt wird.

Mit freundlichen Grüßen
REINHOLD TROTT

**Transparenz:
Fehlanzeige**

hlz 1-2/2021,

S. 27 Wahlausschreiben

Auf dem Gewerkschaftstag am 20.5.21 sind vier Vorstandsstellen neu zu besetzen, da die satzungsgemäßen Amtszeiten enden. „Kandidaturen können ab sofort – und bis zum 20.5.21 (!! – in der Geschäftsstelle eingereicht werden.“

Seit vier Jahren ist es bekannt, dass die Ämter dieses Jahr im Mai neu besetzt werden müssen und erst jetzt – und nur per Anzeige in der HLZ – erfolgt eine Wahlausschreibung!

Hat unser Vorstand nicht überlegt, wer geeignet sein könnte, um auf dem Gewerkschaftstag vorgeschlagen zu werden? Warum wurde nicht bereits auf dem Gewerkschaftstag 2020 mitgeteilt, dass die satzungsgemäße Amtszeit 2021 endet und dazu aufgefordert, über die Ausrichtung und Besetzung des Vorstands zu diskutieren? Bestand kein Interesse oder wurde schlicht vergessen, einen transparenten Prozess anzuschließen und uns Mitglieder demokratisch zu beteiligen? Oder ist dieses Wahlausschreiben bloße Makulatur und zeigt eine Organisationsstruktur, die nicht wirklich an Beteiligung interessiert ist? Kandidaturen für den Vorstand würde ich daran messen, dass die kollektive

Verfügung über gewerkschaftsinterne Prozesse an Bedeutung gewinnen.

UWE BÖHM
BS 24

Kein „Kessel Buntes“

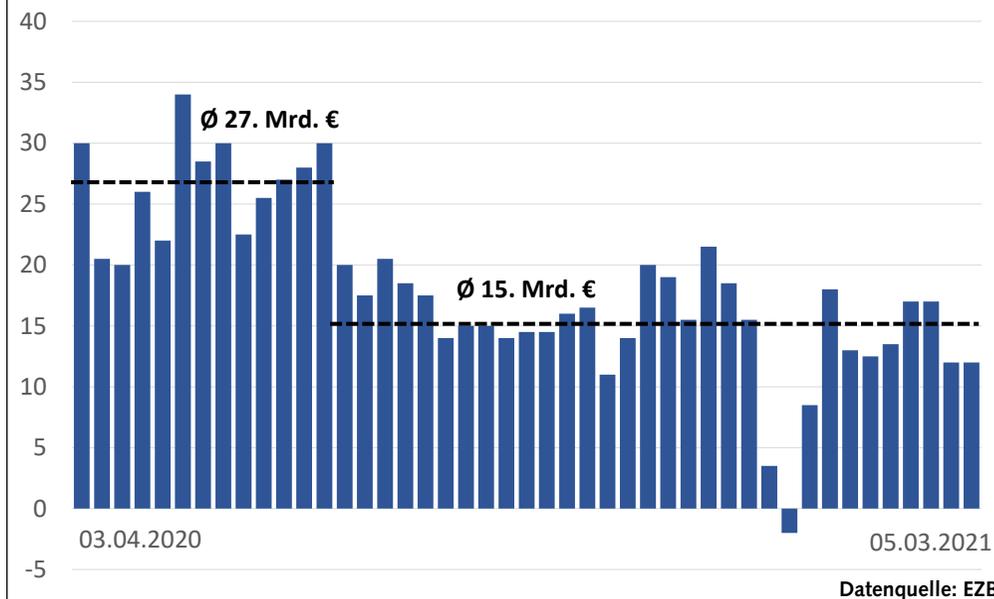
Liebes hlz-Team,

mit großer Verwunderung habe ich die Kontroverse zum Religionsunterricht in der hlz zur Kenntnis genommen. Aus meiner Sicht, der Sicht des stellvertretenden Schulleiters am Friedrich-Ebert-Gymnasium in Harburg, ist die Bedeutung des Faches „Religion“ für alle Kinder in der Beo-Stufe evident. Wir begrüßen in Klasse 5 Kinder mit ganz unterschiedlichen Herkünften, Werten und Religionen. Nur im Fach Religion können die Lehrkräfte (meist ausgebildete Religionslehrkräfte und nicht wie unterstellt Klassenleitungen, die in der Relistunde einen „Kessel Buntes“ anbieten) mit der ganzen Klasse zentrale und wichtige Lebens- und Orientierungsfragen thematisieren. Hier wird Toleranz gelebt und Respekt für andere Anschauungen gelernt. Muslimische Kinder freuen sich und sind stolz, wenn die benachbarte Moschee besucht wird. Viele Kinder staunen, wenn sie zum ersten Mal in ein großes gründerzeitliches christliches Gotteshaus eintreten. Im gemeinsamen Religionsunterricht ist der Platz für die so wichtige interkulturelle Erziehung.

Viele Grüße
CHRISTOPH POSSELT
Stellvertretender Schulleiter
Friedrich-Ebert-Gymnasium

Weitere *Leser_innenbriefe* zum Thema *Religionsunterricht* S. 37ff und zur *Staatsverschuldung* S. 57

Entwicklung der wöchentlichen Nettokäufe der EZB



So funktioniert "Geld drucken"! Schuldner (die Staaten) und Gläubiger (EZB) sind ein und dieselben. Was hindert also die EZB daran, den Staaten die Schulden zu erlassen, fragt die Modern Monetary Theory (MMT). Siehe dazu auch hlz 1-2/2021, S. 58ff

Raketenhagel wäre besser

hlz 1-2/2021, S. 12f

In Ihrer letzten Ausgabe vom Januar/ Februar 21 zielt die Zeitschrift als Aufmacher eine angezündete Rakete mit dem Text, „Geschafft, A 13 für alle“. Das stimmt so nicht: wieder einmal sind die Vorschullehrkräfte nicht berücksichtigt worden und in Ihrem ausführlichen Artikel finden wir auch nicht mit einem Wort Erwähnung. Ich gönne meinen Kolleg_innen die verdiente Erhöhung, aber wieder einmal sind wir VSK Kräfte leer ausgegangen. Ich finde es mehr als bedauerlich, dass diese Situation so wenig Interesse und Unterstützung in der hlz findet. Zumal wir bei unserer Eingruppierung von A 13 noch nicht einmal träumen können. Ich wünschte mir da

mehr Solidarität, auch in der Berichterstattung.

CATRIN BASSUS
Vorschullehrkraft in Hamburg

Modern Money Theory (MMT)

hlz 1-2/2021, S. 65

Moin hlz, spannender Text, wenn auch mit Lücken in der Frage, wie sichergestellt wird, dass die betreffende Volkswirtschaft ausreichend mit Gütern und Dienstleistungen versorgt ist. Da ich aber lieber das Original lese, musste ich mir den Text erst mal selbst im Netz suchen. Dass er auf Hickels Seite verfügbar ist, hätte man ja mal am Ende erwähnen können. Wer den Text übersetzt hat, bleibt ebenso ein Geheimnis ...

Viele Grüße
AMREY DEPENAU

Da wir den Text auf Deutsch ohne Angabe von MAKROS-KOP zur Verfügung gestellt bekommen haben, gab es keine Veranlassung für uns, den oder die Übersetzer_in zu recherchieren. Die Red.

Letzt Meldung

Eine Studie des Helmholtz Zentrums München kommt zu dem Ergebnis, dass während der zweiten Corona-Welle dreibis viermal mehr Kinder in Bayern mit SARS-CoV-2 infiziert waren, als über PCR-Tests gemeldet. Zudem wiesen am Ende der zweiten Welle etwa achtmal mehr Kinder Antikörper gegen das Coronavirus auf als am Ende der ersten Welle. <https://www.helmholtz-muenchen.de/aktuelles/uebersicht/pressemitteilungnews/articel/49455/index.html>

Zeitfenster aufsperrern

Offener Brief der GEW Betriebsgruppe der Grundschule Eenstock

Wir, die GEW Betriebsgruppe der Grundschule Eenstock, schließen uns den zahlreichen offenen Briefen der GEW Betriebsgruppen Hamburger Schulen und deren Forderungen an.

Wir sorgen uns, wie alle Lehrkräfte, um unsere Schülerinnen und Schüler. Es ist für viele Familien nicht leicht, den Spagat zwischen Beruf, Distanzunterricht und Familienleben zu bewältigen.

Aber auch unsere Gesundheit steht für uns im Fokus. Wir Lehrkräfte gehören z.T. selbst einer Corona-Risikogruppe an oder wohnen mit Menschen aus Risikogruppen zusammen. Mit großer Sorge beobachten wir, dass dieser Aspekt nur eine untergeordnete Rolle bei der Wiederaufnahme des Wechsel-/Präsenzunterrichts zu spielen scheint. Der Wechselunterricht begann, ohne dass wir zuvor geimpft wurden. Immerhin laufen die Erstimpfungen jetzt an. Die uns zur Verfügung gestellten FFP2 Masken wurden ausgerechnet zu Beginn der Selbsttestungen der Kinder für schadhaft befunden und mussten – bisher ersatzlos – entsorgt werden. Eine Entschuldigung, die ein wertschätzendes Zeichen gesetzt hätte, vermissen wir bis heute. Leider werden Kinder mit viel zu großen oder schon vielfach getragenen Einmalmasken oder gar mit Symptomen in die Schule geschickt. Diesen Umständen sind wir ohne wirksamen Schutz ausgeliefert.

Wir unterweisen seit zwei Wochen die Kinder in der Durchführung der Selbsttests, besonders die Erstklässler benötigen viel Hilfe. Niesanfalle durch die Wattestäbchen kommen vor. Da natürlich beim Testen keine Mas-

ken getragen werden, sind alle im Raum gefährdet. Dieser Zustand ist nicht tolerierbar, zumal eine Infektion mit Covid19 in der Schule nicht einmal als Berufserkrankung angesehen wird. Es ist unerträglich, dass unser Dienstherr seit einem Jahr fahrlässig mit unserer Gesundheit umgeht. Das Öffnen der Fenster, freiwillige (jetzt verpflichtende) Selbsttests, CO2 Geräte und die AHA Regel sind die einzigen Maßnahmen, die eine „sichere Schule“ suggerieren sollen. Wir fühlen uns nicht geschützt! Der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz Schule ist nicht gewährleistet, die Fürsorgepflicht wird nicht umgesetzt.

Bieten Sie schnellstmögliche und ausreichende Impftermine für alle Lehrkräfte und wertschätzen Sie die immensen Anstrengungen, die Ihr Schulpersonal seit über einem Jahr leistet, um schulische Bildung bestmöglich auch während der Pandemie aufrechtzuerhalten

In den B-Briefen überschlagen sich die Dienstanweisungen. Das Zeitfenster zur Umsetzung ist derart eng, dass immenser Stress für das Personal vorprogrammiert ist. Schulleitungen, Lehrkräfte und pädagogisches Personal müssen seit Beginn der Pandemie ständig neue Anweisungen, Ideen, Regelungen adhoc umsetzen. Für die Elternschaft sind diese wenig trans-



parent. Deren verständlicher Unmut wird an uns Lehrkräfte herangetragen.

Unser tägliches Arbeitsfeld, mit dem wir uns konfrontiert sehen, sieht folgendermaßen aus: Wechselunterricht, Kinder und Lehrpersonal in Quarantäne, Notbetreuung und Kinder, die Gebrauch vom Aussetzen der Schulpflicht machen sowie Videokonferenzen für diese. Diese immensen zusätzlichen Herausforderungen gehen zulasten unserer Lehrergesundheit, die auch zu pandemiefreien Zeiten gefährdet ist. Dennoch versuchen wir den Schulbetrieb gegen alle Widrigkeiten aufrechtzuerhalten. Unsere Schüler_innen liegen uns am Herzen. Wir arbeiten gern und mit hohem Engagement in unserem Beruf. Doch allmählich wachsen uns die Belastungen über den Kopf.

Wir appellieren an unseren Dienstherrn: Nehmen Sie unsere Gesundheit endlich ernst, und versorgen Sie die Schulen umgehend mit effektiven Sicherungsmaßnahmen, wie z.B. mit Luftfiltern. Bieten Sie schnellstmögliche und ausreichende Impftermine für alle Lehrkräfte und wertschätzen Sie die immensen Anstrengungen, die Ihr Schulpersonal seit über einem Jahr leistet, um schulische Bildung bestmöglich auch während der Pandemie aufrechtzuerhalten. Es hilft nicht, hohe Summen

an Nachhilfe für Schüler_innen bereitzustellen, während wir seit einem Jahr durch fehlende Sicherheitskonzepte daran gehindert werden, den hohen Qualitätsstandard unseres täglichen Unterrichts zu halten. Die zusätzliche zeitliche Komponente durch zwei Testungen pro Kind durch das Lehrpersonal geht zulasten des Unterrichts.

Trotz all der Widrigkeiten sollen die Kinder am Ende des Schuljahres ein Zeugnis bekommen, als stünde das Schuljahr nicht seit Beginn unter dem Zeichen der Pandemie. Wie sollen wir guten Gewissens den Lernstand in das übliche Raster pressen?

Die nächste bedrohliche Welle hat bereits begonnen. Wir

fordern umgehend ein Konzept, das den Kindern einen bestmöglichen Lernzuwachs im Präsenzunterricht/Wechselunterricht ermöglicht, ohne dass die Gesundheit von uns Lehrkräften und auch von den Kindern weiter grob fahrlässig aufs Spiel gesetzt wird!

Gez.: GEW Betriebsgruppe der GRUNDSCHULE EENSTOCK

„Präsenz? Nur geimpft!“

Über Tausend Bildungsbeschäftigte bei Unterschriftenaktion dabei

Die GEW Hamburg hat eine Unterschriftenaktion „Präsenz? Nur geimpft!“ gestartet und innerhalb weniger Tage über 1000 Unterschriften von Bildungsbeschäftigten erhalten, die diese Forderung teilen. Bei dieser Aktion ging es nicht um eine Impfpflicht, sondern um ein Anrecht darauf, geimpft zu werden, wenn präsent unterrichtet wird. Die GEW sieht sich daher



Bild: Andreas Morlok / pixelio.de

in ihrer Forderung bestärkt. „Wir fordern weiterhin, Schulen und Kitas bei einer Inzidenz ab 100 zu schließen. Außerdem muss jetzt geimpft werden! Bis heute sind geimpfte Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher aber die Ausnahme. Die Folge: Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher gehören zu den Berufsgruppen, die am stärksten von Corona-Erkrankungen betroffen sind.

Wir erwarten, dass die

Impfangebote für alle Erzieherinnen und Erzieher, die in Kitas oder Schulen arbeiten sowie für Lehrkräfte und Schulbeschäftigte, die in Präsenz- und Wechselunterricht arbeiten, gelten. Jetzt alles auf die Karte Impfen zu setzen, ist die richtige Strategie, da dies die beste und wirksamste Gesundheitsschutzmaßnahme ist“, kommentiert Anja Bensing-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Presseerklärung vom 1.4.21

Keine Sonderrolle

Einen Gesundheitsschutz zweiter Klasse darf es für Vorschullehrkräfte nicht geben!

Die Senatsbeschlüsse der zusätzlichen Maßnahmen sehen für Kitas die Rückkehr zur erweiterten Notbetreuung vor und für Schulen die Testpflicht der Schülerinnen und Schüler bei Präsenzunterricht. Was das für Vorschullehrkräfte an den Hamburger Grundschulen bedeutet, konnte die GEW auf Nachfrage in der Schulbehörde klären: Die BSB informierte darüber, dass die Vorschulklassen bis auf Weiteres, so wie die Jahrgangsstufen

1-4, im bisherigen Status verbleiben sollen. Das heißt, dass davon auszugehen ist, dass in der Vorschule weiterhin Wechselunterricht erteilt wird und eine Masken- und Testpflicht derzeit für die Kinder in der VSK nicht besteht.

„Die GEW reagiert mit starkem Unverständnis darauf, dass die Vorschulklassen nach wie vor von der Testpflicht ausgenommen werden. Viele Beschäftigte sind wegen der fehlenden Test-

und Maskenpflicht sehr beunruhigt und fühlen sich vom Arbeitgeber im Regen stehen gelassen. Das hat die GEW der Behörde gegenüber deutlich kommuniziert. Wir fordern die Behörde auf, das schnell zu korrigieren. Einen Gesundheitsschutz zweiter Klasse darf es für Vorschullehrkräfte nicht geben!“, kommentiert Anja Bensing-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Presseerklärung vom 6.4.21

Von Depression bis Schulangst

Reaktionen von Kolleg_innen auf Fragen, die die hlz-Redaktion stellte

hlz: Mit welchem Wert auf einer Skala von 1-10 bewertest du deine Arbeitsbelastung in Verbindung mit der übrigen veränderten Lebenssituation?

Charlie¹: Das ist meistens eine 8, manchmal eine 11.

hlz: Beschreib mal der Reihe nach, wie diese Belastungen konkret aussehen?

Charlie: Über die technischen Herausforderungen, die fehlende Ausstattung, das völlig verschobene Berufsbild (s.u.) ist sicher genug gesagt. Vor allem aber ist es extrem fordernd, die völlig entgrenzte Arbeitszeit mit der Zeit fürs eigene Kind bzw. für die eigene Familie zu koordinieren. Wenn dann noch eine Kita schließt oder es dort noch weniger ein Hygienekonzept gibt als an der Schule und man das Kind eine gewisse Zeit zu Hause betreuen muss, während parallel Fern- oder Hybridunterricht (oder beides) laufen, kommt man an seine Grenzen.

hlz: Wie nimmst du die Rolle der Schulleitung wahr?

Charlie: Konfus, unvorbereitet. Zum Teil zynisch: Hygiene

und Gesundheitsschutz laufen unter „kann man machen“. Es ist schade, wenn sich SL sehr an der Behörde orientiert, denn dann hat Gesundheitsschutz eben nicht die höchste Priorität. Wir wollen alle unterrichten, auch in Präsenz, aber wir wollen dabei nicht das Leben unserer Angehörigen, unsere eigene Gesundheit und die der Schüler_innen gefährden. Wenn es dann keinen Konsens mit der SL zu diesem Thema gibt, führt das zu erheblichen Konflikten.

hlz: Was sollte/könnte die SL besser machen?

Charlie: Naja, s. o.: Eine SL



muss m.E. eine Entscheidung treffen, wem sie sich hauptsächlich verpflichtet fühlt. Ist es (A) die BSB? Öffnung der Schulen um jeden Preis bzw. zum möglichst niedrigsten Preis? Gesundheitsschutz nur als Option? Wilder Aktionismus am Freitagabend? Oder ist es (B) das Kollegium und sind es die Schüler_innen, um die es in ers-

ter Linie geht, ggf. eben auch gegen die Behördenvorgaben? Mit Partizipation z.B. in Sachen Ausstattung? Mit Fragen an die Basis: Was kann klappen, was nicht? Mit Einbezug der schulischen Gremien?

hlz: Inwieweit sind die Vorgaben, Anweisungen und Richtlinien der Behörde hilfreich und ausreichend?

Charlie: Besonders positiv hervorzuheben ist sicher der Newsletter, den man leider nicht abbestellen kann. Jubelnachrichten, tendenziöse Fragen an den Senator („Herr Rabe, warum läuft es eigentlich gerade so rund an Hamburgs Schulen?“) und ganz sicher irgendwo auch was zur Pandemie.

Ansonsten ist es immer schön, auf den Freitagabend zu warten, damit man sich das ganze Wochenende über die Vorgaben aufregen kann, die sich dann montags als nicht umsetzbar erweisen.

Und letztlich haben uns die Ideen der Behörde ja in die erste größere Schulschließung im letzten Herbst geführt, da kann man noch mal „Danke“ sagen.

hlz: Was könnte besser gemacht werden?

Charlie: Ganz ehrlich? BSB abreißen, neu bauen.

hlz: Wie kommen die Kolleg_innen deinem Eindruck nach mit der Situation klar?

Charlie: Das geht von... bis: Ich kenne Kolleg_innen, die resigniert haben – denen geht es erstmal ganz gut, sie nehmen alles nicht mehr allzu ernst und gucken auf sich und ihre Klassen. Es gibt aber auch KuK mit erheblichen Gesundheitsproblemen, Leute, die sich das Ganze sehr zu Herzen nehmen und die echte psychische Probleme entwickeln. Das geht von Depressionen bis hin zu Schulangst – das Wissen, dass Hygienekonzepte, wenn überhaupt vorhanden und kommuniziert, schon aus baulichen Gründen nicht umsetzbar

sind, macht KuK zu schaffen. Aus eigener Erfahrung kann ich von Schlafstörungen, Wut, aber eben auch Resignation berichten. Wir können nicht die einzigen sein, die die Pandemie und den Gesundheitsschutz ernst nehmen, also zieht man sich emotional raus.

hlz: Wie kommen die Schüler_innen deinem Eindruck nach mit der Situation klar?

Charlie: Unterschiedlich, klar. Einzelne Fälle von psychischen Problemen sind aufgetreten bzw. haben sich verschärft, aber das muss nicht zwingend an Schulschließungen oder der Situation vor Ort liegen. Man

darf in der Debatte nicht vergessen, dass neben der Schule auch die meisten anderen sozialen Interaktionsmöglichkeiten aktuell gestrichen sind.

Wichtig ist aber, als Lehrkraft den Kontakt zu halten, sich zu kümmern, auch um ggf. an die richtigen Fachstellen zu verweisen. Man ist viel weniger als Fachlehrkraft, dafür viel mehr als Bezugsperson und Pädagog_in gefragt.

hlz: Wie erlebst du die Eltern?

Charlie: Weitgehend unaufgeregert.

hlz: Wir danken für die Antworten.

PARTIZIPATION

Verantwortung übernehmen

Die Behörde schiebt es auf die Schulleitungen, die handeln dann nur im Auftrag – und wer trägt die Verantwortung?

Es geht bei der Gestaltung des Arbeitsplatzes Schule auch um Haltung. Auftrag und Grundverständnis von Pädagog_innen ist es, zur Entwicklung der Mündigkeit von Schüler_innen beizutragen. Man sollte also zumindest aus diesem Grund erwarten können, dass auch wir uns im Arbeitskontext mündig verhalten. Mündige Beschäftigte, Kolleg_innen mit Rückgrat, sind in der BSB vor allem deswegen so wichtig, weil es an anderer Stelle daran offensichtlich fehlt. Fordert eure Rechte ein. Sorgt z.B. für Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Vielleicht ist es zu verlockend, sich auf die Schulleitungen zu verlassen. Für die Verantwortlichen in der BSB ist die Übertragung der Verantwortung in Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes an Schulleitungen dankbar, weil es immer einen

Sündenbock gibt, während sich aber tatsächlich keine Verbesserungen ergeben. Die mit Zeit und Fachwissen völlig unzureichend ausgestatteten Schulleitungen können der Verantwortung nicht gerecht werden, die BSB kann aber weiterhin die Hände in den Schoß legen. Fürsorge, Arbeitsschutz, letztendlich auch Moral? Dank strukturalisierter Verantwortungsdiffusion kein Thema für die BSB.

Aber auch die Beschäftigten an den Schulen machen es sich zu leicht, wenn sie auf eine Errettung durch die Schulleitungen hoffen. Zwar wird die LehrArbVO beispielsweise an den Schulen unterschiedlich mit Leben gefüllt, gibt es mal angemessene, mal unangemessene Reaktionen auf Krankmeldungen und haben Schulen auch ganz praktisch für die Coronaprävention sehr

unterschiedlich viel Geld ausgegeben. Aber es ist eben nicht so, dass alles mit einer guten oder schlechten Schulleitung stehen und fallen muss.

Vielleicht müssen wir uns einer Grundlage neu bewusst werden: Wir führen die Tätigkeit aus, für die die Schulen da sind, während es die Aufgabe der Schulleitungen und Behörde ist, uns dazu in die Lage zu versetzen. Die Schulleitungen sind vor Ort die Dienstleistenden, die u.a. unseren Arbeitstag strukturieren und für unsere Sicherheit bei der Arbeit zu sorgen haben. Die Schulleitungen dürfen den Kolleg_innen zwar vorgeben, ob diese in der 9c oder 9d eingesetzt sind, haben aber auch dafür zu sorgen, dass genug Kopierpapier an den Schulen ist, die Konferenzzeiten eingehalten werden und der Arbeitsschutz gewähr-

leistet ist. Sie müssen den Rahmen schaffen.

Es gibt keinen Anlass für Obrigkeitshörigkeit und Hoffnung auf den rettenden Reiter. Kollegien, die mündig und rechtskundig agieren, können gute Schulleitungen in ihrem Ringen mit der verantwortungslosen BSB kritisch-konstruktiv begleiten und schlechte Schulleitungen durch die Nutzung von Gremien und deren Geschäftsordnungen sowie unter Rückgriff auf die gesetzlichen Vorgaben führen. Fordert Verantwortungübernahme ein! Die Weisungsrechte der Schulleitungen bewegen sich ebenso wie deren Pflichten im geregelten Rechtsrahmen. Während die Schulleitung zur Organisation der Lehrtätigkeit letztendlich marginale Entscheidungen treffen darf (trifft mich die Hofaufsicht oder der Pizzapausenwahnsinn?), muss sie immer den gesetzlichen Rahmen, z.B. beim Arbeitsschutz, achten.

Da die Schulleitungen in

Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes von der BSB offensichtlich als Sündenböcke installiert sind und die Erfahrung zeigt, dass aus der Behörde keine Hilfe zu erwarten ist, müssen die Kollegien für sich sorgen. Perso-

Kollegien müssen z.B. die Paragraphen zur Lehrerkonferenz des Schulgesetzes kennen, um die Gesamtkonferenz zu ihrem Gremium machen

nalräte müssen sich die notwendige Arbeitszeit auch gegenüber Schulleitungen sichern, die weder die entsprechenden Vorgaben des PersVG kennen wollen noch Personalratsarbeit schätzen. Kollegien müssen z.B. die Paragraphen zur Lehrerkonferenz des Schulgesetzes kennen, um die Gesamtkonferenz zu ihrem Gremium zu machen. Allen Be-

schäftigten muss klar sein, dass die BSB dafür da ist, die Schüler_innen von der Tätigkeit der Pädagog_inn und Therapeut_innen an den Schulen profitieren zu lassen. Die Schulleitungen übernehmen dabei dienstleistende Tätigkeiten von den Pädagog_innen wie Materialbeschaffung und Zeitplanung im Gesamtsystem. Sie haben aber auch für Arbeits- und Gesundheitsschutz zu sorgen.

Aus der Behörde kommen zu diesem Thema wahlweise heiße Luft, dröhnende Stille oder Nebelkerzen. Derzeit scheint man dort unwillig oder unfähig zum Gesundheitsschutz. Seid daher selbstbewusst, fordert an den Schulen eure Rechte ein, lasst euch nicht abspesen und begleitet rechtskundig die Schulleitungen. Es geht um Haltung, liebe Kolleg_innen. Und es geht um eure Gesundheit.

OLE WALDMANN
Gretel-Bergmann-Schule

E-LEARNING

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie...?!?

Eine Studie zeigt: Schüler_innen leiden stark unter dem Homeschooling

Die letzte Schulschließung im Zuge der Bekämpfung der SARSCoViD-2-Pandemie, die jetzt schon drei Monate andauert, war für uns Anlass, eine Studie über das E-Learning während des Schul-Lockdowns zu initiieren. Wir wollten, inmitten „der größten Bildungskrise der Neuzeit“ (UNICEF), anhand von zwölf Fragen an insgesamt drei Klassen des 11. Jahrgangs den besonderen Lebens- und Lernbedingungen, denen unsere

Schüler_innen schon zum zweiten Mal ausgesetzt sind, auf den Grund gehen. Denn daran war bislang in der deutschen Öffentlichkeit eher wenig Interesse zu bemerken und auch die Medien beginnen erst langsam, sich dieses Themas anzunehmen.

Viele Antworten übertrafen unsere schlimmsten Erwartungen. Insgesamt kommen wir nicht umhin festzustellen, dass die Auswirkungen des digitalen Fernunterrichts auf unsere Schü-

ler_innen ein noch desolateres Bild zeichnen, als wir es vorab für möglich oder gar für wahrscheinlich gehalten haben. Und, um möglichen Fehlinterpretationen gleich vorzubeugen: Dies hat ursächlich nur wenig damit zu tun, dass die Digitalisierung als Technik immer noch nicht gut funktioniert. Über 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler nehmen die E-Learning-Situation auch unabhängig davon als „belastend“ oder „sehr belas-

tend“ wahr. Die Situation wird als Entgrenzung erfahren, der Tag-Nacht-Rhythmus ist gestört, viele erwähnen Schlafstörungen, es kommt zu einer Orts- und Zeitdiffusion und starken Motivations- wie auch Konzentrationsproblemen. Darüber hinaus kämpfen die Schüler_innen gegen große Monotonie. Viele Aufgaben und schulische Pflichten werden aufgeschoben, türmen sich auf und werden schließlich verdrängt, weil die Schüler_innen in ihr häusliches Leben und Lernen keine Ordnung hineinbringen vermögen. Zusätzlich wird die Lernweise als defizitär empfunden, da man sich isoliert und auf sich selbst zurückgeworfen findet. Das Problem einer als nicht-natürlich wahrgenommenen Kommunikation mit Mitschüler_innen und Lehrer_innen verschärft die oftmals hoffnungslos beschriebene Lage.

Insgesamt bündeln sich die im Homeschooling auftretenden Probleme der Rhythmisierung, Orts- und Zeitdiffusion, Motivation, Isolation, Monotonie, Konzentration und Kommunikation und führen zu einem General-Angriff auf die Gesundheit unserer Schüler_innen. Die Symptome sind Strukturanomie, Entgrenzung, Verlust von Halt und Orientierung, Desozialisati-



Früher hat sie um Computerzeiten gebettelt

on und Frustrationserfahrungen – bis hin zur Depression. Wobei wichtig zu betonen ist, dass ein Großteil der Ängste ursächlich in Verbindung mit den Maßnahmen, die zur Eindämmung der Infektionen getroffen wurden, genauer: den Schulschließungen stehen und nicht aus einer entsprechenden Einstellung gegenüber SARS-CoViD-2 entstanden sind. Dabei beschäftigt die Frage, wie lange die Schulschließungen noch andauern werden, die Schüler_innen am meisten. Dies korrespondiert mit dem, was Kinderärzt_innen und Jugendtherapeut_innen diagnostizieren. Eine dramatisch zu nennende

Zunahme von Angststörungen, Depressionen, Schlafstörungen, Essstörungen bis hin zu akuter Suizidalität.

Aus den Auskünften unserer Schüler_innen muss der Eindruck gewonnen werden, dass das Leben dieser jungen Menschen tatsächlich seit über drei Monaten weitgehend nur noch mit schlafen (bzw. einem Zustand fast vollständiger Passivität, ja Apathie) und dem Sitzen oder Liegen vor elektronischen Geräten (teils zu schulischen, teils zu tendenziell entgegengesetzten Zwecken) zusammengezurr ist. Was dies für das persönliche Wohl und die Gesundheit unserer Schüler_innen bedeutet, lässt sich schon anhand der Zahlen der durchschnittlichen Dauer der Mediennutzung erkennen, die in unserer Stichprobe bei zehn Stunden täglich liegt (gegenüber sieben bis acht Stunden im ersten Lockdown). Angesichts dieses dramatischen Bildes und der psychisch extrem angespannten Lage sowie dem Leiden unserer Schüler_innen daran sind wir enttäuscht darüber, dass offenbar noch immer viel zu wenige Pädagog_innen sich der Dimension dieser Gefährdung unserer Kinder und Jugendlichen gewahr werden, denn



Nach 10 Stunden E-Learning

sonst hätten sie und ihre Verbände doch schon längst Alarm schlagen müssen.

Dabei fällt auf, dass mit dem Lockdown ganz offensichtlich der Leistungsdruck für die meisten Schüler_innen keinesfalls nachgelassen hat, sondern sich auf äußerst problematische Weise in ihre psychischen Systeme als eine nicht adäquat bearbeitbare Anforderung zwischen Selbst- und Fremdsteuerung (bzw. dem mangelnden Ausgleich beider Anforderungen) verschoben und umso tiefer eingeschrieben hat. Statt dass Schule dafür Sorge trägt, dass Leistungsdruck in dieser größten Bildungskrise der Neuzeit von den Kindern, genommen wird, übt ein selbst offenbar hochgradig fremdgesteuertes, nur auf Leistung und Leistungserfüllung getrimmtes Schulsystem noch zusätzlichen Druck aus. Dieser Druck droht

zu dauerhaften Verletzungen der Gesundheit der Schüler_innen zu führen.

Wann also werden neben Virolog_innen und Epidemiolog_innen wirklich Gesundheitssachverständige anderer Fachrichtungen und Disziplinen von den Politiker_innen vor ihren Beschlussfassungen und vor neuen Verordnungen gehört? Wann bringen Pädagog_innen, die doch eigentlich Anwälte der Kinder und Jugendlichen sind (oder zumindest sein sollten) und primär das Kinder- und Jugendwohl vor Augen haben (oder haben sollten), die Bedürfnisse und Perspektiven der im Lockdown fast immer isoliert und still vor sich hin leidenden, im Hamsterrad digitalen Lernstresses hilflos gefangenen und einer allgemeinen psychosozialen Überforderungssituation ausgelieferten Schülerinnen und Schülern laut

und deutlich zu Gehör? Wenn es noch eines solchen Negativbeweises bedurft hätte: die Kinder und Jugendlichen haben in der „Lobbyrepublik Deutschland“ keine Lobby!

In unserer Untersuchung haben 56 Prozent der Befragten den expliziten Wunsch geäußert, dass der Lockdown so schnell wie möglich beendet werden soll, 24 Prozent können sich vorstellen, sofern sie Wahlmöglichkeiten haben, auch teils weiter Online – Unterricht zu haben und 20 Prozent machen die Entscheidung abhängig von der Höhe der Inzidenz bzw. allgemein von der Entscheidung durch die Politik.

Das „große Experiment“ des E-Learnings, das pandemiebedingt vor einem Jahr begann, haben wir nun monatelang an den Schüler_innen im „verschärften“ Realitätstest ausprobiert. Auch wenn dieses Experiment vom

Gesichtspunkt der Versorgung mit digitalen Geräten und Technik aus betrachtet für unsere Schulen als Erfolg angesehen werden kann, können uns die Ergebnisse der Studie sowohl vom Pädagogischen, von den Lernergebnisse als auch der Bildungswirksamkeit für unsere Schüler_innen nicht zufriedenstellen. Stattdessen zeigt der Schul-Lockdown überdeutlich:

Digitaler Fernunterricht kann kein adäquater Ersatz fürs „ana-

loge Schule machen“ sein.

FINN JAGOW und BERND SCHOEPE

Über die Autoren

Finn Jagow (geb.1966) und Bernd Schoepe (geb. 1965), freie Autoren, die zu bildungspolitischen und bildungssoziologischen Themen schreiben. Bernd Schoepe ist auch langjähriges aktives GEW-Betriebsgruppenmitglied, ehem. Vertrauensmann und Mitglied der Hamburger Lehrerkammer. Hauptberuflich unterrichten beide Autoren Politik, Deutsch und Philosophie an Hamburger Stadtteilschulen. Weiter Informationen können angefragt werden bei: berndschoepe@gmx.de

China verbietet Handys an Schulen

Regierung in Sorge wegen hohem Anteil kurzsichtiger Kinder

In China besteht seit Februar ein generelles Verbot von Smartphones an Grundschulen und weiterführenden Schulen. Wie das Bildungsministerium mitteilte, dürfen künftig keine Handys mehr zur Schule mitgebracht werden. Sollten Eltern die Mitnahme dennoch für notwendig halten, müsse dies schriftlich erklärt werden. Die Geräte könnten dann beim Betreten der Schule bis zum Ende des Unterrichts verwahrt werden. In den Klassenräumen würden keine Smartphones toleriert.

Mit den Maßnahmen will das Bildungsministerium das Sehvermögen junger Menschen schützen, ihre Konzentration aufs Lernen fördern sowie gegen Internet- und Spielsucht vorbeugen. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist der Anteil der kurzsichtigen Grundschüler_innen in China mit 40 Prozent weltweit am höchsten.

In einem Aktionsplan der Regierung wird empfohlen, dass Kinder einen elektronischen Bildschirm nicht länger als 15

Minuten am Stück und nur maximal eine Stunde am Tag benutzen.

Hanyang, sein früherer Lehrer habe einen Hammer mit in die Klasse gebracht. Zu sehen, wie



Schüler in Beijing

Die Lehrkräfte werden vom Ministerium aufgefordert, keine Hausaufgaben aufzugeben, bei denen ein Smartphone benutzt werden muss. Den Schulen wird empfohlen, öffentliche Telefone für den Kontakt zwischen Schüler_innen und Eltern bereitzustellen.

Laut *China Daily* werden die neuen Regeln entschieden umgesetzt. So berichtet Schüler Dai

er damit das beschlagnahmte Handy eines Mitschülers zerkleinert, habe klar gemacht, dass das Handyverbot ernst gemeint sei. Dai, inzwischen 17 Jahre alt und an einer High School, ergänzt: An seiner neuen Schule würden die bei einem Regelverstoß beschlagnahmten Geräte erst am Ende des Semesters zurückgegeben.

MANNI HEDE

Ausgewählte Ergebnisse der Stichprobe zum „E-Lernen“ während des Schul-Lockdowns

- 90 Prozent aller Schülerinnen und Schüler nehmen die derzeitige Situation des Schul-Lockdown als „belastend“, jede_r zweite Befragte sogar als „sehr belastend“ wahr.
- Die Motivation schätzen die Schüler_innen zu über 50 Prozent als mittelmäßig, zu 30 Prozent als schwach und nur zu 17 Prozent als gut ein.
- Fast jede_r zweite geht davon aus, dass sich die Noten durch die Lockdowns verschlechtern werden.
- Über 60 Prozent vermissen ihre Freund_innen, 35 Prozent die gemeinsamen Aktivitäten mit anderen Menschen. Ein Drittel vermisst Sport und die normale Freizeit.
- 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler geben an, Ängste infolge der durch die Politik getroffenen Maßnahmen gegen die SARS-CoVid-2-Pandemie entwickelt zu haben.
- 58 Prozent bekommen zu Hause wenig oder gar keine Unterstützung
- 69 Prozent der Schüler_innen sagen: Die Schule nimmt nur teilweise Rücksicht auf die besondere Situation, 24 Prozent sagt: sie nimmt keine oder nur wenig und nur 6.9 Prozent sagt: sie nimmt viel Rücksicht.
- 90 Prozent der Schüler_innen sprechen sich dafür aus, möglichst schnell wieder in den Präsenzunterricht zurückkehren zu können, 24 Prozent können sich in der derzeitigen Situation am besten Hybridunterricht (Mischung aus Präsenz- und digitalem Fernunterricht) vorstellen, wenn sie eine Wahlmöglichkeit bekommen.

Die Studie im Internet

- <https://www.gew-ansbach.de/2021/03/e-learning-risiken-und-nebenwirkungen/>
- <https://bildung-wissen.eu/fachbeitraege/e-learning-zu-risiken-und-nebenwirkungenfragen-sie.html>
- <http://www.aufwach-s-en.de/2021/03/e-learning-zu-risiken-und-nebenwirkungenfragen-sie/>
- <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=71033>

FINN JAGOW UND BERND SCHOEPE

Download statt Upload

Eine von der GEW initiierte online-Konferenz mit den bildungs- bzw. schulpolitischen Sprecher_innen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien zur Situation an den Schulen in Zeiten der Pandemie offenbarte die zugespitzte Belastungssituation bei Schüler_innen und Lehrer_innen

Acht mal acht konnte ich am Ende zählen! Es waren somit 64, in der Spitze 75 Kacheln auf dem Bildschirm, hinter denen sich jeweils ein_e Kolleg_in verbergte, der/die sich nach zwei Stunden intensiven digitalen Austauschs über die aktuelle Situation an den Schulen voneinander verabschiedeten. Eingeladen hatten die Vorsitzenden der GEW zu dieser Online-Konferenz, um sich mit den schulpolitischen Sprecher_innen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien – außer der AfD – hierüber zu unterhalten.

Sabine Boeddinghaus von der Partei DIE LINKE und Birgit Stöver von der CDU waren den Teilnehmenden bereits bekannt. Neu dagegen sind die Sprecherin der GRÜNEN und der Sprecher der SPD. Für die GRÜNEN stellte sich Ivy May Müller, noch im Referendariat, den Fragen, für die SPD war es Nils Springborn. Er ist Lehrer an der STS Horn und hat sich bereits auf kommunaler Ebene politische Meriten erworben.

Die Diskussion sollte um die Fragen Mehrbelastung sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz kreisen; mit diesem Ziel strukturierte unsere Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze und einer ihrer Stellvertreter, Sven Quiring, die Debatte.

Die ersten Statements zeigten starke Übereinstimmungen bei allen vier Vertretern_innen. Daher betonten die nachfolgenden Ausführungen nur die unterschiedlichen Akzentsetzungen. Sabine Boeddinghaus unterstrich in ihrem Beitrag, dass aufgrund

der Gefahrenlage und der Notwendigkeit, die Pandemie einzudämmen, eher strengere Maßnahmen notwendig seien. Nur so könne man den bekannten Yo-Yo-Effekt ausbremsen. Um dem vielleicht größten Problem der Schüler_innen, der Vereinigung, Herr zu werden, müsse man Bildung an andere Lernorte verlegen, an denen das Einhalten der Abstandsregeln kein Problem sei.

Ivy May Müller widersprach nicht der Forderung nach einem härteren Lockdown, machte aber deutlich, dass es aktuell um einen schärferen Infektionsschutz am Arbeitsplatz, vor allem in den Büros gehen müsse. Wenn dies einschließe, dass mehr Menschen von zu Hause aus arbeiten



Sabine Boeddinghaus

könnten, sei dies zugleich in Hinblick auf die Kinderbetreuung zu Hause besser und würde das System der staatlichen Obhut der Kinder entlasten. Obwohl sie als Referendarin die Not der Kolleg_innen nicht ganz so hautnah

erlebe wie diese, so die bildungspolitische Sprecherin der Grünen weiter, sehe sie trotzdem die ungemene Mehrbelastung. In die Notbetreuung, in der sie aktuell freiwillig mitarbeite, sollte die Behörde ab sofort Student_innen mit einbinden.

Nils Springborn beschrieb vor dem Hintergrund seiner Arbeit an einer Schule in herausfordernder Lage, dass vor allem der Hybridunterricht noch eine große Baustelle sei. Allein die Tatsache, dass die Schüler_innen nunmehr digitale Endgeräte in den Händen hielten, sei noch nicht die Lösung der Probleme. Das Vorhandensein dieser Gerätschaften offenbare erst die wahren Gründe, warum Schüler_innen ins Abseits geraten. Wenn die Mitglieder einer fünfköpfigen Familie in einer 2 1/2-Zimmer-Wohnung parallel an Endgeräten hingen, sei diese Situation weit entfernt davon, was man als gedeihliche Lernatmosphäre bezeichnen könne, so der schulpolitische Sprecher der SPD.

Birgit Stöver, bereits langjährige bildungspolitische Sprecherin der CDU, betonte, dass sie die Situation nicht nur als Politikerin, sondern auch als Mutter von drei Kindern wahrnehme. Ohne den bisherigen Ausführungen ihrer Parlamentskolleg_innen zu widersprechen, betonte sie, dass man schneller auf die Entwicklungen der dritten Welle hätte reagieren müssen. Konkret benannte sie für dieses Versäumnis die Einführung der Pilotphase der Schnelltests, die erst eine Woche nach (!) den Frühjahrs-

ferien stattgefunden habe. Hier sei wertvolle Zeit verschenkt worden. Im Übrigen habe für sie aktuell das Testen absolute Priorität.

Testen als Ultima Ratio

Was das Testen angeht, so waren sich alle Sprecher_innen einig, dass dies zu beschleunigen sei. Das wöchentlich zweimal verpflichtende Testen sei zu wenig, wobei der SPD-Vertreter darauf verwies, dass dieser Rhythmus bei einem halbwochigen Unterricht bereits zweimal an drei Tagen faktisch einer hohen Testfrequenz entspreche.

In der späteren Diskussion stellte sich heraus, dass das Testen unabhängig von der Bereitstellung des Materials die Kolleg_innen vor große Probleme stellt. Neben der Tatsache, dass die aktuelle Testquote von 84 Prozent schon auf Widerstand hinweise, sei es nämlich keinesfalls so, dass die Schüler_innen begeistert auf das Testen reagierten. Die Kolleg_innen berichteten von einer ernstzunehmenden Zahl von Kindern, die sich weigerten, ein zweites Mal eine solche Prozedur über sich ergehen zu lassen, weil sie den Abstrich als sehr unangenehm wahrgenommen hätten. Außerdem seien den Berichten der Kolleg_innen zufolge manche SuS überfordert: sie brächen die Teststäbchen ab oder führten den Test nicht gründlich genug durch. Dies wiederum veranlasste Sven Quiring zu der Einlassung, dass man darüber nachdenken müsse, medizinisches Personal an Schulen – auch über die Pandemie hinaus – einzustellen. Einig war man sich auf jeden Fall, dass trotz aller Vorbehalte eine Testung in der Schule vorgenommen werden müsse, da man nicht davon ausgehen könne, dass das Testen zu Hause zu Ergebnissen führe, denen man vertrauen könne.

Alternativen, etwa „Lolli-

Tests“, könnten nicht ernsthaft in Erwägung gezogen werden, solange sie vom RKI als nicht sicher genug eingestuft würden, so die Antwort des SPD-Vertreters auf eine Frage aus dem Auditorium. Er betonte zudem, dass man allen Verweigernden klar machen müsse, dass das Testen die zurzeit einzige Möglichkeit sei, um die Chance auf einen weiteren Schulbetrieb aufrechtzuerhalten. Man könne folglich trotz der Widerstände an der gegen-



Nils Springborn

wärtigen Teststrategie festhalten bzw., wenn diese sich nicht als gründlich genug herausstelle, als letzte Konsequenz auch einen Testzwang nicht ausschließen, so die bildungs- bzw. schulpolitischen Sprecher_innen unisono.

Reparaturbetrieb

Einig war man sich in Hinblick auf die psychisch-sozialen Folgen der Pandemie bei vielen Schüler_innen. Diese im Blick zu behalten, sei das dringendste Problem. Auch gegenüber Lernrückständen habe die Arbeit hieran Vorrang. Diese klare Positionierung, der auch die CDU-Vertreterin nicht widersprach, wurde sichtbar, als aus dem Auditorium mit Verweis auf einen aktuellen SPIEGEL-Artikel die Frage gestellt wurde, ob es denn nicht sinnvoll sei, sich primär auf

die Kernfächer zu konzentrieren, um die nicht zu übersehenden Lernrückstände aufzuholen. Daneben müsse man natürlich Inhalte streichen – zur Disposition stünden dann wie üblich die musischen Fächer.

Sabine Boeddinghaus hielt vehement dagegen: es gehe darum, sich grundsätzlich Gedanken über das Lernen zu machen. Das heiße in der Konsequenz, dass man zu einem anderen Bildungsbegriff kommen müsse. Weg vom ‚Trichterlernen‘, Lehrpläne konsequent entschlacken und hin zu dem, was mittlerweile im bildungspolitischen Diskurs unter inklusivem Lernen verstanden werde. „Nichts draufpacken durch Nachmittags- und Ferienunterricht“, so der Appell der Bildungspolitikerin der LINKE.

Luise Günther, Kollegin an der Heinrich-Hertz-Schule, erteilte allen Befürwortern_innen der Klassenwiederholung aus der Sicht der Klassenlehrerin einer achten Klasse eine Absage. Die Bindungswirkung des sozialen Gefüges einer Klassengemeinschaft dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden. Sie sei vor dem Hintergrund der psychischen Verunsicherungen, die die Pandemie angerichtet hätte, wichtiger denn je, gerade für die Schüler_innen, die, aus welchen Gründen auch immer, an der Situation besonders litten und dadurch leistungsmäßig ins Abseits geraten seien.

Runterfahren statt Draufsatteln

Es war Birgit Stöver von der CDU, die sich vehement für eine Arbeitsentlastung der Kolleg_innen aussprach. Das Arbeitszeitmodell müsse allerdings auch unabhängig von der Pandemie überarbeitet werden. Die Pandemie habe die Dramatik erst richtig offenbart. Sie zitierte Ergebnisse aus einer Untersuchung

Gesundheitsrisiken und Arbeitsbelastung sind gestiegen

Dies sind Ergebnisse einer Studie, die im Auftrag der DAK vom Institut für Therapie- und Gesundheitsforschung (IFT-Nord) in Kiel erstellt wurde. Befragt wurden im Oktober letzten Jahres 2300 Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen. Die Ergebnisse sind bundesweit vergleichbar, weil die Arbeitsbedingungen sich – auf den Untersuchungsgegenstand bezogen – nur unwesentlich voneinander unterscheiden.

- 90 Prozent der Lehrkräfte gaben an, dass der Unterricht im Vergleich zum Vorjahr deutlich anstrengender geworden sei. Denn es kostet sowohl Energie, die Corona-Maßnahmen bei den Schüler_innen durchzusetzen als auch die eigene Gesundheit zu schützen und den Ausfall von Kolleg_innen auszugleichen.
- 84 Prozent haben das Gefühl, Corona-bedingt mehr zu arbeiten. Diese Wahrnehmung trägt nicht: Im Schnitt fällt jede Woche fast ein Arbeitstag zusätzlich an. So leisten Lehrer_innen zurzeit 6 Überstunden wöchentlich, die Schulleitungen sogar 9 Stunden.
- 80 Prozent empfinden die Corona-Situation als eine Belastung für die Schüler_innen.
- 78 Prozent machen sich Sorgen wegen der Lernfortschritte der Schüler_innen.
- 65 Prozent machen sich Sorgen um ihre eigene Gesundheit. Viele davon haben Angst, zur Schule zu gehen und sich dort mit dem Corona-Virus anzustecken. Die Hygienemaßnahmen reichen zumindest für die subjektive Wahrnehmung nicht aus.
- Burnout-Gefährdung ist um ein Vielfaches gestiegen
- 28 Prozent der Lehrkräfte sind deutlich emotional erschöpft und zeigen Burnout-Symptome. Die aktuelle Situation „befeuert“ die Symptome. Vor der Corona-Pandemie wurde die Zahl der Burnout-Betroffenen im Schuldienst bei 3-5 Prozent vermutet.

Eine weiterführende Analyse zeigte, dass weibliches Lehrpersonal, Schulleitungen und Befragte mit Angst um die eigene Gesundheit sowie Personen mit einer ausgeprägten emotionalen Erschöpfung durch die Corona-Situation am stärksten beeinträchtigt werden.

Quelle: *haufe.de Arbeitsschutz Newsletter*

einer Studie, die im Auftrag der DAK vom Institut für Therapie- und Gesundheitsforschung (IFT-Nord) in Kiel im Herbst letzten Jahres erstellt wurde. Danach bewerteten 90 Prozent der Befragten die pädagogische Arbeit gegenwärtig als anstrengender gegenüber dem Normalbetrieb; 28 Prozent zeigten starke Erschöpfung. Dass sich viele Kolleg_innen überfordert fühlten, zeige auch der deutliche Wunsch nach Fortbildung. 84 Prozent der Befragten sagten, dass die Situation eindeutig Mehrarbeit bedeute. Stöver sprach sich dafür aus, dass diese Mehrarbeit zu einem späteren Zeitpunkt verrechnet werden müsse.

Die Vertreter_innen der Regierungsparteien widersprachen nicht. Ein Kollege einer Stadteilschule nahm an dieser Stelle die Gelegenheit wahr, einmal sehr viel konkreter den Alltag der Kolleg_innen an den Schulen zu schildern. Er sprach von

sechs (!) verschiedenen Settings: Neben Präsenzunterricht seien in der Notbetreuung A und B-Gruppen zu unterscheiden, in denen jeweils das Augenmerk auf die anwesenden, aber auch auf sich



Birgit Stöver

verweigernde, sprich nicht anwesende Schüler_innen zu richten sei. Dabei verschärfte sich das Problem in der Oberstufe, wo

es durch wenig kontinuierliche Teilnahme, unabhängig davon, ob im Präsenz- oder Fernunterricht, ungemein schwierig sei, den Überblick zu behalten. Es sei herausfordernd, immer wieder die Schüler_innen zu ermuntern durchzuhalten.

Empathie als Gebot der Stunde

Dass dies alles eine empathische Einstellung den Schüler_innen gegenüber verlange, auch darin waren sich alle Teilnehmenden einig. Anna Ammann vom Verband Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG) hatte in ihrem Beitrag betont, dass man es gar nicht hoch genug würdigen könne, was die Kinder und Jugendlichen leisteten. Allein deshalb sei das Entschlacken der Bildungspläne unabdingbar.

Was bei der Krisenbewältigung trotz aller negativen Auswirkungen, die die Pandemie

gezeitigt habe, nicht ganz aus dem Blick geraten solle, seien die Chancen in Hinblick auf die Veränderungen, die das Ganze auf das Lernen habe, so Ivy May Müller (GRÜNE). In Hinblick auf Individualisierung und digitales Lernen habe man Einiges dazu gelernt. Was sich hieraus positiv entwickeln lasse, sei im Einzelnen zwar noch nicht absehbar, klar sei aber, dass dies grundlegende Änderungen anstoßen werde.

Auch wenn zu vermuten ist, dass diesbezüglich zwischen den Parteien deutliche Unterschiede zu Tage treten werden, warb Sabine Boedinghaus dafür, nach der Pandemie einen Bildungskongress durchzuführen. Die Beteiligung aller von Bildungspolitik Betroffenen und an ihr Interessierten, so die Linken-Politikerin weiter, sei durch die

Politik des amtierenden Senators immer weiter runtergefahren worden. Insofern sei die Krise als Chance zu sehen!



Ivy May Müller

Unsere Vorsitzende kommentierte ergänzend, dass es aktuell im Rahmen des Krisenmanage-

ments auch darum gehe, alle Betroffenen deutlich zeitnaher als bisher in die anstehenden Vorhaben einzubeziehen. Die Praxis, den Schulleitungen am Freitag die Ausführungsbestimmungen für die am Montag durchzuführenden Maßnahmen zu übermitteln, sei das Gegenteil einer „auf Sicht fahrenden“ (O-Ton des Senators) Handhabung der Krisenbewältigung. Was aber insgesamt auch uns als Gewerkschafter_innen sauer aufstoße, sei die mangelnde Einbindung der Personalräte. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den gewählten Vertreter_innen der Beschäftigten sei sicher nicht die einzige, aber eine der Voraussetzungen dafür, dass es gelingt, die Pandemie erfolgreich zu bekämpfen.

JOACHIM GEFFERS

HAMBURGER GEWERKSCHAFTSTAG

Wahlausschreiben

Beim nächsten Hamburger Gewerkschaftstag der GEW am **20.5.21** sind folgende Ämter zu besetzen:

Vorsitzende_r (die zweite Amtszeit von Anja Bensing Stolz endet)

Erste_r Stellvertretende_r Vorsitzende_r (die zweite Amtszeit von Fredrik Dehnerdt endet)

Schriftführer_in Geschäftsführender Ausschuss (die zweite Amtszeit von Mathias Töpfer endet)

Schriftführer_in Landesvorstand (die zweite Amtszeit von Martin Neumann endet)

Schriftführer_in Protokoll Vertretung Gewerkschaftstag (Das Mandat hatte vorher Barbara Geier – ihre 8jährige Amtszeit ist beendet)

Folgende Kolleg_innen haben ihre Kandidatur angemeldet: (Stand: 09.04.2021)

Vorsitzende/r: *Sven Quiring* (FG Sonderpädagogik)

1. stellvertretende/r Vorsitzende/r: *Yvonne Heimbüchel* (FG Gymnasien)

Ggf. 2. stellvertretende/r Vorsitzende/r (derzeit: Sven Quiring):

1. Schriftführer/in: (Protokoll GA) *Carsten Arnheim* (FG Grundschulen)

2. Schriftführer/in: (Protokoll Landesvorstand) *Marlies Tatje*,

Stellvertretung: Björn Eisenschmidt (beide FG Berufliche Schulen)

4. Schriftführer/in: (Protokoll Vertretung Gewerkschaftstag)

Volker Peters (BG Ruheständler_innen)

Weitere Kandidaturen können bis zum **20.5.21** – in der Geschäftsstelle eingereicht werden. Eine Kandidatur ist auch noch auf dem Gewerkschaftstag möglich.

Kolleg_innen, die sich in der kommende Ausgabe der hlz (erscheint Mitte April) in diesem Zusammenhang vorstellen möchten, senden ihre **Vorstellung bitte bis zum 29.4. an die Redaktion** (hlz@gew-hamburg.de)

KITA

Wer will's wissen und warum?

Das Persönlichkeitsrecht der Beschäftigten muss gewahrt bleiben

Ja, wir haben gefordert, dass Erzieher_innen und alle anderen, die im direkten Kontakt mit Kindern arbeiten, in der Impf-Prioritätsliste nach vorne kommen. Sie sind nun in Stufe 2 mit den 70 bis 80-Jährigen und Menschen mit zusätzlichen gesundheitlichen Einschränkungen und werden noch vor Polizei und Feuerwehr geimpft. Ein Privileg für alle, die aufgrund ihrer Berufsausübung in den ungeschützten Kontakt mit zu betreuenden Kindern treten und einen Schutzanzug, wie ihn die Feuerwehr und andere Berufe in Infektionslagen vom Arbeitgeber gestellt bekommen und die verpflichtet werden, diesen zu tragen, in der pädagogischen Arbeit nicht anlegen können.

Ein Privileg also, das den Kolleg_innen einen höherwertigen Schutz bieten soll als alle anderen Schutzmaßnahmen, die in der Kita leider nur zum Teil umgesetzt werden können. Nebenbei erhalten die Kolleg_innen einen höheren Schutz als der große Rest der Bevölkerung. Erst wenn ausreichend Impfdosen für alle Menschen in Deutschland zur

Verfügung stehen, wird dieses Privileg verschwinden.

Ein Angebot, das man ablehnen kann

Es ist ein Angebot zur Impfung und keine Pflicht (zumindest, solange es keine gesetzlich verordnete Impfpflicht gibt). Noch wirkt das grundgesetzlich festgeschriebene Recht auf persönliche Selbstbestimmung auch in Bezug auf Covid-19. In diesem Zusammenhang fällt der Blick auf die Masernschutzimpfung, deren Impfnachweis für bestimmte Berufsgruppen verpflichtend ist (für später als 1971 Geborene, die in Einrichtungen für Kinder oder in medizinischen Einrichtungen tätig sind).

Der Staat macht die Impfangebote, er kontrolliert, in welchem Maße das Angebot angenommen wird. So hat nun auch in den Erhebungsbögen (Wochenmeldungen der Kitas an die Behörde) die Frage nach der Anzahl der geimpften Beschäftigten Einzuhalten.

Je kleiner die Kita, umso eher ist der Rückschluss auf einzelne Beschäftigte möglich und daten-

schutzrechtlich kritisch zu betrachten. Tatsächlich ist die Eingabe (noch?) freiwillig. Dennoch ergibt sich daraus eine relative Übersicht der „Durchimpfung“ der Kita-Beschäftigten. Einzelne Arbeitgeber versuchen die Anmeldung zur Impfung dazu zu nutzen, sich eine Übersicht zu verschaffen, welche Beschäftigte sich hat impfen lassen. Aus unserer Sicht ist das unzulässig, da damit gegen den Datenschutz verstoßen wird. Es geht den Arbeitgeber schlicht nichts an, ob jemand sich hat impfen lassen oder nicht. Wozu soll diese Information dienen? Soll unterschieden werden zwischen nur begrenzt einsetzbar und überall einsetzbar? Ist dies reiner Datensammelwut geschuldet oder steckt mehr dahinter? Wir empfehlen den Betriebsräten, hier sehr genau darauf zu achten, dass das Persönlichkeitsrecht der einzelnen Beschäftigten gewahrt bleibt.

Opfer zu Täter_innen?

Es geht um Personal, das durch Arbeitsschutzverordnungen, die der Arbeitgeber umzusetzen hat und behördlichen Gesundheitsschutzverordnungen, deren Einhaltung der Gesetzgeber zu gewährleisten hat, nicht ausreichend geschützt werden kann. Erst durch das Impfen kann nun, zumindest vor der Gefahr lebensbedrohlich zu erkranken, ein kostenfreier Schutz gewährt werden. Dadurch kehrt sich die Situation um: Diejenigen, die sich nicht impfen lassen (wollen), tragen ein höheres Infektionsrisiko, was im Krankheitsfall notwendig eine Mehrbelastung

für die verbleibenden Kolleg_innen nach sich zieht oder gar die Rückkehr aller Kinder in die Betreuungseinrichtung verhindert.

Darin zeigt sich der Unterschied zur Masernschutzimpfverordnung für Kindertagesstätten. Kinder und Beschäftigte sind gleichermaßen verpflichtet, einen Impfnachweis zu erbringen. Corona-Schutzimpfungen für Kita-Kinder gibt es nicht, sie tragen zum Infektionsgeschehen bei. Die Impfung schützt „nur“ vor einer folgenschweren Erkrankung (und somit den Arbeitgeber vor einem länger andauernden Personalausfall mit entsprechend längerer Dauer der Gehaltsfortzahlung) sowie Vertretungskosten. Aber das darf nach unserer Auffassung nicht dazu führen, dass Arbeitgeber sich auf den Standpunkt stellen, dass die Arbeitnehmer_innen, die sich trotz kostenfreien Angebots nicht impfen lassen, ihre Arbeitsleistung nicht ordnungsgemäß anbieten, wie es das Bürgerliche Gesetzbuch, BGB § 297 vorschreibt. Denn es würde dem Arbeitgeber erlauben, das Gehalt einzubehalten, da der Anspruch auf Vergütung entfallen wäre. Ebenso greift auch das arbeitgeberseitige Kündigungsrecht zu einer personenbedingten Kündigung (§1 KSchG) nicht, da es die Impfpflicht gegen das Coronavirus eben nicht gibt.

Wer will nochmal, wer darf noch nicht

Zunehmend erschleichen sich Menschen Berechtigungen, um sich in der Impffolge nach vorne zu drängeln. Wer will kontrollieren, ob ich als Erzieher tatsächlich noch in der Kita eingesetzt bin und nicht schon seit Längerem durch Bürotätigkeiten kaum noch Kinderkontakte habe? Wer prüft nach, ob ich als in der Verwaltung Tätige_r einer Seniorenpflegeeinrichtung überhaupt in Kontakt zu den Bewohner_innen

Hoch infektiös

Kinder und Jugendliche übertragen Covid19 bis zu fünfmal häufiger als ältere Menschen. Dies geht aus einer Studie des britischen Amtes für nationale Statistiken (ONS) hervor. Dass dies bislang nicht validiert werden konnte, lag daran, dass Infizierte, bei denen sich Symptome zeigten, sich häufiger in Testzentren untersuchen ließen als Kinder, die keine Symptome aufwiesen. Die britischen Forscher_innen führten deswegen Tausende von Tests, unabhängig von Krankheitssymptomen, im häuslichen Umfeld durch. <http://georgana.net/sotiris/mypapers/DiseasePrevalence.pdf>

trete(n muss)? Wer, ob ich tatsächlich eine der zwei Personen bin, die im engen Kontakt zu einer Schwangeren stehen?

Drängeln und Leistungerschleichen gab es schon immer – die Angst vor einem schweren Verlauf ist eine menschlich nachvollziehbare Begründung, geltende Bestimmungen möglichst

Es geht den Arbeitgeber schlicht nichts an, ob jemand sich hat impfen lassen oder nicht

weit auszulegen. Aber einzig und allein nur der Wunsch, wieder in Präsenz zusammenkommen zu können, weil Videotreffen als anders belastend empfunden werden, ist nicht hinzunehmen. Vordrängeln vor Menschen, die in der Priorisierungsfolge aus festgelegten Gründen vor mir an die Reihe kommen sollen, ist die Form von Entsolidarisierung, die wir gewerkschaftlich (und nicht nur auf dieser Ebene) bekämpfen müssen.

Ob mit oder ohne Impfung – nicht nur was die Kitas angeht haben wir uns dafür ausgesprochen, sie für eine kurze überschaubare Zeit komplett zu schließen. Es gibt Werksferien, Betriebsferien und in den Kindertagesstätten auch Sommer- oder Winterschließzeiten. Wir hatten darauf gesetzt, die Weihnachtstage und den Jahreswech-

sel 2020/2021 so zu nutzen, dass in weiten Bereichen alle Einrichtungen und Betriebe durchgehend geschlossen würden. Da dies nicht geschah, haben wir dann gehofft, mit der verordneten Osterruhe massive Kontaktbeschränkungen zu erreichen, um das Infektionsgeschehen deutlich zu verringern. Auch das ist nicht umgesetzt worden.

Jetzt schnellen die Zahlen in bedenkliche Höhen, jetzt sind zunehmend jüngere Menschen gefährdet – spätestens jetzt ist es an der Zeit, alles auf Null zu stellen. Die relevanteste Gruppe 1 ist durchgeimpft. So sollte nun ein konsequenter Lockdown erfolgen: Eine Woche beginnend am Freitagnachmittag und zwei darauffolgende Wochenenden eingeschlossen sowie Arbeitsbeginn ab Montagnachmittag ergeben in der Summe 10 komplette Tage, an denen ausschließlich nur kontaktfrei (außer dem unvermeidlichen Kontakt zu Personen des eigenen Haushalts) gearbeitet werden sollte.

Kluges und solidarisches Handeln ist zwingend erforderlich – wir stehen im Kampf gegen diese Pandemie. Noch sind viele bereit, für eine überschaubare Zeit stärkere Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Überzeugen wir die politisch Verantwortlichen, dass jetzt gehandelt werden muss!

JENS KASTNER, Sprecher der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe





Vom Maskenverbot zur Maskenpflicht

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im März 2020 zu Beginn der Covid 19 Pandemie wurden diejenigen, die einen Mund-Nasen-Schutz (MNS) benutzten oder benutzen wollten, belächelt. Es gab viel Unverständnis. Es wurde gefragt, ob das den Kindern zuzumuten sei. Die Geschäftsführung untersagte zunächst die Nutzung von MNS-Masken. Von sogenannten Experten hieß es, dass Masken nicht schützen würden.

Nachdem mehrere Beschwerden beim Betriebsrat eingingen und der Betriebsrat etliche Gespräche mit der Geschäftsführung geführt hat, wurden die MNS-Masken bei der Arbeit erlaubt. Natürlich nur, wenn sie die pädagogische Arbeit nicht beeinträchtigen.

Die Ereignisse überschlagen sich

Inzwischen sind die MNS-Masken innerhalb und außerhalb der Arbeit akzeptiert, bzw. angeordnet. Auch die Expert_innen bestreiten deren Wirksamkeit nicht mehr. Die Kitas wurden mit CPA-Masken und später mit FFP2 Masken ausgestattet. Kürzlich betonte die Geschäftsführung in einem Gespräch mit dem Betriebsrat, dass sie dringend empfiehlt, FFP2 Masken nicht nur auf den Fluren, in Besprechungsräumen und Büroräumen zu tragen, sondern auch darüber hinaus, insbesondere im Elementarbereich. Diese dringende Empfehlung hat inzwischen auch die Sozialbehörde für die Kitas herausgegeben. Außerdem wären ausreichend FFP2 Masken und CPA Masken auf Lager. Die Kita-Leitungsteams müssten diese nur anfordern.

Was passierte noch

Aufgrund des öffentlichen Drucks sind Kitabeschäftigte in der Impfhierarchie aufgerückt und können seit dem 03.03.21 Impftermine vereinbaren. Den Kita- und GBS/GTS-Beschäftigten der Elbkinder sollen die Impftermine ermöglicht werden und sie erhalten zurzeit zur Wahrnehmung der Termine pauschal 2 Stunden bezahlten Arbeitszeitausgleich.

Es ist zu empfehlen, sich impfen zu lassen. Durch die Aussetzung der Vergabe von Impfterminen ist die Kampagne für Kitabeschäftigte ins Stocken geraten. Das war angesichts der Kita-Öffnungen fatal. Die Offene Liste begrüßt es, dass die Impfungen für Kita-Beschäftigte wieder begonnen haben. Notfalls muss über eine andere Vergabe der verschiedenen Impfstoffe entschieden werden. Seit 10.03.21 hat der Einsatz von kostenfreien Schnelltests als Selbsttests in den Kitas begonnen, nunmehr 3-mal wöchentlich. Die Tests einmal wöchentlich für die Beschäftigten der Zentrale sind gefolgt. Die Durchführung der Tests für die GBS/GTS Beschäftigten 3-mal pro Woche ist über die jeweilige Schule zu organisieren. Die Tests sind nach wie vor freiwillig, auch wenn diejenigen, die sich bisher nicht beteiligt haben, von den Vorgesetzten eindringlich um die Tests gebeten werden sollen.

Fazit: „Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann.“ (Francis Picabia).

Die Mitglieder Der Offenen Liste setzen sich dafür ein, dass in dem Veränderungsprozess in der Pandemie die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt und gewahrt werden. Es gibt noch viel zu tun.

Passt auf euch auf und bleibt gesund.

DOL Ansprechpartner*innen

Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – Betriebsrätin	040 / 42109 – 266	s.lafrentz-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheither – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheither-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Holger Timmermann – Betriebsrat	040 / 42109 – 187	h.timmermann-betriebsrat@elbkinder-kitas.de

gb@-SEMINARE 2021

Alles Gender

Weitere Infos und Seminarangebote unter gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung



Online-Seminar Geschlechtersensibles Arbeiten im KiTa- und Grundschulalter

Geschlechterstereotypen finden sich überall. Die Rosa-Blau-Falle schnappt bei Lego zu, beim Überraschungsei oder in der Kinderkleidung. Im pädagogischen Alltag sind zahlreiche Situationen zu beobachten, in denen Kinder Entscheidungen anhand geschlechtlicher Zuschreibungen vornehmen. Eine geschlechtersensible Praxis greift bewusst diese Situationen auf und arbeitet mit den Kindern gezielt an ihren Mädchen- und Jungenbildern. Dabei wird das Ziel verfolgt, den Kindern ein Verhaltens- und Handlungsrepertoire abseits von Geschlechternormierungen zu ermöglichen und die freie Persönlichkeitsentwicklung der Mädchen und Jungen zu fördern.

Freitag, 30.4.2020, 9-14 Uhr
Ltg: Michael Drogand-Strud
Kostenanteil: kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder: 40€)

Video-Werkstatt

Kleine Filme für die GEW-Arbeit erstellen, bearbeiten, hochladen.

Der Erfolg einer Demo, einer Veranstaltung, der Personalratswahlen oder sonstiger Aktionen hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, das Ganze medial zu präsentieren.

In diesem Seminar werden aus vorliegenden Fotos und Videos kurze Videofilme für die gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit produziert. Dabei

diskutieren wir über Kriterien für eine Nutzung von Fotos und Videos für gewerkschaftliche Aktionen und Kampagnen. Wir lernen, wie man Filme am PC mitschneidet und nachvertonet und schließlich die Filme ins Internet hochlädt.

Für auswärtige Teilnehmende organisieren wir eine Übernachtung
Freitag, 28.05.21, 16.00-20.00,
Samstag, 29.05.2021, 10-17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,
Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenanteil: kostenlos für GEW-Mitglieder (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 40 €)

Kanutour (nicht nur) für neue Mitglieder

Bei dieser Kanutour erwarten dich Gespräche und Infos rund um die GEW Hamburg, Entspannung auf dem und am Wasser. Im Vordergrund steht, gemeinsam einen entspannten und schönen Tag zu verbringen und neue Kolleg_innen kennenzulernen. Aber auch Zeit zu haben für Fragen und Diskussionen rund um die Gewerkschaftsarbeit: Was tut die GEW für ihre Mitglieder? Wie ist sie aufgebaut? Wo kann man mitmachen? Welche aktuellen Projekte gibt es? Wie kann ich aktiv werden, ohne mich gleich auf Dauer zu verpflichten?

Für die Verpflegung während der Tour ist gesorgt.
Samstag, 29.5.2021,
10.30-17 Uhr
Tour auf der Alster vom
Haselknick – Klein Borstel
Leitung: Charlien Bredefeld,

Jürgen Frehse
Kostenlos für Neumitglieder
inkl. Verpflegung
(GEW-Mitglieder 10 €)

Crashkurs Verhandeln: Ein Nein überwinden

„Die kürzesten Wörter, nämlich 'ja' und 'nein', erfordern das meiste Nachdenken“ (Pythagoras) – und so erfordert jede Verhandlung, die ein Nein überwinden will, besondere Vorbereitung.

Situationen, in denen die Rechtslage strittig ist, sind oft umkämpft. Wer hier neben guten Argumenten ausgefeilte Gesprächstechniken zur Überwindung des Widerstands zur Verfügung hat, ist im Vorteil.

In diesem Crashkurs werden Microstrategien vorgestellt, die helfen, die Ablehnung von Forderungen zu überwinden. Gerne können zum praktischen Erproben auch eigene Fälle eingebracht werden.
Montag, 31.05.2021, 18-21 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,
Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Wolf-Peter Szepansky
Kostenlos für GEW-Mitglieder

Anmeldung

Über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Rote Laterne für Hamburg

Die katastrophale Lage schreit geradezu nach einer Ausbildungsgarantie

Die Corona-Pandemie hat die miserable Lage auf dem Ausbildungsmarkt noch einmal verschlechtert. Während im Jahr 2019 nur 38,8 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger bis zum Herbst desselben Jahres einen Ausbildungsplatz bekamen, waren es im letzten Jahr nur noch 35,5 Prozent. Für das volle Corona-Jahr 2021 dürfte es noch düsterer aussehen. So haben bundesweit über 10 Prozent der auszubildenden Betriebe im Dezember 2020 erklärt, sie wollten weniger oder gar nicht mehr ausbilden. Insbesondere Kleinbetriebe und Betriebe aus dem Gastgewerbe, den sonstigen Dienstleistungen und dem Groß- und Einzelhandel haben diese Angaben gemacht (URL: <https://www.iab-forum.de/jeder-zehnte-ausbildungsberechtigte-betrieb-koennte-im-kommenden-ausbildungsjahr-krisebedingt-weniger-lehrstellen-besetzen/>). Laut Bundesagentur für Arbeit sind bis März 2021 minus 7,1 Prozent weniger betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet worden als im Vergleich zum März 2019. Die rote Laterne hat Hamburg mit einem Stellenrückgang von minus 12,6 Prozent (siehe Abbildung, URL: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Fachstatistiken/Ausbildungsmarkt/Generische-Publikationen/AM-kompakt-Situation-Ausbildungsmarkt20-21.pdf?_blob=publicationFile&v=7). Die Arbeitsagentur verweist darauf, dass nur noch wenige Berufsausbildungsstellen hinzukommen werden: „In den letzten drei Jahren waren im März durchschnittlich rund 85 Prozent der gesamten betrieblichen

Ausbildungsstellen des Berichtsjahres gemeldet.“ Die Stellenrückgänge fielen am stärksten in den Ausbildungsberufen bei Unternehmen aus, „die vom Lockdown besonders betroffen sind, wie Nichtmedizinische Gesundheitsberufe, Körperpflege (z. B. Friseur/-innen), Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe oder Berufe in der Lebensmittelherstellung und -verarbeitung (wie Köch_innen, Bäcker_innen, Fleischer_innen).“

Die Bundespolitik hat auf die Situation mit Ausbildungsprämien reagiert. Danach können Betriebe für jedes Auszubildende ein Ausbildungsverhältnis eine Förderung von 4.000 Euro erhalten, wenn sie genauso

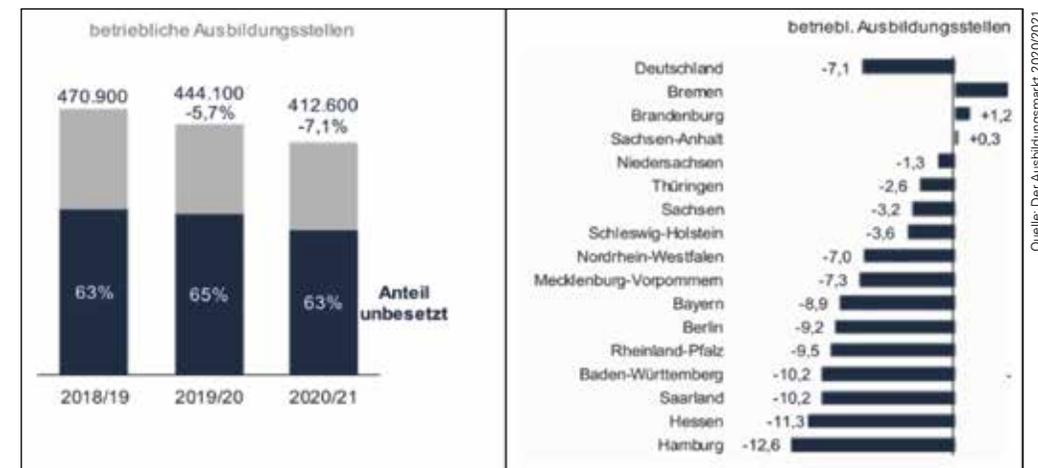
Schon 2011 haben Olaf Scholz und die SPD den Jugendlichen eine Ausbildungsgarantie versprochen. Dieses Versprechen haben sie Jahr für Jahr gebrochen

viele Auszubildende einstellen wie in den beiden Vorjahren. Sie können 6.000 € bekommen, wenn sie mehr Auszubildende als in den beiden Vorjahren beschäftigen. Ausbildungsprämien sind umstritten. Denn Betriebe, die um ihr Überleben ringen, werden trotz der Prämien nicht ausbilden. Dagegen werden Krisengewinnler und andere gutgehende Unternehmen die Prämie gern einstreichen, weshalb man von Mitnahmeeffekten spricht. Prämien bringen wenig bis nichts und sind herausgeworfenes Geld.

Nun hat sich eine eigenartige Koalition gebildet, der man zumindest zugestehen muss, dass es sich bei ihr nicht um „Coronaleugner“ handelt und sie den Ernst der Lage erkannt hat. Ausgerechnet die neoliberale Bertelsmann Stiftung und der Deutsche Gewerkschaftsbund fordern eine Ausbildungsgarantie nach österreichischem Vorbild. Warum verfällt dies ungleiche Paar auf das österreichische Modell, wo sie doch bisher das Hohelied des „hochgelobten dualen Systems“ gesungen haben?

Die Österreichische Ausbildungsgarantie sieht vor, dass alle Jugendlichen, die sich ohne Erfolg um einen Ausbildungsplatz beworben haben, eine Lehre (so heißt das in Österreich) in einer überbetrieblichen (in Deutschland würde man sagen: außerbetrieblichen) Ausbildungsstätte machen können. Danach sollen sie in einen Lehrbetrieb wechseln, wobei dieser das 1. Lehrjahr auf die Lehrzeit anrechnen muss. Wenn die Jugendlichen nach einem Jahr keine Anschlusslehre finden, können sie die Lehre in der überbetrieblichen Ausbildungsstätte fortführen. Während der Lehre erhalten die Jugendlichen ein Lehrgeld von ca. 333 €, was niedriger ist als in der realen Wirtschaft. Damit soll Befürchtungen der Unternehmen begegnet werden, die Jugendlichen würden lieber in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte die Lehre machen wollen.

Der DGB schreibt in seinem Aufruf „Ausbildungsgarantie jetzt!“ (vom 29.10.2020; URL: <https://www.dgb.de/presse/++co++0a7b89d2-19bd-11eb-93be-001a4a16011f>): „Die berufliche Bildung befindet sich



Der Rückgang der angebotenen Ausbildungsplätze durch die Pandemie für das Jahr 2021 (rechte Grafik) drückt auf die Qualität, denn die unbesetzten Ausbildungsstellen (linke Grafik) sind ein Indikator für unattraktive, aber vor allem wenig zukunftsträchtige Berufe

in einer Abwärts-Spirale.“ Und weiter: „Wir brauchen eine Ausbildungsgarantie, wie sie in Österreich längst praktiziert wird: Allen Jugendlichen muss auf jeden Fall der Eintritt ins erste Ausbildungsjahr möglich sein, entweder über berufliche Schulen oder bei außerbetrieblichen Ausbildungsstätten.“ „Schon vor der Krise blieben fast 1,4 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren ohne abgeschlossene Ausbildung. Das sind 14 Prozent dieser Altersgruppe.“ „Viele dieser Jugendlichen fühlen sich von den demokratischen Parteien nicht mehr gesehen.“

Ausgerechnet die Bertelsmann Stiftung gesteht ein: „Wo aber der Markt bislang schon versagt hat, muss der Staat dafür Sorge tragen, dass alle Jugendlichen die Chance auf einen qualifizierten Berufsabschluss erhalten und notfalls für zusätzliche Ausbildungsplätze sorgen.“ Die Bertelsmann Stiftung fordert deshalb die Österreichische Ausbildungsgarantie: „Allen Jugendlichen den Zugang zu einer Ausbildung auf ermöglichen ist nicht zuletzt eine Frage von Bildungsgerechtigkeit.“

Wenn selbst die Bertelsmann Stiftung ein Marktversagen erkennt, sollte man meinen, dass

dies auch beim Hamburger Senat aus SPD und Grünen angekommen ist. Aber weit gefehlt. Diese tun so, als ob es Corona nicht gäbe und im Ausbildungsbereich alles im Prinzip so weitergehen könnte wie bisher. Außer den wenig effektiven Ausbildungsprämien des Bundes soll die Berufsqualifizierung geringfügig ausgeweitet werden. An sich ist die Berufsqualifizierung eine gute Idee. Ähnlich wie bei der Österreichischen Ausbildungsgarantie kann man in der Berufsqualifizierung das 1. Ausbildungsjahr in der Berufsfachschule absolvieren und soll danach in einen Ausbildungsbetrieb wechseln. Da hören aber auch schon die Gemeinsamkeiten auf.

Während in Österreich alle Jugendlichen, die sich erfolgreich um einen Ausbildungsplatz beworben haben, die Ausbildungsgarantie erhalten, ist die Berufsqualifizierung in Hamburg nur für eine kleine Anzahl von Jugendlichen reserviert. Die taz schreibt zu Recht (URL: <https://taz.de/Weniger-Ausbildungsvertraege/15758364/>): „Auf dem Papier gibt es in der Hansestadt zwar bereits eine Ausbildungsgarantie.“ Angeblich soll in diesem Jahr die Zahl der Plätze

in der Berufsqualifizierung auf etwas über 400 erhöht werden. Das ist völlig unzureichend.

Während in Österreich alle Jugendlichen, die sich erfolglos um einen Ausbildungsplatz beworben haben, die Ausbildungsgarantie erhalten, müssen sich in Hamburg die Jugendlichen einem strengen Bewerbungsverfahren unterziehen. Im Schuljahr 2018/19 haben von 533 Bewerberinnen und Bewerbern nur 287 (54 Prozent) einen Platz in der Berufsqualifizierung bekommen.

Während in Österreich die Jugendlichen ein Lehrgeld von ca. 333 € erhalten, gehen sie in Hamburg leer aus. Wahrscheinlich, weil Hamburg sich das im Vergleich zu Österreich nicht leisten kann.

Schon 2011 haben Olaf Scholz und die SPD den Jugendlichen eine Ausbildungsgarantie versprochen. Dies Versprechen haben sie Jahr für Jahr gebrochen. Gebraucht werden tausende Plätze. Alle Hamburger Jugendlichen, die sich erfolglos um einen Ausbildungsplatz beworben haben, müssen endlich in den Genuss einer echten Ausbildungsgarantie kommen.

KAI BAYDERWIEDEN

GEWerkchaftliche Forderungen in Bezug auf dienstliche Endgeräte an Schulen „Noch immer klaffen viele Lücken“

Das Lernen in einer digitalisierten Welt schafft neue Herausforderungen und erfordert neue pädagogische und didaktische Konzepte. Digitalisierung sollte nicht dem Prinzip „höher, schneller, weiter“ folgen, sondern qualitativ hochwertig und für Lehrkräfte wie Lernende transparent und gestaltbar sein.

„Die GEW erkennt nicht, dass sich die Digitalisierung im Bildungsbereich in der Corona-Pandemie entwickelt hat. Doch noch immer klaffen viele Lücken – sowohl bei der qualitativen Ausstattung als auch beim Datenschutz. Zudem haben Arbeitsverdichtung und Entgrenzung der Arbeit im Bildungsbereich deutlich zugenommen. Die Lehrenden in den Bildungseinrichtungen haben in der Corona-Krise noch mehr Aufgabenbündel zu ihrer ohnehin großen Arbeitsbelastung aufgebürdet bekommen. Die Entgrenzung von Arbeit und Leben wird durch die Digitalisierung verstärkt, trifft derzeit Lehrende wie Lernende in besonderem Maße“, kommentiert **Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg**.

Die GEW fordert daher in Bezug auf die digitalen dienstlichen Endgeräte an Schulen:

- alle in Schule Beschäftigte müssen ein digitales mobiles Endgerät bekommen (inkl. LIV, PTF, Erzieher*innen, Bibliothek usw.),
- durch die Geräte müssen vom Dienstherrn vorab konkret definierte dienstliche Aufgaben erfüllt werden können. Um die gesetzliche Arbeitsstättenverordnung zu erfüllen, müssen vor Anschaffung auf diese Aufgaben bezogene Gefährdungsbeurteilungen durchgeführt werden. Hierzu ist vor der Ausgabe an die Schulen eine Dienstvereinbarung mit dem GPR abzuschließen,
- sie müssen datenschutzkonformes und barrierefreies Arbeiten ermöglichen,
- das Betriebssystem und die weitere Software ist seitens der Dienststelle zur Verfügung zu stellen, wobei Open Source Software bevorzugt eingesetzt werden soll und Abhängigkeitsstrukturen zu großen Anbietern vermieden werden sollen,
- folgend der arbeitsschutzrechtlich vorgegebenen Regelungen auch hinsichtlich der Ergonomie ist hierbei z.B. eine gewissen Bildschirmgröße notwendig (> 13 Zoll),
- die GEW Hamburg geht davon aus, dass diese zu erwartenden Anforderungen, wie z.B. auch die Unterrichtsvorbereitung, nur mit qualitativ hochwertigeren Laptops/Notebooks zu erfüllen sind (Hinweis: hierzu sollte sich Hamburg mindestens an den Ausgaben Bayerns orientieren, dass ca. 1000 Euro pro Gerät inkl. 250 Euro Verwaltungspauschale für die Wartung veranschlagt hat),
- die Mittel aus dem Digitalpakt IV müssen hier deutlich durch die Bürgerschaft aufgestockt werden,
- das für die Geräte notwendige Zubehör (z.B. Dockingstations, Tastatur, Schutzhülle usw.) muss ebenfalls gestellt werden,
- alle Beschäftigten müssen eine qualifizierte Einweisung/Fortbildung in die Nutzung des Gerätes (während der Dienstzeit) bekommen,
- die Sicherstellung des Nutzens und der Akzeptanz des Dienstgerätes bei den Beschäftigten wird nur bei professioneller Administration, Wartung und einem zeitnahen vor Ort Support erfolgen (alle Systeme müssen dabei eine Mindestausstattung bekommen und dazu entlang der Beschäftigtenanzahl weitere IT-Verantwortliche bekommen); die bisher von der BSB veranschlagten Mittel zur Umsetzung des Digitalpakt III müssen deshalb deutlich aufgestockt werden,
- langfristig muss die Finanzierung und Erneuerung der Geräte sowie einer geeigneten Administration im Haushalt eingeplant und sichergestellt werden.



hlz-TITELSEITE

Plastik war gestern

Schüler_innen der Stadtteilschule Stellingen starteten ein neues Projekt

Seit Dezember letzten Jahres drucken wir schwarze Stofftaschen mit zwei Hamburg-Motiven und einem Slogan, der Hoffnung geben soll:

“One Morning, Corona will be Yesterday“

Eine Tasche kostet 5 Euro, davon kommen 2 Euro *Hinz & Kunzt* zugute.

Die Taschen können über unseren online-SHOP (s.u.) bestellt werden.

Der Taschendruck geht auf das Jahr 2007 zurück. Damals hatten

Schüler_innen des Austauschprojekts unserer Schule mit dem Vierten Gymnasium in Sarajevo 5000 Taschen für Hamburg und Sarajevo zum Klimaschutz gedruckt und erfolgreich vermarktet.

Unsere Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank ist

Schirmherrin des Projekts zu Gunsten von Hinz & Kunzt.

Es gibt auch Becher mit dem Aufdruck „One Morning, Corona will be Yesterday“. Zu bestellen unter: www.plastikwagestern.de

CLÄRE BORDES
Projektleiterin



Hamburger Appell

Staatlich verantwortete Weiterbildung vor dem Abgrund - die Politik muss dringend handeln!

Unser Ziel: Nachhaltige Verbesserung der Lage der Lehrenden und der Träger der staatlich verantworteten Weiterbildung, insbesondere der BAMF-finanzierten Sprach- und Integrationskurse für Migrant*innen und Geflüchtete

Aktuelle Situation: gesellschafts- und bildungspolitisch skandalöse Beschäftigungsbedingungen für die fast 20.000 Lehrenden in den Sprach- und Integrationskursen:

Bedingungen der Lehrenden:

Prekär Honorar-Beschäftigte erhalten 35 € pro Unterrichtsstunde (netto ca. 17 €), zahlen ihre gesamten Sozialversicherungsbeiträge selbst, haben kein Einkommen im Krankheitsfall, tragen das volle unternehmerische Risiko – oder

Prekär Angestellte haben meist nur befristete Verträge, arbeiten häufig 40 oder mehr Unterrichtsstunden pro Woche bei Vollzeit, haben keine bezahlte Vor- und Nachbereitungszeit für den Unterricht, d.h. reale Arbeitszeiten von bis zu 60 Zeitstunden pro Woche, treiben Raubbau an ihrer Gesundheit / Bruttogehalt: oft nicht über 3000 €.

Die aktuelle Corona-geprägte Situation hat die Lage sowohl der Lehrenden als auch der Weiterbildungsbetriebe noch einmal drastisch verschärft. Viele Betriebe haben ihre Rücklagen aufgezehrt. Viele Lehrende sind überschuldet, in Existenznot geraten und müssen sich beruflich umorientieren.

Integration kann aber nur dann gut gelingen, wenn die Weiterbildungsträger in die Lage versetzt werden, menschenwürdige Arbeitsbedingungen anzubieten und in zukunftsfähige Ausstattung zu investieren. Die Pandemiepauschale ist hierfür viel zu niedrig und nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wenn sich an der Finanzierung der Weiterbildung in den nächsten Monaten nichts ändert, wird ein erheblicher Teil der Träger die Pandemiezeit nicht überleben.

Die politischen Entscheidungsträger sind daher aufgefordert, massiv in eine bessere Finanzierung der Sprach- und Arbeitsintegrationskurse zu investieren. Hierzu gehören auch eine deutliche Verbesserung der Bezüge der Lehrenden und eine verbindliche Obergrenze der wöchentlich zu leistenden Unterrichtsstunden als Voraussetzung für gute Qualität von Weiterbildung.

Wir fordern deshalb von der großen Koalition auf Bundesebene noch für diese Legislatur:

Eine gesetzliche Verbesserung der Bedingungen in der staatlich verantworteten Weiterbildung mit:

1. Bundestarifreugesetz (nur noch Träger mit Tarifverträgen bekommen Mittel aus der öffentlichen Hand) –Eingruppierung entsprechend TVöD /Wettbewerb der Träger erfolgt über Qualität, nicht über den Preis
2. Deutlich längerfristige Finanzierungsstrukturen für die Träger - unbefristete Festanstellungen der Lehrenden für Regelaufgaben
3. max. 25 UE (Unterrichtseinheiten zu 45 min) pro Woche bei Vollzeitstelle
4. 64 € Honorar pro UE bei allen bundesweiten Berufssprach- und Integrationskurse; 42 € Honorar für alle übrigen Weiterbildungsangebote
5. Träger werden befähigt, Weiterbildung der Lehrenden und kollegialen Austausch zu finanzieren
6. Innovations-Anschubfinanzierung für nachhaltige digitale Ergänzung der Lehre
7. Durchführung einer Integrationskonferenz Weiterbildung mit den zuständigen Ministerien, der Wissenschaft, Vertretern der Träger, der Verbände und der Beschäftigten. Ziel: Zukunftspakt Weiterbildung 2020 – 25

QR Code scannen und Hamburger Appell unterzeichnen!

ViSP: Dirk Mescher – GEW Hamburg – Rothenbaumchaussee 15 – 20148 Hamburg – info@gew-hamburg.de – www.gew-hamburg.de



Zieldifferent ohne Benachteiligung

Das Recht auf Wiederholung der Jahrgangsstufe gilt nur in Ausnahmefällen für Schüler_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Wir schreiben das Jahr 2021 und befinden uns im zweiten Jahr der Corona-Virus-Pandemie, die weltweit das gesellschaftliche und politische Geschehen prägt und entsprechend auch die Bildungspolitik und den Schulalltag. Es kann davon ausgegangen werden, dass die soziale Spaltung der Gesellschaft und die ungleiche Verteilung der Bildungschancen verstärkt werden (siehe Report des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Berlin und des Statistischen Bundesamtes lt. taz v. 11.3.2021). Zur Sicherung der Qualität von Unterricht und Unterrichtsentwicklung, von individueller Lern- und Leistungsentwicklung sowie von Schulabschlüssen läuft die Bildungspolitik auf Hochtouren und erleichtert nun auch den individuellen Wunsch nach Wiederholung einzelner Jahrgangsstufen. Das ist auf den ersten Blick betrachtet löblich und konsequent. Inkonsequent und diskriminierend ist es jedoch, wenn von dieser grundsätzlichen Möglichkeit Schüler_innen ausgenommen werden, die zieldifferent unterrichtet werden. Ihnen soll die Klassenwiederholung nur ausnahmsweise gewährt werden: „Für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die zieldifferent gemäß den Anforderungen des individuellen sonderpädagogischen Förderplans beschult werden, trifft hingegen das grundsätzliche Ziel des Ausgleichs von Abständen zur Lerngruppe nicht zu.“ (Zitiert aus dem Schreiben des Landesschulrates v. 22.2.21)

Warum Unterscheidung?

Die Unterscheidung zwischen „nichtbehindert“ und „behindert“, die die Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik durchzieht und sich u.a. in der Sozialgesetzgebung und in der Bildungspolitik, im Regelschulwesen und dem Sonderschulwesen niedergeschlagen hat, feiert mit der moderneren Unterscheidung zwischen Schüler_innen, die zielgleich unterrichtet werden und Schüler_innen, die zieldifferent unterrichtet werden, traurige „Urständ“ und ist seit Jahren leider wieder Praxis in der inklusiven Bildung Hamburgs (s. hlz 12/2019 u. 9-10/2020). Das einzelnen Schüler_innen qua sonderpädagogischer (Feststellungs-)Diagnostik zugestandene Recht auf zieldifferente Unterrichtung, das die Möglichkeit einer pädagogischen Beurteilung der individuellen Lernentwicklung jenseits von Vergleichsarbeiten und Bildungsstandards eröffnet, gebiert jedoch das Unrecht, aufgrund der Labelung „zieldifferente Unterrichtung“ von verschiedenen Maßnahmen der Lernförderung (hier nach § 45 des Hamb. Schulgesetzes), der Außerunterrichtlichen Lernhilfen und der Teilnahme an den Prüfungen für den Erwerb allgemeinbildender Schulabschlüsse ausgeschlossen zu werden. Dies wird nun ergänzt um das nur ausnahmsweise gewährte Recht auf Wiederholung einer Jahrgangsstufe.

Warum gewährt der Landesschulrat/die BSB der einen Schüler_innengruppe das Recht auf Wiederholung grundsätzlich und der anderen Gruppe nur aus-

nahmsweise? Ist die letztgenannte Gruppe von den Folgen der Pandemie für (Schul-)Unterricht und Lernen weniger oder nicht betroffen?

Behörden Spitze und Landesschulrat treffen diese Entscheidung in Kenntnis zentraler wissenschaftlicher Ergebnisse der ‚Evaluation inklusiver Bildung in Hamburgs Schulen‘ (EiBiSch, 2018) und im Wissen, dass es in den meisten europäischen Ländern die Kategorie der sonderpädagogischen Förderbedürftigkeit im Bereich Lernen gar nicht gibt (Schuck, 2019). Es sind gerade und auch Schüler_innen mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf (SPF) im Bereich Lernen, die ‚grundsätzlich‘ zieldifferent unterrichtet werden sollen und denen damit ohne zusätzliche Hilfen oder Klassenwiederholung das Erreichen von Abschlüssen (hier den Erwerb des ESA) erschwert, wenn nicht verunmöglicht wird. Und gerade EiBiSch hat verdeutlicht, dass Schüler_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf innerhalb einer weitaus größeren Gruppe von Schüler_innen, die in den untersuchten Jahrgängen 4 und 6 die Mindeststandards in Mathematik und/oder im Leseverstehen unterschreiten, nur einen geringeren Anteil (ca. ein Viertel bis ein Fünftel) bilden. Das heißt, dass diese (sonderpädagogische) Kategorisierung diagnostisch und prognostisch keinen Wert hat, es sei denn, um die kategoriale Sonderpädagogik zu legitimieren und das Schulsystem so exklusiv zu belassen, wie es ist.

Warum missachtet der Landesschulrat/die BSB den Geist der UN-Behindertenrechtskonvention?

Gelten in der Pandemie andere Regeln, andere „ziendifferente“ (?) gesetzliche Bestimmungen oder geteilte Rechte?

Kommt in dieser einfachen behördenspezifischen Entscheidung vielleicht sogar ein Menschenbild ungewollt zum Vorschein, dass Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und ziendifferenzierter Unterrichtung eine andere Seinsqualität menschlicher Existenz zuschreibt?

Bedenken wir jedoch nicht nur die schulische Laufbahn, sondern neben den gesellschaftlichen und familiären Bedingungen auch die Möglichkeiten vorschulischer Bildung und nachfolgender beruflicher Bildung und Ausbildung. Spannen wir also einen größeren Bogen in der Lernbiographie Heranwachsender, innerhalb derer viele mit der ‚Verspätung‘ von ein, zwei oder drei Jahren einen Schulabschluss erwerben, der dem ESA entspricht, eine assistierte

Berufsausbildung beginnen, mit einer Berufsausbildung auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen oder über Qualifizierungsmaßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt, so erscheint die kategoriale Sonderpädagogik mit ihren entsprechenden Bestimmungen (Vorgaben) der BSB bzw. des Landesschulrates als Behinderung „unbeschädigter Identitätsentwicklung“ (Wo-

In einer Schule der Zukunft und einer Kultur der Vielfalt wäre die Normierung und Standardisierung in Frage zu stellen

cken) im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung und als grundlegendes Hindernis zukünftiger inklusiver Bildung und bestmöglicher gesellschaftlicher Teilhabe.

Stattdessen wäre in einer Schule der Zukunft und einer Kultur der Vielfalt die Normierung und Standardisierung in Frage zu stellen. Dies drückte

Andreas Hinz so aus: „...Wenn man einerseits in Richtung einer Schule für alle, also eine immer diskriminierungsärmere Schule geht und andererseits wollen wir China in Sachen Mathe überholen – das verträgt sich nicht wirklich. Wobei ich es falsch finde, Inklusion Leistungsfeindlichkeit zu unterstellen. Inklusion ist äußerst leistungsfreundlich – nur jeweils auf individuellem Level. Jedes Kind soll das lernen, wozu es in der Lage ist. Nur verabschiedet sich Inklusion von einer Normalitätsvorstellung des Lernens mit Vergleichsarbeiten, dem landesweiten Abitur und Ähnlichem.“ Hinz ist ehemaliger Professor für Allgemeine Rehabilitations- und Integrationspädagogik an der Uni Halle. Er äußerte sich zum Thema in einem Gespräch mit der Journalistin Frederike Gräff und dem ehemaligen Schulleiter und Sonderpädagogen Uli Hoch (vgl. taz, 20./21.Februar 2021).

STEPHAN STÖCKER,
ULRICH MEISTER
(Fachgruppe Sonderpädagogik
& Inklusion)

CHANCEN

„Einfache Sprache“

Wie der Spaß am Lesen im Deutschunterricht gesteigert werden kann

Dass man als Lehrkraft mit klassischer Literatur nicht jeden Schüler und jede Schülerin glücklich macht, ist keine neue Erkenntnis – schon gar nicht an Schulen im Sekundarbereich I. Sie wirft aber die Frage auf, wie das zu ändern ist. Denn an der Bedeutung des Lesens bzw. des Lesen-Könnens besteht kein Zweifel. Nicht nur im Hinblick auf die vielfältigen Aufgaben aller Fächer im Schulbetrieb, sondern auch mit Blick auf die ganz gewöhnlichen Anforderungen im Alltag.

„Literacy is the key to participate in society“

So schlicht, aber eindeutig formulierte die *EU High Level Group of Experts on Literacy in Final Report 2012* die Bedeutung des Lesens. Nach der letzten PISA-Studie hat inzwischen schon jede_r 5. Schüler_in im Alter von 15 Jahren große Mühe, Texte zu lesen und zu verstehen. An Schulen, die kein Gymnasium sind, ist es sogar fast jede_r Dritte. Tendenz steigend.

Die Anzahl der erwachsenen funktionalen Analphabet_innen

hierzulande wird laut LEO-Studie 2018 mit 6,2 Millionen beziffert. Die nackte Zahl vermittelt nur eine grobe Vorstellung vom Ausmaß des Leids, das der Analphabetismus in Deutschland tatsächlich verursacht: 6,2 Millionen Menschen, die an Behördenbriefen scheitern, die mit dem Kauf eines Bustickets am Automaten überfordert sind oder die ihr Leben als Hilfsarbeiter fristen, obwohl sie Talent für etwas ganz Anderes hätten.

Der Umgang mit Literatur spielt für Lesen und Lesever-



...für Manche nur abschreckend

ständnis eine zentrale Rolle. Denn nirgends ist der Zusammenhang von Arbeit und Ertrag – im Sinne von Lese-Mühe und Lese-Genuss – offensichtlicher als beim Lesen von Romanen. Die Erfahrung, dass Lesen neben der Bereitstellung notwendiger Informationen auch noch Fantasie, Verortung der eigenen Position im Leben, Austausch mit anderen anregt, nährt den Hunger nach weiterer Lektüre.

Klassiker möglich?

Gewiss: Sie sind lohnenswert – auf dem Weg zum Abitur. Doch die Klassiker markieren eher das Lese-Ziel, nicht den Beginn der Reise. Dann schon eher alters- und themengerechte Jugendbücher von Ursula Poznanski, Cornelia Funke oder Peter Härtling in die Deutschstunde. Schließlich gilt für den Erwerb von Lesekompetenz vor allem eins: Lesen lernt man durch Lesen.

Aber was tun, wenn selbst diese mit Buchpreisen überhäufte Literatur es nicht schafft, lesegehemmte Jugendliche zu begeistern? Helfen dann noch leichtere Texte? Grundsätzlich ja. Aber bitte keine Kinderbücher. Diese sind geradezu kontraproduktiv; denn Bücher, die nicht altersgerecht sind, bergen vor allem für Jungen die Gefahr, sich unter Altersgenossen lächerlich zu machen.

Die Lösung

Der bei Lehrkräften noch weitgehend unbekannt *Spaß am Lesen Verlag* aus Münster publiziert seit 2009 Romane, Zeitungen und Unterrichtsmaterialien in leichtverständlichem Deutsch für ungeübte Leserinnen und Leser, die über eine nur geringe Lesekompetenz verfügen.

Das Verlagskonzept geht davon aus, dass die Hürden herkömmlicher Romane besonders für männliche Jugendliche, für Förderschüler_innen und Schüler_innen mit Migrationshintergrund zu hoch sind: Die Sätze zu lang, Wörter oft schwierig, die Geschichte zu verworren, das Buch zu dick und deshalb abschreckend in seinem Umfang.

Um auch schwache Leser_innen abzuholen, sind genau diese Hürden herabgesetzt. Jugendbücher, die auf dem Markt erfolgreich sind, werden in ‚Einfache Sprache‘ umgeschrieben und machen schon rein optisch einen ganz anderen ersten Eindruck: Machbarer Umfang, große

Schrift, sprechende Überschriften, häufige Absätze, lockerer Flattersatz.

Das sind die Merkmale, die zum Lesen einladen. Bei der Lektüre fällt auf, dass kaum Fremdwörter, Passivkonstruktionen und Zeitsprünge auftauchen und die Sätze angenehm kurz, klar und nicht verschachtelt sind. Gleichzeitig lockt ein Buch in *Einfacher Sprache* – ebenso wie das Original – mit einer nach wie vor spannenden Geschichte.

Ausprobieren

Leider gibt es über den Nutzen von *Literatur in Einfacher Sprache* noch keine wissenschaftlich fundierten Zahlen für den Schulunterricht. Wohl aber positive Rückmeldungen einiger weniger Lehrkräfte. Danach eignen sich Bücher in ‚Einfacher Sprache‘ für die Leseförderung im Klassenverband und/oder mit Lesepat_innen, zur Binnendifferenzierung und als Empfehlung für das Freizeitlesen.

Das ist eine gute Nachricht für alle Lehrkräfte, denen Leseförderung besonders wichtig ist. Ist es auch eine gute Nachricht für Schülerinnen und Schüler? Ja. Besonders für Jugendliche, die sonst nicht lesen. Denn sie haben eine echte Chance, ein ganzes Buch zu Ende zu lesen, daran Freude zu empfinden und zum Club der Lesenden dazuzugehören. Das stärkt ihr Selbstvertrauen und bringt ihnen den Spaß am Lesen zurück.

JOACHIM LAUG-WOLDRINGH
Verlagsrepräsentant

Spaß am Lesen Verlag
Lesen für alle



Ausnahmen bestätigen die Regel

Entgegen unserem Grundsatz, Artikel zu veröffentlichen, die frei sind von wirtschaftlichem Interesse, haben wir uns für den Abdruck dieses Beitrages entschieden, weil er einen wichtigen Hinweis auf vielleicht ein manchmal vergessenes Genre der Schulbuchliteratur liefert.

DIE RED.



Ein neuer Anlauf

Antragsentwurf zum Gewerkschaftstag der GEW Hamburg im Mai 2021:
Überlegungen zur Veränderung des Religionsunterrichts

Hamburgs evangelische Prägung hat eine lange Tradition. Die Schulreform durch Bugenhagen vor 500 Jahren war ein Epochenwechsel. 1950, nach dem Krieg, waren 80 Prozent der Bürger_innen evangelisch. Seitdem hat sich die Konfessionszugehörigkeit grundlegend verändert: Ende 2019 gehörten in Hamburg nur noch 24,4 Prozent der evangelischen Kirche an, 9,6 Prozent waren katholisch, mutmaßliche ca. 5 Prozent waren Muslime, ca. 5 Prozent gehörten zu kleineren Gruppierungen (Freikirchen, Buddhisten...) und über 55 Prozent waren konfessionsfrei (FOWID, REMID).

Der Religionsunterricht an staatlichen Schulen wird bislang von der evangelischen Kirche verantwortlich durchgeführt. Der derzeitige Religionsunterricht „für alle“ (RUfa) in Hamburg kommt wegen eines fehlenden Alternativ-Angebotes in den Klassen 1-6 faktisch einem Pflichtunterricht aus religiöser Sicht und in religiöser Verantwortung gleich. In den Klassenstufen ab 7, wo die Schüler_innen religionsmündig sind und damit ein Recht zur Entscheidung über die Teilnahme am Religionsunterricht „für alle“ haben, gibt es seit langem eine Alternative. Dieses Angebot „für alle“ nimmt nur etwa die Hälfte der Schüler_innen wahr, die andere wählt Philosophie.

Gemeinsamer Unterricht über Werte, Sinnfragen, Lebenseinstellungen, Religionen und andere Weltanschauungen und das Einüben gemeinsamen Nachdenkens, Philosophierens darüber wäre ein großer pädagogischer Wert. Unsere Schüler_innen würden gemeinsam erfahren, wie vielfältig unsere Welt ist und welche verschiedenen Antworten auf Sinnfragen, rationale sowie irrationale, möglich sind.

Leider wird der Hamburger Religionsunterricht „für alle“ diesem Anspruch vor allem in den Klassen 1-6 nicht gerecht. Auch die Ankündigungen

des RUfa 2.0 im Jahre 2019, unter Beteiligung der sechs durch sog. Staatsverträge eingebundenen Religionsgemeinschaften und ihrer gemeinsamen Verantwortung der Bildungspläne, lassen keine grundlegende Änderung erwarten, denn sie bilden nur eine eingeschränkte religiöse Vielfalt in unserer Stadt ab, geben aber keine authentische Antwort auf den drastischen Rückgang der Religionsmitgliedschaften.

Dies liegt nicht an den Unterrichtenden, die den Anspruch auf guten Unterricht an sich haben und auch einlösen. Der RUfa, so wird seitens des Staates behauptet, sei für alle da und für alle gemacht. In der Realität aber ist er ein Unterricht von Religionen über Religionen mit einem kleinen Ausblick auf die nicht-religiöse Welt. Er beansprucht, alle Schüler_innen erreichen zu wollen und zu können, auch diejenigen, die ohne religiöse Bindungen und Vorstellungen familiär sozialisiert werden. Er macht ihnen aber ein Angebot durch ausschließlich und verpflichtend religionsgebundenes und -beauftragtes pädagogisches Lehrpersonal. Seinen „für alle“-Anspruch

bezieht er aus der Erkenntnis, dass auch die Religionen mittlerweile sehen, dass sie und ihre Deutungsmonopole dramatisch an Zuspruch verlieren und säkulare, religiöse Transzendenz-Vorstellungen nicht akzeptierende Lebensentwürfe sich weiter verbreiten. Im Religionsunterricht „für alle“ werden sie aber ausschließlich gefiltert durch die Brille religiöser Bekenntnisse angeboten. Eine andere Rechtskonstruktion scheint Art. 7 (3) GG auch nicht zuzulassen. Wie wäre sonst zu begreifen, dass alle Bemühungen säkularer Organisationen unserer Stadt um Beteiligung an der Entwicklung von Lehrplänen von Schulbehörde und Religionsgemeinschaften brüsk zurückgewiesen werden.

Wenn der Staat einen gemeinsamen Unterricht für alle will, dann müssen auch alle beteiligt sein,

nicht nur ausgewählte Religionen.

Die GEW Hamburg sieht folgende Möglichkeiten:

- Ein gemeinsamer Unterricht, der alle Religionen und Weltanschauungen umfasst, muss dies auch in seiner Bezeichnung enthalten. Der Begriff „Religionsunterricht für alle“ ist für einen solchen Unterricht zu überwinden. Die GEW unterstützt alle Bemühungen für einem gemeinsamen Unterricht über Werte, religiöse und säkulare Lebensdeutungen.
- Ein Religionsunterricht nach Art. 7 [3] GG, der den Anspruch „für alle“ führt, muss, wenn er schon nicht „von allen“ (Religionen und Weltanschauungen) verantwortet wird, eine klare Alternative für diejenigen Schüler_innen (Kl. 1-6) ermöglichen, deren Erziehungsberechtigte ihn nicht wollen. Dazu muss der Staat eine ernstzunehmende Alternative anbieten (wie er es auch in den Klassen 7-13 tut). Philosophie in Kl. 5 und 6, Philosophieren mit Kindern in 1-4, selbstverständlich immer auch mit religionskundlichen Elementen im Bildungsplan.
- Die GEW fordert die Schulbehörde und die Schulleitungen auf, die Erziehungsberechtigten auf die Möglichkeit zur Abmeldung vom derzeitigen RUfa in den Klassen 1-6 nach Schulgesetz §7, 3 hinzuweisen. Dies muss rechtzeitig vor Einschulung und zu Beginn jeder Klassenstufe und vollumfänglich stattfinden. Der Druck auf Eltern, die diese Informationen, wenn überhaupt oft erst nach Beginn des Schuljahres z.B. auf Elternabenden mitgeteilt bekommen, muss beendet werden. Ihre freie Entscheidung wird dadurch unzulässig beeinflusst, dass ihr Kind nach der Information aus dem laufenden Unterricht herausgenommen werden und eine unterjährige Notbetreuung von den Schulen organisiert werden muss. In jeder Schule muss ein alternatives Unterrichtsangebot geschaffen werden, um Kinder, die vom Religionsunterricht befreit sind, an-

gemessen zu beschulen.

- Grundgesetzlich abgesichert (Art. 7[3]) haben Religionen das Recht auf einen Unterricht (auch einen gemeinsamen nach Hamburger RUfa-Modell) für die Angehörigen ihrer Glaubensrichtung. Dieser muss vom Staat abgesichert (und finanziert) werden, ggf. zusätzlich zu einem gemeinsamen Unterricht für alle Schüler_innen einer Klasse.
- Die GEW fördert derzeitige Bemühungen einzelner Schulen um bessere Verankerung des „Philosophierens mit Kindern“ im Unterricht. Dazu müssen sowohl die entsprechenden Lehrkapazitäten an der Universität ausgebaut werden als auch Philosophie/Philosophieren mit Kindern als Fach im Grundschul-Lehramt angeboten werden.
- Im Zuge der Entwicklung des RUfa (2.0 – gemeinsam verantworteter, dialogischer Religionsunterricht) wurde in den Schulen förmlich die sog. Vocatio, d.h. die Beauftragung der Religionslehrer_innen durch die Kirchen wiederbelebt. Auf sie wurde Jahrzehnte nicht geachtet. Viele Kolleg_innen mit Religionsfakultas (grundständig oder in Weiterbildung erworben) sind mittlerweile aus der Kirche ausgetreten. Durch Anschreiben der Schulbehörde werden sie zum Wiedereintritt aufgefordert, anderenfalls sie das Recht auf Erteilung von Religionsunterricht verlieren. Die GEW missbilligt diesen Druck auf Kolleg_innen, die gemeinsam mit vielen Menschen in den letzten Jahren die Kirchen und Religionsgemeinschaften verlassen haben. Der Maßstab für die Erteilung von Religionsunterricht muss der gleiche sein wie bei den anderen Unterrichtsfächern der Schule.

GERHARD LEIN,
PROF. DR. KERSTIN MICHALIK,
KARIN HUFERT, DORA HEYENN,
DR. STEFAN VOLKE
unter Einbeziehung von Hinweisen seitens
Dr. Carola Roloff

Starkes Echo

Es geht um die Klassen 1 bis 6: Nehmen wir Einfluss auf eine zu verändernde Gestaltung des Religionsunterrichts

Mit der von ihr gewählten Überschrift „Scheinliberal“ hat die HLZ-Redaktion eine unnötig scharfe, aber erfreulicherweise auch sehr ausführliche Reaktion

des Religionslehrerverbandes befördert, die mich als Autor des Artikels in HLZ 12, S. 38ff, auch persönlich treffen sollte. Weitere Leserbriefe, z.T. auch

mit Schaum vor dem Mund, sind abgedruckt. Das war bei diesem Thema auch zu erwarten. Vor kontroversen Diskussionen habe ich, haben viele Kolleg_in-



nen in der GEW keine Scheu. Telefonanrufe und persönliche Mails erreichten mich, die allermeisten mit der Botschaft, dass es Zeit sei, über die Fiktion des derzeitigen Religionsunterrichts für alle in unserer GEW mal zu sprechen. Bezogen auf die Klassen 1 - 6, das muss immer wieder betont werden.

Mittlerweile hat der in hlz 1-2, S. 57 angekündigte Arbeitskreis mehrfach getagt, dabei u.a. auch der Kollege Benjamin Krohn, Vorsitzender des Religionslehrerverbandes. Gerne sind die bisherigen Teilnehmer_innen bereit, in Betriebsgruppen, Fachgruppen, Referaten zu diskutieren, auch virtuell.

Ein paar inhaltliche Anmerkungen zu einzelnen Aussagen in den Leser_innenzuschriften seien an dieser Stelle erlaubt. Vorweg und vor allem: Selbstverständlich ist beim Hamburger Religionsunterricht, an dem ich früher auch als Lehrer beteiligt war (grundständig studierte Religionslehrausbildung) und den ich als Schulleiter zu verantworten hatte, ein erheblicher Fortschritt zu erkennen; sowohl gegenüber früherer „evangelischer Unterweisung“, als auch nach den Leitsätzen der Theologischen Fakultät 1968, die ich selbst mit verantwortet hatte und besonders in den 2000er Jahren, als der RU sich weiter öffnete und versuchte, die wachsende Multireligiosität der Stadt in den Blick zu nehmen. Und das machen viele unserer Kolleg_innen engagiert. Dies wurde in keinem Satz meiner Ausführungen bestritten.

Allerdings lässt die drastische Abkehr von der evangelischen Kirche in Hamburg (Anteil 1950 noch ca. 70 Prozent, heute ca. 25 Prozent) und die insgesamt schwindende Kirchenmitgliedschaft erkennen, dass

die Mehrheit der Hamburger Stadtbevölkerung keine Bindung an Religionsgemeinschaften mehr hat. Mag man meine Formulierung „Wagenburg“ für den Zusammenschluss der Staatsvertrags-Religionen kritisieren – Fakt bleibt, dass der RUfa 2.0, wie die BSB ihn bezeichnet, nach unserem Grundgesetz ein Unterricht im Namen und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften bleibt. Das ist ab Klasse 7 ohne Problem, denn da gibt es eine Alternative. Und die Kolleg_innen in den Schulen wissen, dass diese Alternative z.T. sehr kräftig genutzt wird.

Das Problem besteht in den Klassen 1-6. Die Eltern entscheiden für ihre noch nicht religionsmündigen Kinder auf einer völlig unzureichenden Informationsbasis. Vor Einschulung wird ihnen keine angemessene Information über die Freiwilligkeit zum Be-

Die Eltern entscheiden für ihre noch nicht religionsmündigen Kinder auf einer völlig unzureichenden Informationsbasis

such des RU gegeben. Jedenfalls nicht von der Schulbehörde (man lese bitte den suggestiven Text der Informationsbroschüre Grundschule 2021/22 auf S. 25f., oder suche vergeblich Hinweise in der Informationsbroschüre „Den richtigen Weg wählen“ über Klasse 5/6 der weiterführenden Schulen). Die BSB weist dann immer auf die Informationspflicht der Schulen, z.B. auf deren Elternabende. Ob denn wohl auf dem ersten Elternabend der Grundschule das Problem des RU "für alle" wirklich prob-

lematisiert wird?

Und als zweites kommt die Erkenntnis der Eltern hinzu, dass ihr Kind bei Abmeldung keinen angemessenen Alternativ-Unterricht erhält. Welche Eltern möchten wohl ihr Kind hinten im Gruppenraum wissen, stigmatisiert vor den anderen Schüler_innen, reingerufen, wenn z.B. im RU Klassenrat angesagt ist.

Und jetzt kommt das dritte Problem: Ist den Eltern wirklich klar, dass das Unterrichtspersonal spätestens ab 2022 komplett Mitglied einer der beteiligten Religionsgemeinschaften sein muss? Möge man doch mal auf die Seite des Religionslehrerverbandes schauen (<https://vhrr.jimdo.com/>, Zugriff 13.3.21, 20 Uhr): „Achtung – Aktuell – Achtung – Aktuell Ab 01.08.2022: RU in Hamburg kann nur noch von Lehrkräften erteilt werden, die offiziell von einer Religionsgemeinschaft beauftragt wurden.“ Das wird man in unserer Gewerkschaft wohl als eine Rückhol-Aktion derer nennen dürfen, die die Kirchen etc. verlassen haben. Und wahrscheinlich ist unser GEW-Rechtsschutz da machtlos.

Um Macht geht es hier in der Tat, denn in keinem anderen Fach wird der Schulleitung juristisch verbindlich vorgeschrieben, welche formale außerschulische Beauftragung Kolleg_innen mitbringen müssen.

Die neuen Bildungspläne für das Fach RUfa 2.0 sollten ja eigentlich schon auf dem Tisch liegen, aber... Da wäre dann zu sehen, ob multi-religiöses Lehrpersonal Kindern in den ersten Schuljahren auch eine religionsferne Perspektive eröffnen kann, die ihre säkulare, vielleicht atheistische Perspektive (bzw. die ihrer Eltern, sie selbst sind ja nicht religionsmündig) wirklich ernst nimmt und ggf. stärkt.

In der Grundschulbroschüre steht jedenfalls: *“Sie lesen Geschichten und Gedichte, sehen Bilder, hören und singen Lieder und begegnen so dem Reichtum*

der Religionen.“ Von säkularen Identitäten kein Wort. Ich hoffe, dass in unserer GEW endlich eine Diskussion beginnt. Und nicht die Meinung

mancher Schulleiter_innen die Oberhand behält, dass es doch so angenehm sei, die Klassen 1 bis 6 ungeteilt zu organisieren.

GERHARD LEIN

LESERBRIEF

Etikettenschwindel

hlz 1-2/2021, S. 50-57,

Es ist erfreulich und ein wichtiges Verdienst des Artikels von Gerhard Lein, dass sich die institutionalisierten Religionslehrer_innen zu einer ernsthaften Stellungnahme herausgefordert fühlen, nachdem Kirchen und Behörden die Argumente des Säkularen Forums jahrelang schlicht ignoriert haben. Auch dieser geht jedoch am Kern der Kritik vorbei. Der sogenannte „Hamburger Religionsunterricht für Alle“ ist nach wie vor ein Etikettenschwindel, weil er zwar behauptet für Alle zu sein, aber nicht von Allen gemacht wird. Wenn säkulare Themen dabei so breiten Raum einnehmen sollen, wie in dem Artikel behauptet wird und wie es in unserer Stadt wünschenswert und wichtig ist, warum werden dann säkulare Gemeinschaften nicht an der Konzeption des Religionsunterrichtes beteiligt? Was würden die evangelische Kirche und der Religionslehrerverband sagen, wenn das Säkulare Forum den evangelischen Religionsunterricht gestalten wollte und die Kirche da

heraushielte mit dem Argument, das Säkulare Form wisse schon gut genug, was christlicher Glaube ist? Genau das tun aber die Kirchen, die den Säkularen seit Jahren den Zugang zum Dialogkreis zum Religionsunterricht und anderen Formen der Zusammenarbeit verweigern. Dabei werden dann je nach Bedarf verfassungsrechtliche oder pseudophilosophische Gründe vorgeschoben um Verbandspolitik zu betreiben. Es ist ja auch nachvollziehbar: Die Säkularen werden immer mehr, während die Kirchen schrumpfen, da möchte man sich in die letzte Bastion in der Kinderpädagogik nicht auch noch ein Trojanisches Pferd hereinholen. Dabei hat das Säkulare Forum schon 2015 mit einem Lehrplänenentwurf gezeigt, wie religiöse und säkulare Inhalte in einem gemeinsamen Religions-/Weltanschauungsunterricht zusammengeführt werden können. „Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein“. Wenn die Religionslehrer_innen ihrem selbstgesetzten Anspruch eines Religionsunterrichtes für Alle gerecht werden wollen, müssen sie Säkulare glaubwürdig an der Konzeption beteiligen.

CHRISTIAN LÜHRHS
Stv. Vorsitzender Säkulares Forum Hamburg e.V.

Wir müssen draußen bleiben

Zur Besonderheit des Hamburger Modells gehört, dass es Religionsgemeinschaften mit unterschiedlichen Rechten ausstattet

Auch ich finde es gut, dass die aktuellen Veränderungen im Bereich Religion und in der Grundschullehrer_innen-Ausbildung offen und auf breiterer Basis diskutiert werden. Gerade unter Corona wird deutlich, wie wichtig es in existentiellen Krisenzeiten sein kann, Ressourcen zur Verfügung zu haben, die inneren Halt und Orientierung geben. Sozial-

emotionale Kompetenz und Resilienz rücken zunehmend in den Blickpunkt von Bildungsprozessen. Leider wurde im vorletzten Heft bei der verfassungsrechtlichen Einordnung „Wer darf Religionsunterricht erteilen?“ die Rolle der Minoritäten-Religionen wie z.B. Buddhismus, Hinduismus ... ausgeblendet. Es wurde

nur gefragt, warum Lehrkräfte, die „nicht (mehr) Mitglieder einer Religionsgemeinschaft sind und in der Folge auch keine kirchliche Lehrerlaubnis“ haben, nicht mehr unterrichten dürfen. Nicht gefragt wurde, warum diejenigen, die Mitglied einer Religionsgemeinschaft sind, die nicht das Privileg eines Staatsvertrags genießt, nicht (mehr)



unterrichten dürfen, selbst dann nicht, wenn ihre Religion relevant genug erscheint, sie in die Unterrichtsmaterialien und Rahmenpläne seit Jahrzehnten aufzunehmen. So können z.B. Hamburger buddhistische Religionslehrerinnen, die sich jahrelang durch Fortbildungen qualifiziert haben, ab 1. August 2022 Religion nicht mehr unterrichten. Das heißt in der Praxis: Aleviten, Christen, Juden und Muslime dürfen Buddhismus unterrichten, Buddhisten nicht mehr. Denn von den rund 100 Hamburger Religionsgemeinschaften dürfen zukünftig nur noch jene Lehrkräfte das Fach Religion unterrichten, die eine Entsendungsurkunde aus einer der fünf Gemeinschaften nachweisen können, die den Religionsunterricht seit 2013 gemeinsam verantworten (Evangelische Kirche, Katholische Kirche, Jüdische Gemeinde, Alevitische Gemeinde und Islamische Religionsgemeinschaften). Viele Hamburger Buddhistinnen und Buddhisten empfinden dies als Diskriminierung. In Berlin und Österreich gibt es eine andere Praxis. In Berlin aufgrund der Berliner Klausel. In Österreich, weil dort der Buddhismus bereits seit 1983 als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt ist.

Konsens ist, dass es pädagogisch sinnvoll scheint, wenn Kinder und Jugendliche sich in einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft nicht nur mit einer einzigen Religion beschäftigen, sondern multiperspektivisch und auf dialogische Weise mit einer Vielfalt von Religionen und Weltanschauungen. So können sie nicht nur Gemeinsamkeiten und Überlappungen zwischen den verschiedenen Religionen entdecken, sondern auch intra- wie interreligiös Differenzsensibilität entwickeln.

Der RU gemäß GG § 7 (3) sieht jedoch vor, dass die Glaubenssätze der jeweiligen Religionsgemeinschaft als bestehende Wahrheiten vermittelt werden. Wie lässt sich das durch eine Lehrkraft darstellen, die in ihrer Religion authentisch verortet sein soll? Kann sie doch nur die eigene Religion aus der Binnenperspektive darstellen. Eine Äquidistanz wie in der Religionskunde ist nicht vorgesehen. RU ist keine überkonfessionelle



Dharmachakra (Sanskrit, m., धर्मचक्र, dharmacakra, das „Rad des Gesetzes“, von Chakra = Rad und Dharma = Gesetz) ist im Buddhismus das Symbol der von Buddha verkündeten Lehre
Abbildung des Dharmachakra im Jokhang-Tempel in Lhasa/Tibet

vergleichende Betrachtung. Und was ist mit den Schülerinnen und Schülern? Konfessionsfreie und SuS anderer Religionen gelten als Gäste im konfessionell-kooperativen bekenntnisorientierten Religionsunterricht der verantwortlichen Religionsgemeinschaften. Wird damit in der Klasse eine Art Zweiklassengesellschaft etabliert? Kann dies dazu führen, dass Kinder und Jugendliche ihre religiöse Identität verleugnen müssen, um nicht als Außenseiter dazustehen?

Im dialogischen Rufa, dem Vorgänger des sog. Rufa 2.0, wie er in den 1990er Jahren in Hamburg eingeführt wurde, stand

der Begriff religiöse Identität weniger stark im Zentrum und von den Lehrkräften wurde auch keine Kirchenzugehörigkeit gefordert. Es ging weniger darum, ein bestimmtes Pensum an abfragbarem Wissen über Religion einzustudieren. Vielmehr sollte Religionsunterricht im Erfahrungs- und Verstehenshorizont der Schülerinnen und Schüler, also an deren Alltag ansetzen und sie über Fragen in den Dialog bringen: über Glaube und Gott, den Sinn des Lebens, Liebe und Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden sowie über Kriterien und Normen für verantwortliches Handeln. Nun kommt jede Religionsgemeinschaft mit einer langen Liste von zentralen Themen, die idealerweise gelernt werden sollten.

Der neue Rufa bzw. KoKoRufa 2.0 (so heißt er, wenn sich die katholische Kirche beteiligt) sieht vor, nicht nur dialogisch zu sein, sondern auch identitätsstiftend und identitätsstärkend. Die Anzahl der religiösen Perspektiven ist begrenzt und orientiert sich an der religiösen Zusammensetzung der Lerngruppe und Lebenswelt. Die in der Klasse vorkommenden Religionen sollen thematisiert werden, auch wenn ein Kind zu einer in Hamburg wenig vertretenen Religion gehört. Es soll Lernstrecken zu den verantwortlichen Religionen geben (Christentum, Islam, Alevitentum und Judentum) und exemplarisch zu drei weiteren Religionen (Buddhismus, Hinduismus und Bahaitum).

Was aber geschieht, pädagogisch betrachtet, wenn während des Unterrichts Gruppen nach Religionszugehörigkeit gebildet werden, jedoch manche Kinder eine religiöse Bi-Identität oder Multi-Identität oder keine Religionszugehörigkeit haben?

Mir scheint, dass in den Bei-

trägen in den letzten beiden HLZ-Heften die Autorinnen und Autoren von unterschiedlichen Vorstellungen ausgehen und einen unterschiedlichen Informationsstand und Einblick in die neuen, noch nicht verabschiedeten Rahmenpläne haben. Über welchen RU reden wir? Religionsunterricht für alle Version 1.0 (Rufa 1.0), Rufa 2.0 oder den neuen KoKoRufa 2.0 (Konfessionelle Kooperation im Rufa 2.0)?

In der Diskussion der Akteur_innen, der Befürworter_innen und Gegner_innen des Rufa sind:

- sehr verschiedene Auffassungen von Religion und von Sinn und Zweck von Religionsunterricht (RU) im 21. Jh. (rechtlich und pädagogisch),
- unterschiedliche Modelle von RU, die vom dialogischen Religionsunterricht reichen bis hin zur konfessionellen Trias, bestehend aus den drei Bezugsgrößen Lehrer_in, Schüler_in und Inhalt_ein und derselben Religion/Konfession,
- konfessioneller oder konfessionell kooperativer bekenntnisorientierter RU gemäß GG § 7 (3)
- Religionskunde, die von allen Lehrer_innen unterrichtet werden könnte, wenn es eine entsprechende gemeinsame Lehramtsausbildung geben würde (Religionsunterricht von allen für alle), oder aber – wie im Hamburgischen Schulgesetz § 7 vorgesehen –, zusätzlich zu Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach „soweit in der Stundentafel vorgesehen, ... eine Wahlpflichtalternative ... in den Bereichen Ethik und Philosophie“, nicht erst ab Klasse 7, sondern bereits in der Grundschule;
- verschiedene Auslegungen des GG § 7 (3) vor dem Hinter-

grund der Urteile des Bundesverfassungsgerichts,

- bundesweit unterschiedliche Regelungen und Praxen von Religions- und/oder Ethik-/Philosophie-Unterricht,
- unterschiedliche Erfahrungen und Ansprüche von Lehrkräften an Hamburger Schulen.

In erster Linie sollte es um die Kinder und Jugendlichen gehen und um die Frage, was für sie das Beste ist und was sie in einem „Religionsunterricht für alle“ lernen sollen, z.B. Zu-

das dann auch für säkulare Schülerinnen und Schüler?

Und noch eine kleine Anmerkung zum Schluss: Sollte dieser Leserbrief abgedruckt werden, wäre es schön, wenn sie oben in der Zeile auch das Symbol des Buddhismus, das achtspeichige Dharma-Rad einfügen. Sie können ja zu Hause einmal mit Kindern und/oder Enkelkindern den Test machen. Wer kennt die abgebildeten Symbole? Gibt es da zwischen den Generationen einen Unterschied?



Japanischer Zen-Garten

sammenhalt trotz Diversität, interreligiöse und interkulturelle Kompetenz, einen respektvollen Umgang miteinander, Toleranz und Wertschätzung. Wenn man sich darüber einig ist, müsste man schauen, ob die Lehramtsausbildung und/oder Fortbildung diesem Anforderungsprofil entspricht und ob beides geeignet ist, entsprechende Kompetenzen zu fördern. Ist die Ausbildung tatsächlich so, dass Lehrkräfte in der Lage sind, alle o.g. Religionen zu unterrichten? Wie zuverlässig ist die Evaluation zum Pilotprojekt, die ergab, dass es Schülerinnen und Schülern nicht wichtig ist, welche Religion die Lehrkraft hat, sondern dass sie überhaupt eine Religion hat. Gilt

Mit Dank an die hlz-Redaktion, dass Sie die Artikelreihe mit Voten für eine Alternative zum Religionsunterricht für alle sowie die Gegendarstellung der Vereinigung Hamburger Religionslehrer_innen aufgenommen haben.

CAROLA ROLOFF,
Ständige Gastprofessorin
für Buddhismus
Universität Hamburg,
Akademie der Weltreligionen

Ansprechpartnerin für das Anliegen Religionsunterricht der Buddhistischen Religionsgemeinschaft Hamburg e.V. <https://brghamburg.de/religionsunterricht/>



LESERBRIEF

stutzig gemacht

hlz 1-2, 2021, S. 50-57

Zunächst sei den beiden Kolleg_innen gedankt für ihren ausführlichen und langen Beitrag zur Debatte. Auch wenn ich passionierter Ungläubiger bin, will ich ihnen gern glauben, dass Religionsunterricht in Hamburg so abläuft, wie sie ihn beschreiben. Der Beitrag selbst allerdings enthält einige Details, die mich stutzig machen und die ich kurz ansprechen möchte:

- „Wollen wir die Spaltung?“ lautet die Überschrift, die mich bereits grübeln lässt – nicht nur, weil mich das unausgesprochen dahinterstehende „etwa“ ärgert, sondern auch, weil so eine „Spaltung“ ja nun keineswegs den Untergang des Abendlandes bedeuten würde – ganz abgesehen einmal davon, dass der staatlich verordnete Fächerkanon nicht Sache der GEW wäre.
- „Religionsgemeinschaften und Staat gestalten das Fach gemeinsam.“ schreiben die Autor_innen. Ja, so wird es wohl interpretiert und da Weltanschauungsgemeinschaften keine Religionsgemeinschaften sind, werden sie an der Lehrplangestaltung nicht beteiligt (authentisch, da selbst erfahren!) – dies als Randbemerkung. Als Randbemerkung sei auch die Frage erlaubt, was den Staat meine Glaubensvorstellung angeht – zumal andere diese möglicherweise als Blasphemie interpretieren. Aber grundsätzlicher: Es sollen „argumentative und dialogische Kompetenzen, mit denen religiöse, weltanschauliche oder auch agnostische Positionen zum Ausdruck gebracht werden“, beurteilt werden. Werte Kollegin, werter Kollege: Schüler_innen dürften zu Recht sagen: „Ich will aber nicht über Glauben, meinen oder den anderer, debattieren und mich schon gar nicht danach beurteilen lassen! Ich will glauben! Wie und was ist meine Privatsache.“ – Ist Euer Gedanke, junge Menschen zwingen zu wollen, über Glauben zu „reden“, nicht ein wenig neben der Spur?
- „Philosophieren mit Kindern – unverzichtbar für den Dialog im Religionsunterricht“. Wohl wahr, Philosophieren ist wichtig, denn in wel-

chem Rahmen sonst könnte man unbefangen über Erkenntnis, Begrenztheit derselben und Objektivität und Subjektivität etc. pp. diskutieren? In der Tat: Philosophie ist elementar und Religion gehört lediglich im Obrigkeitsstaat in die Schule – zwecks Absicherung des Systems.

- ‘Wer Religionsunterricht verdrängen will, fördert die Tendenz zu Privatschulen?’ Das ist nun wirklich eine spannende These. Die katholische Schule in Bergedorf beispielsweise wurde vor nicht all zu langer Zeit großzügig ausgebaut und in dem neuen Stadtteil am Schleusengraben ist eine beeindruckende nagelneue evangelische Schule am Wirken – sollten die Bergedorfer Fälle ganz einmalig sein in Hamburg? Mein Eindruck: Was als drohende ‘Gefahr’ beschworen wird, ist längst schon im Gange – trotz oder wegen oder warum auch immer der Kontroverse um den Religionsunterricht

Ein versöhnlicher (?) Satz zum Abschluss: Religion – wie auch immer verstanden – ist und bleibt elementares Element der Lebensgestaltung. Haben Religionen allerdings nicht mehr die Antworten auf die Fragen der vom Leben geforderten oder „ausgenutzten“ Menschen oder stehen nur noch auf Seiten der „Ausnutzer“, dann bekommt keine staatliche Gewalt, kein noch so philosophisch verbrämter Religionsunterricht Religion und Kirche in die Köpfe der Menschen. Und alles, was zum Verstehen und Bedenken der „Andersgläubigen“ und ihrer entsetzlichen Kontroversen erforderlich ist, findet seit den 70er Jahren im Politik-Unterricht – jedenfalls an Hamburger Berufsschulen – seine angemessene „Heimat“. Dafür braucht es also keinen Religionsunterricht – schlicht, weil Religionsunterricht nur subjektiv und niemals objektiv sein kann, es sei denn, Atheisten würden den Unterricht gestalten.

ERNST MOHNIKE (Pensionär)

Wir wollen die Pluralität

Stellungnahme von GEW-Mitgliedern des Fachverbandes Philosophie Hamburg

Wir leben in einer zusehends säkularen Gesellschaft. Die Mehrzahl der Bundesländer hat auf diese Situation reagiert und parallel zum Religionsunterricht ab der ersten, spätestens fünften Klasse ein alternatives Fach Ethik, Philosophie, Philosophieren mit Kindern oder „Werte und Normen“ eingerichtet (bspw. Bayern 1972, Schleswig-Holstein 2011, Niedersachsen ab 2025; vgl. die Übersicht von Prof. Kerstin Michalik in HLZ 12/20, S. 44). Birgit Korn und Benjamin Krohn, Vorsitzende der Vereinigung Hamburger Religionslehrer und Religionslehrerinnen, beurteilen in ihrer Antwort auf die Artikel von Gerhard Lein und Kerstin Michalik die Einführung einer Wahlmöglichkeit zwischen Religion und Philosophie ab der ersten Klasse hingegen als „fatal“. Als Vorsitzende des Fachverbands Philosophie Hamburg möchten wir im Folgenden auf einige Widersprüche und Unstimmigkeiten in der vorgebrachten Argumentation hinweisen.

Angesichts aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen halten Korn und Krohn die Auseinandersetzung mit religiösen Themen in der Schule für besonders dringlich: „Die Frage, wie das zukünftige Miteinander verschiedener Kulturen, Religionen und Weltanschauungen gestaltet werden kann, ist Kernfrage einer zunehmend heterogenen Gesellschaft, wie sie auch unsere Hansestadt prägt. Wo kommen wir her? Woran orientieren wir uns? Wie begründen wir unsere

gemeinsamen Entscheidungen? Gerade mit Blick auf die zerstörerischen Polarisierungen von Populisten weltweit müssen wir – und besonders die Kinder – lernen, mit diesen Fragen und den vielen verschiedenen Antworten dazu umzugehen.“



Ausgangspunkt des Arguments ist die zunehmende Pluralität der Gesellschaft. Zu dieser Pluralität gehört es, dass etwa die Hälfte der Hamburger Bevölkerung nicht mehr konfessionell gebunden ist. Ein Schulfach, das diese Realität sinnvoll thematisieren kann, müsste also Religion als *eine* Art der Weltanschauung unter anderen behandeln. Genau das findet im Philosophie-Unterricht statt. Eine gemeinsame Reflexion über unterschiedliche religiöse und nicht-religiöse Weltzugänge ist in den Bildungsplänen fest verankert. Wenn es darum geht, Schüler_innen zu befähigen, „zerstörerischen Po-

larisierungen von Populisten“ entgegenzutreten, ist eine Schulung der argumentativen Urteilskraft grundlegend. Und das ist das Kerngeschäft des Philosophierens in der Schule. Die Behauptung von Korn und Krohn, dass ausgerechnet der Religionsunterricht einer konfessionsgebundenen Lehrkraft der richtige Ort für die Thematisierung dieser Pluralität sei, ist abwegig und bleibt unbegründet.

Korn und Krohn geben zu, dass man sich im Religionsunterricht „bei vergleichenden Themen sehr schnell mitten in Fragen der Erkenntnistheorie und damit im Bereich des Philosophierens mit Kindern bewegt. [...] [O]hne philosophische Grundlagen, die das Begriffsgerüst für einen möglichen Dialog herstellen und die Reflexion darüber ist Religionsunterricht heute gar nicht mehr möglich.“ Bei dem Versuch zu begründen, warum der Religionsunterricht der maßgebliche Ort für die konfessionsübergreifende Auseinandersetzung mit „vergleichenden Themen“ sein soll, bemerken die Autor_innen scheinbar nicht, wie sie den Religionsunterricht in ihrer Darstellung immer stärker dem Philosophieunterricht angleichen. Dann ergibt sich allerdings die Frage, weshalb

„Nicht Philosophen stellen die radikalsten Fragen, sondern Kinder.“

Hellmut Walters



dieser Unterricht nicht gleich den hierfür ausgebildeten Spezialist_innen, der Philosophielehrer_innen, überlassen wird?

Die Widersprüche der Argumentation für einen alternativlosen, konfessionsübergreifenden Religionsunterricht treten besonders deutlich zum Vorschein, wenn die Konfessionsbindung der Lehrkräfte begründet wird. So argumentiert Uwe Martini in einem Leserbrief aus Hessen, dass eine Lehrkraft mit Glaubensbekenntnis notwendig sei, um den Lernenden eine „Innensicht“ zum Verstehen der Religion zu vermitteln. In dieser Argumentation, mit der die im RUfa 2.0 neuerdings eingeforderte Konfessionsbindung der Lehrkräfte begründet werden soll, wird die „Innensicht“ der atheistischen Schüler_innen schlicht übergangen. Ausgerechnet die „Innensicht“ der Mehrheit der Hamburger Schüler_innenschaft spielt in der Neuauflage des Religionsunterrichts für alle keine Rolle mehr. Zudem ist die neuerliche Forderung der Konfessionsgebundenheit seltsam anachronistisch. Die negative Religionsfreiheit gehört zu den Errungenschaften unserer Verfassung (vgl. den Artikel von Olaf Schwede in HLZ 12/2020). Bildungspolitische Erneuerungen sollten eher das Ziel verfolgen, den institutionellen Einfluss der Religionsgemeinschaften zu

begrenzen als ihn noch zu erweitern.

An späterer Stelle wird an die Unterdrückung der Gläubigen in der DDR erinnert und gleich im Anschluss unterstellt, die Einführung eines Parallelfaches ziele im Grunde auf die Abschaffung des Religionsunterrichts. Die hier assoziativ inszenierte Opferrolle befremdet. Die realen Machtverhältnisse stehen dem diametral entgegen. Vielmehr stößt man auf eine über Jahrzehnte verfestigte exklusive Installation kirchlicher Interessen in den Schaltzentralen öffentlicher Institutionen (etwa durch Vertreter der evangelischen Kirche im NDR-Verwaltungsrat oder in Form der Kapazitäten universitärer Religionsdidaktik).

Als zentrales Argument führen Korn und Krohn schließlich an, dass die Einführung eines Parallelfaches eine für die Klassengemeinschaft unverantwortbare Spaltung bedeuten würde: „Warum sollte man die Klassen ausgerechnet dann aufteilen, wenn die Kinder über grundlegende Lebensthemen reden sollen, über Leben und Tod, Freundschaft, Gerechtigkeit, den Ursprung der Welt, über ihre verschiedenen Traditionen. [...] Es würde einen weiteren Keil in die Klassen und unsere Gesellschaft treiben.“ Sofern diese Spaltung tatsächlich die vorrangig treibende Sorge der Autor_innen darstellt, wäre

es dann nicht ein mutiger, verantwortungsvoller Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, den Religionsunterricht „für alle“ durch einen Philosophie- oder Ethikunterricht zu ersetzen? Bezeichnenderweise wäre der Zusatz „für alle“ dann auch nicht mehr nötig, da er sich von selbst versteht.

Dieses Szenario ist nicht wünschenswert. Religiöse Eltern sollen die Möglichkeit haben, die „religiöse Identität“ ihrer Kinder vertiefen zu lassen. Unsere Kritik gilt nicht der Existenz eines Religionsunterrichts per se, sondern dem anachronistischen Alleinvertretungsanspruch.

Die Lebenswelt der Kinder ist heute so komplex und anspruchsvoll geworden, dass die Vermittlung und Reflexion religiöser Weltzugänge sie nicht ausreichend mit dem notwendigen Rüstzeug auszustatten vermag. Um sich als Kind in der modernen Welt mit all ihren Verheißungen und Verführungen zu orientieren und um sich von diesen zu emanzipieren, bedarf es einer frühestmöglichen Schulung der Mündigkeit, der Ausbildung einer Streitkultur und damit einer „elementaren Kulturtechnik humaner Lebensgestaltung“ (Ekkehard Martens), kurz: eines gemeinsamen Philosophierens.

STEFAN VOLKE, CHRISTIAN SCHÜTZE, CHRISTOPH SCHWANKE
Fachverband Philosophie

Fortsetzung auf Seite 45

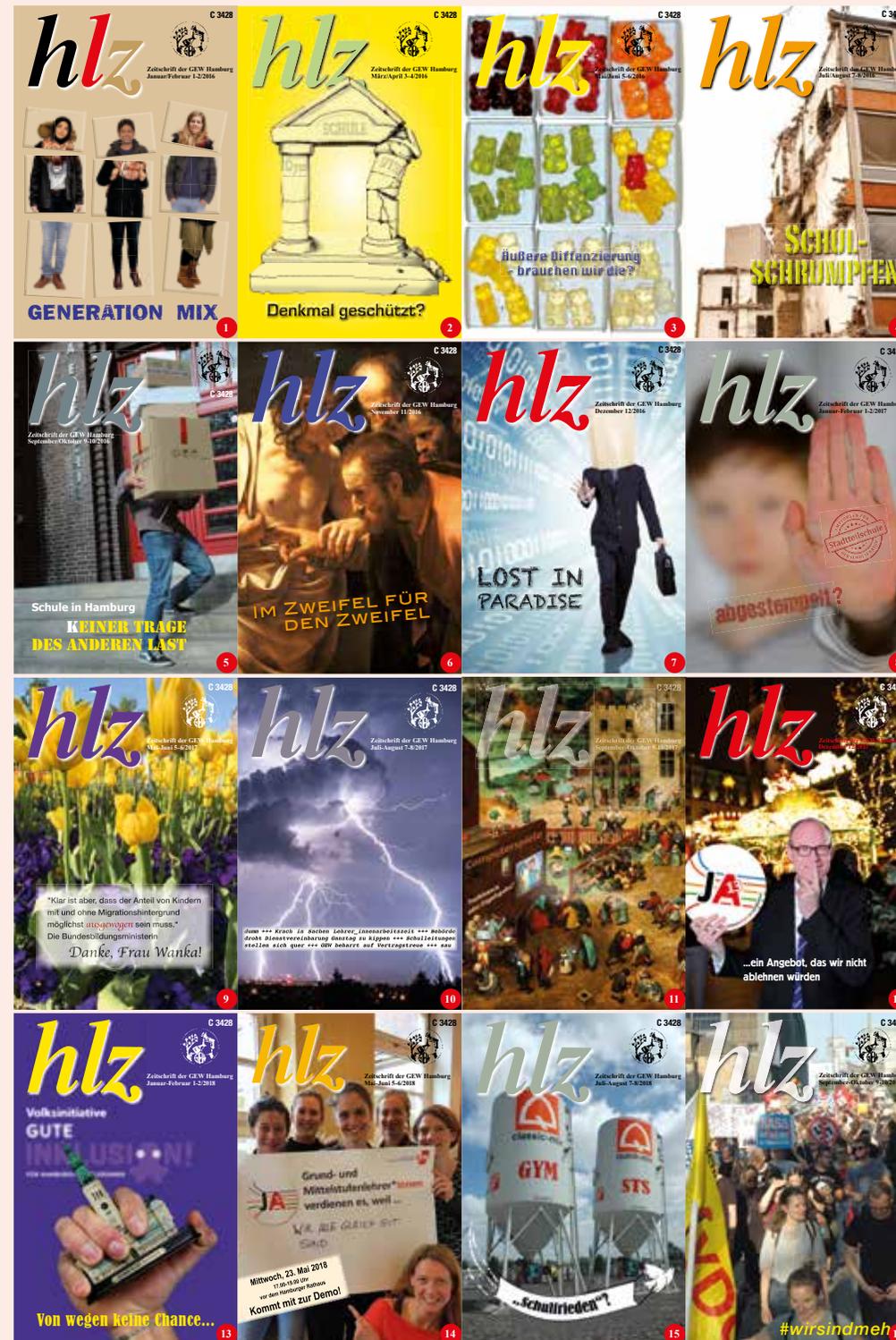
Endlich gesehen werden

Konzept des RUfa als Chance für das Lernen in der Diversität

Ich bin in Hamburg zur Schule gegangen. Meine Eltern haben mich in der Grundschule, aus Unwissenheit und Angst vor einer Christianisierung aus dem damaligen Religionsunterricht

herausgenommen. Ich war das einzige Kind, das nicht teilnahm. Es war damals für mich unverständlich, nicht ein Teil eines Ganzen zu sein, egal an was ich oder meine Familie glaubte.

Wahrscheinlich war ich intuitiv von diesen Erfahrungen geleitet und entschied mich damals im Grundschulbereich



hlz-Fragebogen (bitte Ziffern ankreuzen)

Wer analog antwortet, bitte Blatt raustrennen und an die GEW, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg schicken. Wird mehr Platz für Anregungen benötigt, bitte Extrablatt hinzufügen oder an hlz@gew-hamburg.de schicken. **Bitte bis zum 15. Juni zurücksenden.** Wenn möglich, lieber Alles online bearbeiten.

Sozialstatistische Kategorien

Geschlecht

(1) w (2) m (3) d

Alter

- (1) bis 25
- (2) 26-35
- (3) 36-45
- (4) 46-55
- (5) 56-65
- (6) über 65



oder unter
www.gew-hamburg.de/hlz-umfrage-2021

Bereich

- (1) Grundschulen
- (2) Stadtteilschulen
- (3) Gymnasien
- (4) Berufliche Schulen
- (5) Sonderschulen / ReBBZ
- (6) Hochschule und Forschung
- (7) Kita
- (8) Studierende
- (9) Ruheständler_innen
- (10) Erwerbslose
- (11) PTF
- (12) Schulverwaltung
- (13) Erwachsenenbildung

Bist du Funktionsträger_in der GEW?

- (1) Ja
- (2) Nein
- (3) Personalrats- oder Betriebsratsmitglied

Lesegewohnheiten

Bitte auf Extrablatt mit in den Umschlag oder per Mail an uns: hlz@gew-hamburg.de

Seit wann beziehst du die hlz?

- (1) seit weniger als 2 Jahren
- (2) seit mehr als 2 Jahren

Wie gründlich liest du die hlz?

- (1) Ich lese nahezu alle Beiträge.
- (2) Ich lese die meisten Beiträge.
- (3) Ich lese in der Regel mehrere Beiträge.

- (4) Ich blättere die hlz nur durch.
- (5) Ich werfe die hlz meist ungelesen weg.

Wie gewichstest du die hlz im Vergleich zu anderen GEW-Informationsquellen in Bezug auf bildungspolitische und gewerkschaftliche Themen?

- Die hlz ist
- (1) wichtiger (2) genauso wichtig (3) weniger wichtig als
 - * die Bundeszeitschrift E+W (1) (2) (3)
 - * der Internetauftritt der GEW HH (1) (2) (3)
 - * der Newsletter der GEW HH (1) (2) (3)
 - * Social Media (facebook, Twitter, Instagram) (1) (2) (3)
 - * persönliche Kontakte (1) (2) (3)
 - * das GEW Brett am Arbeitsplatz (1) (2) (3)

Inhaltliches

Welche Art von Beiträgen in der hlz liest du gerne (Mehrfachnennungen möglich)?

- (1) Erfahrungsberichte
- (2) Service/Berichte aus Gremien (GPR, Fachgruppen, Lehrer_innenkammer)
- (3) innergewerkschaftliche Debatten
- (4) Rezensionen
- (5) Geschichte der GEW
- (6) historische Themen (z.B. Nazibiographien)
- (7) aktuelle politische Themen (z.B. Wahlen, Corona, Frieden, Umwelt)
- (8) Antifa
- (9) „Aus der Redaktion“
- (10) Rätsel
- (11) pädagogische Themen (z.B. Inklusion, Digitalisierung)
- (12) Editorial
- (13) Nachrichten / Leser_innenbriefe
- (14) Wirtschaftspolitik
- (15) Internationales

Als Bildungsgewerkschaft vertritt die GEW zum einen Arbeitnehmerinteressen und zum anderen bearbeitet sie bildungspolitische Themen. Welche Erwartung hast du an die inhaltliche Ausrichtung der hlz in diesem Spannungsfeld?

- Die hlz sollte sich konzentrieren...
- (1) überwiegend auf „Arbeitnehmerinteressen“

- (2) eher mehr auf „Arbeitnehmerinteressen“ als auf „bildungspolitische Themen“
- (3) eher mehr auf „bildungspolitische Themen“ als auf „Arbeitnehmerinteressen“
- (4) überwiegend auf „bildungspolitische Themen“

Bewerte bitte die folgenden Aussagen über die hlz mit (1) stimmt (2) stimmt überwiegend (3) stimmt weniger (4) stimmt nicht

- Die hlz
- * bringt informative und aktuelle Infos (1) (2) (3) (4)
 - * bringt Infos, die an anderer Stelle nicht zu erhalten sind (1) (2) (3) (4)
 - * vernachlässigt meine Berufsgruppe (1) (2) (3) (4)
 - * vernachlässigt meine Fachgruppe (1) (2) (3) (4)
 - * enthält zu wenig praktische Beiträge (1) (2) (3) (4)
 - * hat einen zu hohen Anteil an GEW-Interna (1) (2) (3) (4)
 - * trägt zu meiner Meinungsbildung bei (1) (2) (3) (4)
 - * trifft den Zeitgeist (1) (2) (3) (4)

Alles in allem betrachtet: Welche Schulnote würdest du insgesamt der hlz inhaltlich geben?
(1) (2) (3) (4) (5) (6)

Äußere Erscheinung der hlz

Bitte bewerte die folgenden Aussagen über die hlz mit (1) stimmt (2) stimmt überwiegend (3) stimmt weniger (4) stimmt nicht

- * Die Titelseiten der hlz sind ansprechend (1) (2) (3) (4)
- * Der Aufbau der Zeitschrift ist übersichtlich (1) (2) (3) (4)
- * Das Layout ist ansprechend (1) (2) (3) (4)
- * Die hlz enthält gute Fotos (1) (2) (3) (4)
- * Die hlz enthält gute Grafiken und Karikaturen (1) (2) (3) (4)
- * Die meisten Artikel sind zu lang (1) (2) (3) (4)
- * Das Erscheinungsbild der hlz ist mir wichtig (1) (2) (3) (4)
- * Das Format der hlz gefällt mir (1) (2) (3) (4)
- * Die Schriftgröße der hlz ist mir zu klein (1) (2) (3) (4)

Alles in allem betrachtet: Mit welcher Schulnote würdest du das äußere / grafische Erscheinungsbild der hlz insgesamt bewerten?
(1) (2) (3) (4) (5) (6)

Die hlz im Internet

Was ist wichtig?

- (1) ich lese nur die Printausgabe
- (2) leichter Zugriff auf Onlineausgabe
- (3) Benutzerfreundlichkeit (teilen, kommentieren etc.)
- (4) sollte auch in Social Media (facebook, Twitter, Instagram) zur Verfügung stehen

Nutzt du die Internetausgabe der hlz?

- (1) Ja, ich lese die Zeitschrift nur online
- (2) Ja, ab und zu
- (3) Ja und zwar, wenn ich einen interessanten Artikel benötige
- (4) Nein

Bitte bewerte, wenn möglich, den Internetauftritt der hlz:

- (1) (2) (3) (4) (5) (6)

Wünsche / Kritik (freie Formulierung) Welche Artikel in der letzten Zeit haben dir besonders gefallen?

Bitte auf Extrablatt mit in den Umschlag oder per Mail an uns: hlz@gew-hamburg.de

Was vermisst du in der hlz / Vorschläge?

Bitte auf Extrablatt mit in den Umschlag oder per Mail an uns: hlz@gew-hamburg.de

Welches der abgedruckten Titelbilder ist dein Favorit? (Bitte Nummer angeben)

Selbstverständlich werden alle eure Angaben anonymisiert behandelt.
Wir bedanken uns für die Mitarbeit!
Die Redaktion
hlz@gew-hamburg.de



Fortsetzung von Seite 40

für den Lernbereich Religion. Meine damalige Prüferin beglückwünschte mich zu einer gut absolvierten Prüfung – allerdings auch mit den Worten: „Sie wissen, dass Sie das Fach in Hamburg nicht unterrichten können“. Hintergrund ist, dass ich Lehrerin muslimischen Glauben bin. Diese Art der Abstriche war ich aufgrund meiner vielen „zugehörigen Schubladen“ längst gewohnt.

Als ich dann 2013 die Gelegenheit hatte, an der Qualifizierung RUfa für die Jahrgangsstufen 5/6 teilzunehmen, habe ich es sofort gemacht. Mein persönlicher Gewinn war es, dass ich mit meinem kulturell-religiösen Hintergrund in Hamburg, dank der Staatsverträge, endlich gesehen wurde. Für mich ist das ein Stückweises Ankommen in der vielfältigen Gesellschaft, in der wir friedlich mit- und nebeneinander leben.

Seither unterrichte ich Religion in den Jahrgängen 5/6. Es macht viel Spaß, von den Kin-

dem zu lernen. Denn ihre Diversität, auch in Bezug auf ihre religiös-kulturellen Erfahrungen in ihren Familien, bereichern unseren Unterricht. Das voneinander Lernen, das Verstehen des Gegenübers, egal welchen Glauben oder welche Weltanschauung die Person hat, führt oft dazu, dass die Schülerinnen und Schüler sich begegnen können. Und manchmal sind es die vermeintlich einfachsten Fragen des Alltags (z.B. „Was ist Freundschaft für dich?“), die die Schülerinnen und Schüler beschäftigen und von denen sie noch weit über den Unterricht hinaus profitieren.

Wie wir alle wissen, baut Begegnung den Hass gegenüber dem Fremden ab. Zu Zeiten von so viel Rassismus, Hatespeech, Islamophobie und anderen sozialen Krisen kann der dialogische gemeinsame RUfa gerade in der Grundschule einen Beitrag leisten, so dass sich Menschen, unabhängig von ihrer Hautfarbe, Religion, Nationalität, Geschlecht, sexuelle Orientierung u. a. gegenseitig wertschätzen. Denn der Dialog ist gerade bei

jüngeren Schülerinnen und Schülern offen und authentisch. Ihre Grundhaltung ist die Neugier.

Wenn wir diese „kleinen Menschen“ in verschiedene Glaubensrichtungen/ Weltanschauungen so früh wie möglich selektieren, statt sie alle gemeinsam voneinander lernen zu lassen, wird die Individualität nicht gestärkt. Denn die Beziehungen zu anderen Menschen ist doch ein Wesensmerkmal unserer Individualität.

Meine Worte gehen an alle Kritikerinnen und Kritiker des RUfa: Der RUfa ist ein erster Schritt in eine offene und tolerante Gesellschaft, in der wir niemanden hinterherhinken lassen müssen. Es ist die Chance, echte Diversität und Dialog an grundlegenden Lebensthemen zu erleben. Diese Struktur ist als Prozess zu sehen und nicht als etwas Statisches. Ein guter Unterricht, ein gutes Fach lebt von Erweiterungen, Verbesserungen und Reflexion. Wir sind mit dem RUfa 2.0 noch nicht am Ende angekommen. Er muss sich weiter-



Nie wieder! Legendärer Zweikampf zwischen König Richard Löwenherz und Saladin vor Jaffa. In Realität begegneten sich die beiden Kontrahenten nie persönlich

Bildnachweis: The Luttrell Psalter, entstanden 1325, British Library, MS 42 130, fol. 82r.



entwickeln, das ist klar.

Wir Erwachsene sollten unsere Angst vor Neuem und Fremdem abbauen und unseren Jüngsten eine Chance geben, ihre Erfah-

rungen am Anfang gemeinsam zu machen. In der Mittelstufe besitzen sie dann oft die Reife, sich tiefgründig mit ihrem Glauben auseinander zu setzen. Es

ist dann gut, dass das Hamburger Modell ihnen eine Wahlmöglichkeit bietet.

ZAHIDE KAVOUNIS
Lehrerin an der Stadtteilschule
Mümmelmannsberg

LESERBRIEF

Heiliger Schein

hlz 12/20 S. 38 - 45 und hlz 1-2/21 S. 50 - 57

Über den Glauben und das Glauben - ein paar **aufklärende Hinweise aus der Vergangenheit**

„Das Fürwahrhalten, oder die subjective Gültigkeit des Urtheils, in Beziehung auf die Ueberzeugung (welche zugleich objectiv gilt), hat folgende drei Stufen: *Meinen, Glauben und Wissen*. *Meinen* ist ein mit Bewußtsein sowohl subjectiv, als objectiv unzureichendes Fürwahrhalten. Ist das letztere nur subjectiv zureichend und wird zugleich für objectiv unzureichend gehalten, so heisst es *Glauben*. Endlich heisst das sowohl subjectiv als objectiv zureichende Fürwahrhalten das *Wissen*.“

(**Immanuel Kant**, *Philosoph, Kritik der reinen Vernunft* 1781)

„Der Mensch hat zwei Überzeugungen. Eine, wenn's ihm gut geht und eine, wenn's ihm schlecht geht. Letztere heißt Religion“

(**Kurt Tucholsky**, *Journalist und Schriftsteller, Der Mensch*, 1931)

„Wer in Glaubensfragen den Verstand befragt, kriegt unchristliche Antworten“.

(**Wilhelm Busch**, *deutscher Dichter und Zeichner*, 1832-1882)

„Der Glaube ist nicht der Aufgang, sondern das Ende allen Wissens“.

(**J. W. von Goethe**, *deutscher Dichter*, 1749-1832)

„Es ist gar viel Dummes in den Satzungen der Kirche. Aber sie will herrschen, und da muss sie eine bornierte Masse haben, die sich duckt und die geneigt ist, sich beherrschen zu lassen. Die hohe, reich dotierte Geistlichkeit fürchtet nichts mehr als die Aufklärung der unteren Massen“.

(**J. W. von Goethe**, *Gespräche. Mit Johann Peter Eckermann*, 11. März 1832)

„Jeder vernünftige Verstand beginnt mit einem lebensbejahenden Atheismus. Er befreit die Seele von Aberglauben, Schrecken, Duckmäsertum, gemeiner Willfährigkeit und Heuchelei und schafft Raum für das Licht des Himmels“.

(**George Bernard Shaw**, *britischer Dichter*, 1856-1950)

„Der gemeine Mann betrachtet die Religion als richtig, der Weise als falsch und der Politiker als nützlich“.

(**Seneca**, *römischer Philosoph*, 4-65 n. Chr.)

„Insofern die Religion hier der Geist der bürgerlichen Gesellschaft, der Ausdruck der Trennung und der Entfernung des Menschen vom Menschen ist“

(**Karl Marx**, *Kritiker der Politischen Ökonomie*, 1844, *MEW 1*, S. 360)

„Sie ist die phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens, weil das menschliche Wesen keine wahre Wirklichkeit besitzt.“

(**Karl Marx**, 1844, *MEW 1*, S. 378).

„Die Religion ist die allgemeine Theorie dieser Welt [...], ihre feierliche Ergänzung, ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund [...] Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.“

(**Karl Marx**, 1844, *MEW 1*, 378 ff.)

Aktueller Einsatz des Glaubens:

„Unterstützt durch unseren Glauben ... Möge Gott Amerika segnen, und möge Gott unsere Truppen schützen.“

(**Joe Biden**, *aktueller Präsident der USA, Antrittsrede anlässlich seiner Inauguration*, <https://poetry-sighs.de> 20.1.2021)

Argumente, die vielleicht eine lebhaftere, kontroverse Debatte unter den Schüler_innen befruchten!

F. BERNHARDT / Ruheständler

IDENTITÄTSPOLITIK

Seltsame Blüten

Versuch, in eine durcheinandergeratene Debatte Struktur zu bringen

Es rauscht gewaltig im Literaturbetrieb und im Blätterwald der Journaille. Endlich ein Thema jenseits von Corona, über das es sich lohnt zu streiten! Und nachdem es, angefangen mit radikal-feministischen Gruppierungen, die eine insgesamt um Veränderungen kämpfende Strömung geschlechterdefinierter Identitäten unter dem Akronym LGBT¹ entstehen ließ, erhielt das Ganze durch die US-amerikanische Black Lives Matter-Bewegung noch mehr Schubkraft, in deren Reihen sich mehr und mehr Positionen durchgesetzt haben, die jene Ausschließlichkeitskriterien vor sich her trugen, die zunehmend für Irritation sorgen und nun auch das deutsche intellektuelle Milieu in Aufregung versetzen. Und nicht nur dort: Selbst im Parteiengedank oder auch parteiintern ist die Auseinandersetzung angekommen. Prominentestes Beispiel dafür, was unter dem Begriff Cancel Culture (dt. Absage- oder Löschkultur) die Runde macht (s. Kasten), war die Einlassung des SPD-Altvorreders Wolfgang Thierse, der sich, nachdem er in einem in der FAZ veröffentlichten Artikel das für ihn seltsame Gebaren so mancher sich auf identitäre Politik Beziehenden als gesellschaftspolitisch bedenklich bis gefährlich charakterisierte, der Schelte seiner Parteivorsitzenden Saskia Esken und des Hoffnungsträgers der SPD, Kevin Kühnert, ausgesetzt sah. „All das beschämt uns zutiefst“ und sie seien besorgt über ein rückwärtsgewandtes Bild der SPD, so kommentierten es Esken

und Kühnert nach einem eigens dazu einberufenen parteiinternen Forum.

Da gerade wir, die hlz-Redaktion, es waren, die als eines der ersten Publikationsorgane unsere Texte gegendert haben, fühlen wir uns direkt angesprochen, Position zu beziehen. Dass es dabei mittlerweile nicht nur um die breit geführte Debatte des Genders von Sprache geht, ist der Dynamik der Auseinandersetzung geschuldet, die inzwischen viele andere gesellschaftliche Fragestellungen unterdrückte Minderheiten betreffend aufgeworfen hat.

In einer Gesellschaft gehen Veränderungen immer von deren Rändern aus. Warum sollte auch die saturierte Gruppe das in Frage stellen, was ihrem Leben bislang Stabilität verlieh? Insofern sind die heftigen Reaktionen derer, die sich in eben jener Mitte wähen, schon zu erklären. Ob sie berechtigt sind,

diese gern mit der Attitüde des Benachteiligt- und /oder Unterdrücktseins versucht, diesen für ihre Position zu beanspruchen.

So geht es mir auf jeden Fall im Zusammenhang mit der in der Linken aufgebrochenen identitätspolitischen Debatte. Nur um diese geht es mir! Auch wenn semantische Ähnlichkeiten zur völkisch-nationalistischen Strömung der Identitären vorhanden sind, so hat das eine mit dem anderen nichts zu tun. Um Missverständnissen vorzubeugen, seien die Unterschiede deshalb noch einmal dargelegt.

links nicht gleich rechts
Während es den Protagonist_innen der linken identitätspolitischen Bewegung eindeutig darum geht, historisch gewachsene Diskriminierungen zu beseitigen, geht es den Rechten immer darum, die eigene kulturelle Identität als Schutzschild vor Überfremdung, sprich: Ver-



Stadtgespräch: Die frisch ins Amt gesetzte Chefredakteurin von Hinz&Kunzt Annette Bruhns sieht den Gender* kritisch und ruft zur öffentlichen Auseinandersetzung in dem Straßenmagazin auf

ist eine andere Frage bzw. hängt wie immer vom Standpunkt der Betrachter_innen ab.

Umgekehrt kann man aber auch nicht jede Kritik, die von einer Minderheit kommt, mit einem Kredit versehen, auch wenn

änderung, zu einer Panzerung auszubauen. Jede/r, der oder die sich dem in den Weg stellt, wird als Verräter_in am eigenen Volk gebrandmarkt. Dabei ist klar, dass es keinerlei Differenzierung bedarf, wer wessen Identität



Harmlos?

tität gefährdet, wenn es um die Reinhaltung des eigenen „Volkskörpers“ geht. Gesellschaftliche Unterschiede – außer Führer und Geführte – haben dort keinen Platz, man kennt folglich nur Volksgenossen! (Hier wird nicht gegendert.)

Der qualitative Unterschied zwischen linker identitätspolitischer und rechter identitärer Bewegung besteht für mich folglich darin zu unterscheiden, ob die jeweils um Partizipation und Integration ringenden, sich diskriminiert fühlenden Angehörigen einer Gruppe ihr Anliegen in einen gesellschaftlichen Kontext stellen, der objektiv von Ungleichheit gekennzeichnet ist. Dabei geht es mir bei diesen tagesaktuellen oder auch zeitgeschichtlichen Auseinandersetzungen nicht um eine Hierarchisierung von Zielen oder etwaigen Zielkonflikten, sondern um deren Einordnungen in eine komplexe gesellschaftliche Struktur. Konkreter: die Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenwiderspruch, wenn sie denn genutzt wird, um damit Bewertungen im Sinne einer Rangfolge vorzunehmen, führt auf den falschen Weg. Vielmehr be-

dingt das eine das andere. D. h., wenn ich als Ziel eine klassenlose Gesellschaft anstrebe, muss ich auf dem Weg dorthin die zahllosen als nebenwidersprüchlich charakterisierten Eigenarten, die alle ihre Wurzeln in eben einer auf Klassenunterschieden beruhenden Gesellschaft haben, nicht nur erkennen, sondern im Hier und Jetzt bekämpfen. Das ist dann der berühmte Weg, der beschränkt werden muss, ohne das Ziel aus dem Auge zu verlieren, und um das Argument dialektisch betrachtet zu vervollständigen: Ich muss das Ziel kennen, um den richtigen Weg zu finden.

Stachel im Fleisch

Aber nun konkreter: Die in den letzten Wochen erneut aufgeflackerte Diskussion um eine gendergerechte Sprache zeigt, wie tief der Stachel im Fleisch bei jenen sitzt, die sich in ihrer Identität als Kulturträger innen aufgerufen fühlen, deutsches Kulturgut, d.h. eben auch die Sprache, zu schützen und sich deshalb dem von ihnen ausgemachten „Genderwahn“ von Feminist_innen entgegenstellen müssen.

Apropos gegenderte „Feministinnen“. Hier liegt ein weiteres Minenfeld bereit. Denn ein Teil der Bewegung für umfassende Gleichstellung spricht jenen das Recht ab, für die gerechte Sache streiten zu dürfen, wenn sie nicht direkt von der Diskriminierung betroffen sind. Das meint in diesem Fall: ein Mann kann sich weder als Feminist begreifen noch als solcher bezeichnen, weil er objektiv dazu das falsche Geschlecht hat.

Dies setzt sich fort, wenn man hört, dass bspw. eine weiße Übersetzerin keinen Text einer Schwarzen Autorin übersetzen könne. So geschehen aktuell mit dem Gedicht Amanda Gormans, jener Schwarzen Frau, die bei der Amtseinführung Bidens ein Gedicht deklamierte, das für weltweite Aufmerksamkeit sorgte. Die queere holländische Übersetzerin zog sich zurück, nachdem in den Sozialen Medien harsche Kritik aufkam, dass für die Aufgabe keine Schwarze oder PoC Übersetzerin ausgewählt worden sei. Einem Katalanen mit selbigem Auftrag wurde dieser wieder entzogen. Und in Deutschland versuchte der Verlag das Problem zu lösen, indem er gleich drei Frauen mit der Übersetzung betraute.

Spuren verwischen

Diese Art Kritik, gelabelt als kulturelle Aneignung, bildet den Kern der Auseinandersetzung um Positionen der linksidentitären Bewegung. Was bei Blackfacing aus meiner Sicht nachvollziehbar ist, dass es sich gegenüber Jahrhunderte lang diskriminierten, geknechteten oder präziser: versklavten Menschen verbietet, sich mittels von Weißen in Umlauf gebrachte Stereotype weiter vorführen zu lassen, ist im Umgang mit der Eliminierung historischer Zeugnisse dieser Diskriminierung schon schwieriger. Gemeint ist das Ersetzen rassistisch konnotierter Wörter aus der Literatur

durch tatsächlich oder vermeintlich neutralere Bezeichnungen wie bspw. das N-Wort.

Das, was für Kinderbücher richtig sein mag, dass man derlei Begriffe verändert, ist aus meiner Sicht für die übrige Literatur kontraproduktiv. Ist das nicht gleichbedeutend mit Spuren verwischen? Ein Grund, sich mit historischer Literatur zu beschäftigen, liegt doch gerade darin, dem Denken und Fühlen der Menschen zu den jeweiligen Zeiten, in denen das Werk entstand, nachzuspüren. Wenn man nun aber gerade jene Begrifflichkeiten streicht oder ändert, mit denen sich Diskriminierung bis in die Gegenwart hinein erklären lässt, dann beraubt man sich ein Stückweit der Chance, die Gegenwart aus der Vergangenheit heraus verstehen zu können.

Übrigens begegnet uns dieses Problem ganz aktuell in der auch von der GEW unterstützten Kampagne für den Wiederaufbau der von den Nazis zerstörten Synagoge auf dem Bornplatz. Das Auschwitz-Komitee und bekannte linke Israelis kritisieren diesen Plan ganz im oben beschriebenen Sinn als ein Spurenverwischen.

Gleich ist nicht gleich

Insofern kommt es immer drauf an, welcher historische Kontext angesprochen ist, wenn von kultureller Aneignung gesprochen wird. So finde ich bspw. das kindliche Indianerspiel nicht diskriminierend. Auf jeden Fall kann ich mich nicht erinnern, dass wir als Kinder bei diesem Spiel uns mit dem ins gesellschaftliche Abseits gedrängten, von Alkohol gezeichneten Menschen identifiziert haben, wie man es später als Realität vorgeführt bekam oder einem blutrünstigen, Skalpell jagenden Wilden nacheifern wollten. Das Gegenteil war der Fall: Es war immer der mutige, edle Kämpfer, der um seine Jagdgründe stritt. Natürlich ist auch dies nicht frei

von Klischees und könnte somit durch das Raster politischer Korrektheit fallen, aber es auf eine Stufe mit Blackfacing zu stellen, halte ich für falsch.

Und trotzdem – ich begrüße diese Auseinandersetzung! Sie gibt die Möglichkeit, genau über die angesprochenen Unterschiede zu streiten. So abstrus Manches auf den ersten Blick auch erscheinen mag, es schärft den Blick auf das jeweils Andere. Erst durch die Auseinandersetzung wird dies möglich. Das verlangt allerdings manchmal Mut.

Im Zusammenhang mit den Vielen, die derzeit die Diskussion im Umgang mit dem kolonialen Erbe führen bzw. sich in Initiativen zusammenschließen, um auf den z.T. skandalösen Umgang mit diesem Erbe aufmerksam zu machen (s. nachfolgender Artikel), stellen sich Forderungen viel berechtigter dar, als sie auf den ersten Blick erscheinen mögen. Und was wäre trefflicher in Bezug auf politisches Engagement zu sagen, als dass es zur allgemeinen Verunsicherung beiträgt! So muss es auch dem Altpräsidenten Joachim Gauck ergehen sein, als er sich gemüßigt sah, sich publizistisch mit dem Thema auseinanderzusetzen (s. DIE ZEIT v. 31.3.2021; S. 55f). Man muss seine Meinung nicht teilen, aber im Gegensatz zu in der Decolonize-Bewegung vertretenen Positionen dient sie der eigenen Positionsfindung.

abstrus?

So stark mich manches aus der Decolonize-Bewegung Stamme berührt und zum Umdenken bewegt, so unverständlich ist mir anderes zugleich. Mir will bspw. nicht in den Kopf, warum ich eine n Mitbürger in aus der Gruppe der PoC nicht fragen soll, woher die Vorfahren stammen? Wieso werden mir rassistische Motive unterstellt und nicht einfach Interesse an der Person? Sollte ich nämlich durch die Frage an eine Schwarze Person nach

ihrer Herkunft eine Art Minderwertigkeitsgefühl wecken, weil der Kontinent Afrika als unterentwickelt, arm und kulturlos gesehen wird, so wünschte ich mir, dass mein Gegenüber gerade dies zum Anlass nähme, um selbstbewusst dagegen zu halten, dass es sich doch herumgesprochen habe, dass Afrikas Kulturen viel älter sind als die europäischen und darüber hinaus diese strukturell an einer Gemeinschaft orientierten Kulturen weitaus humanere Züge tragen als das, was sich in den blutigen Klassenkämpfen der so genannten entwickelten Gesellschaften abgespielt hat.

Die Psycholog_innen sprechen von einer ‚paradoxen Intervention‘, wenn bspw. zunächst negativ konnotierte Begriffe offensiv von Betroffenen benutzt werden, um die Deutung genau



Frevelhaft?

in sein Gegenteil zu verkehren. Die Schwulenbewegung hat es uns vorgemacht. Und auch die Parole ‚Black is Beautiful‘ verfolgte denselben Zweck. Mit ihr gelang es, mehr Schwarzes Selbstbewusstsein zu schaffen. Warum sollte dies nicht mit der Herkunft passieren, wenn jemand stolz auf den Umstand verweist, dass er/sie oder seine/ihre Vorfahren aus Afrika stammen? Im Übrigen gehe ich davon aus,

dass jemand, der oder die auf seine Herkunft angesprochen wird, sehr gut unterscheiden kann zwischen einem: „Ey, wo kommst du denn überhaupt her?“ und einer Frage, die zeigt – ganz unabhängig vom Äußeren des Gegenübers –, dass der oder die Fragende_r an seinem/ihrer Gesprächspartner_in interessiert ist. M.a.W.: Ich kann den Charakter einer solchen Frage nur kontextgebunden beurteilen.

Trotzdem: Ich sehe ein, dass es schräg ist oder gar anmaßend klingen mag, wenn eine derartige Empfehlung von einem weißen und noch dazu alten Mann ausgesprochen wird. Dem Gefühl, bevormundet zu werden von jenen, die ohnehin in der Gesellschaft das Sagen haben oder sowas wie die Meinungshoheit für sich beanspruchen, ist Rechnung zu tragen. Das bedeutet, dass mensch derlei Vorschläge, wie man mit Diskriminierung umzugehen habe, wenn sie von den Betroffenen selbst gemacht werden, mit umso mehr Sensibilität begegnen sollte.

Noch verunsichernder oder in diesem Fall besser: irritierender als das Verbot der Frage nach der Herkunft empfinde ich die bereits oben angesprochene Frage danach, ob es einer weißen Frau verwehrt werden sollte, einen Text einer Schwarzen Frau zu übersetzen. Das wird noch getoppt von dem absurd anmutenden Vorwurf der kulturellen Aneignung, wenn bspw. einem weißen Musiker oder einer weißen Musikerin das Recht abgesprochen wird, Schwarze Musik spielen zu dürfen. Rolling Stones adé?! Bereits das Tragen von Dreadlocks fällt unter dieses Verdikt.

Aber um diese Art identitätspolitischer Forderung nicht auf

die Schwarze Emanzipationsbewegung zu beschränken, seien an dieser Stelle die für mich ebenso abstrusen Vorstellungen gleicher Provenienz aus der LSBT-Bewegung genannt: Da-



Durften die das?

Foto: Roland von Selzarn

nach dürfen – so wurde es auf jeden Fall kolportiert – schwule oder lesbische Menschen keine heterosexuellen Rollen im Theater oder Film übernehmen und demgemäß auch umgekehrt nicht.

Man schlägt den Sack und meint den Esel

Dies hat dieser Tage Viele herausgefordert, gipfelt diese Forderung doch darin, dass doch letztendlich nur jede unterscheidbare Gruppe das Recht hat, für ihre Emanzipation zu kämpfen. Vielleicht nur Ausnahmen oder Auswüchse im Rahmen einer engagierten Auseinandersetzung? In Hinblick auf den Protest gegen die Bewegung der Linksidentitären aus dem universitären Milieu sollte man auf jeden Fall unterscheiden zwischen jenen, denen es um die Sache geht – nämlich um den Schutz der Meinungsvielfalt – und denen, die diese Diskussion zum Anlass nehmen,

die gesamte identitätspolitische Debatte, gendgerechte Sprache eingeschlossen, zu diskreditieren. Man schlägt den Sack und meint den Esel. Der TAZ-Autor Kaveh Yazdani fragt zurecht

zum Thema Identitätspolitik und Cancel Culture nach empirischen Belegen (Kritische Verweigerung v. 21.3.2021). Bisher Fehlanzeige! Insofern sollte man deutlich unterscheiden zwischen einer linken Kritik, wie sie die US-amerikanische Soziologin Nancy Frazer oder ihre französische Kollegin Caroline Fourest, die das ganz besonders auch in ihrem jüngst auf Deutsch erschienenen Buch ‚Generation Beleidigt‘ darlegt, üben und einer Kritik jener Rückwärts-gewandten, die die Gelegenheit nutzen, um alles, was sich um Emanzipationsbewegungen rankt, zu diskreditieren. Geradezu als bestürzend empfinde ich es, wenn bspw. Fourest und ihre Mitstreiter_innen von Islamist_innen im Verein mit sich links verstehenden Aktivist_innen der Identitätsbewegten bei Diskussionen um das Kopftuch regelmäßig von diesen am Reden gehindert werden.

Rebellion ist gerechtfertigt! Dieses einmal von Mao Tse Tung ausgegebene Motto hat m.E. immer noch seine Berechtigung, wenn verkrustete Strukturen, die der allgemeinen Emanzipation des Menschen zuwiderlaufen, aufgebrochen gehören. Niemals aber um den Preis, anders Denkende mundtot zu machen!

Es rettet uns kein höh'eres Wesen

So falsch ich Vieles, was mit dem Vorwurf der kulturellen Aneignung eingefordert wird, finde, so interessant ist es doch zu versuchen, diese Position zu begreifen. Wie heißt es in der Internationalen? „Es rettet uns kein höh'eres Wesen/ kein Gott, kein Kaiser noch Tribunal/ Uns aus dem Elend zu erlösen/können wir nur selber tun!“

Auch wenn dies zunächst nur kollektiv gedacht war, so gilt es letztlich natürlich auch für die einzelne Person. Und wir wissen, was selbsternannte oder auch gewählte Führer_innen in der Weltgeschichte schon alles verbochen haben, um im Namen und vermeintlichen Interesse der Unterdrückten, deren Lebenssituation zu verbessern. Insofern ist aus einem historischen Blick heraus allemal Skepsis angebracht. Und selbst wir als aktive Gewerkschafter_innen sehen uns nicht selten in dem Zwiespalt und dem Vorwurf ausgesetzt, ob

das, was wir da in Gang bringen, um die Arbeits- und Lebenssituation zu verbessern, nicht eine Art Stellvertreter_innenpolitik ist, die langfristig nicht dazu taugt, die eigentlich Abgehängten zu emanzipieren.

Vor diesem Hintergrund kann ich nachvollziehen, was zurzeit bestimmte Minderheiten mit Vehemenz einfordern: Nämlich als Betroffene gehört zu werden. Dass sie gleichzeitig mit Skepsis, ja mit Ablehnung reagieren, wenn sich andere ihrer Interessen bemächtigen, ist deshalb nachvollziehbar. Gerade auch, weil wir aus vielerlei Zusammenhängen wissen, dass Widerständiges nach kurzer Zeit von interessierter Seite für ganz andere Zwecke instrumentalisiert wird. Besonders anschaulich war dies ja zu verfolgen, als die Modebranche sich der Punk-Kultur bemächtigte. Substanzieller gilt dies natürlich für die Kultur der Afro-Amerikaner. Mit der formalen Aufhebung der Jahrhunderte lang währenden Sklaverei war das Martyrium und ist die Benachteiligung der Schwarzen bis heute ja keineswegs überwunden. Vor diesem Hintergrund kann man verstehen, dass sich die Betroffenen gegen Vereinnahmung zur Wehr setzen. Auch so kann man manches Befremdliche, was einem unter dem Begriff Cancel Culture begegnet, versuchen einzuordnen.

Cancel Culture

(...) Die Frontstellung, die sich hier als Kampf um Diskursmacht, Wahrnehmung und Anerkennung abbildet, ist kulturell und gesellschaftlich so bedeutsam wie komplex. Sie wird Generationenkonflikte sowie das Ringen um die Gestaltung der heterogenen Gesellschaft auf lange Zeit prägen. Anders als Wolfgang Thierse es erhofft, kann es dabei keine Erlösung durch einende Wirgefühle geben. Es geht um das Anerkennen, Respektieren und Organisieren von Unterschiedlichkeit, um Gerechtigkeit und Teilhabe. Es geht aber eben auch um Diskursfähigkeit, Verständnis und Gesprächsbereitschaft. (...)

STEPHAN DETJEN Chefkorrespondent von Deutschlandradio:
Die SPD und Wolfgang Thierse - Kaltes Kalkül in komplexer Debatte,
gesendet am 6.3.2021

Maggi alive

Trotzdem halte ich diesen Standpunkt, nur Betroffene dürften sich wehren, nicht nur für falsch, sondern auch in eine Sackgasse führend. Von Margaret Thatcher stammt der Satz: „Gesellschaft gibt es nicht. Es gibt nur einzelne Männer und Frauen und es gibt Familien.“ Linke Identitäre müssen sich fragen lassen, ob sie in die Nähe jener Dame gerückt werden wollen!

Damit aber – auch das zeigt die Geschichte – hat er oder sie nur wenig Chance auf Erfolg. Es sei denn, man bemisst - wie Maggi - Erfolg nur am Eigenheim, das man am Ende seines Lebens zu seinen Besitztümern zählen darf. Wem also noch nicht ganz die „Flausen“ seiner Jugend abhandengekommen sind, nämlich: dass es ein Leben in einer Gesellschaft geben kann, in der der oder die Einzelne nicht zwingend auf Kosten eines/r anderen einen Vorteil sucht, sondern er oder sie das eigene Handeln an einer sozialen Utopie ausrichtet, die sich daran misst, ob ein gleichberechtigtes Miteinander jenseits von Ausgrenzung und Diskriminierung möglich ist, sollte sich nicht das Recht absprechen lassen, sich für jene Gleichstellung einsetzen zu dürfen, die auf eine humanere Gesellschaft zielt. Was soll schließlich das ganze Gerede über Empathie, wenn es aus Sicht der besagten Protagonist_innen der links-identitären Bewegung nicht allen gleichermaßen zugebilligt wird, auch aus Mitgefühl heraus, für eine bessere Welt zu kämpfen? Auf jeden Fall kann es nicht sein, dass jemand, der seine Lebensaufgabe darin sieht, an der Verwirklichung einer solchen Gemeinschaft mitzuwirken, von Menschen ausgegrenzt wird, die meinen, allein der Kampf um die Durchsetzung von Partikularinteressen durch die jeweils Betroffenen reichte aus, um eine gerechtere Welt zu schaffen.

JOACHIM GEFFERS

Weißer Flecken in der Erinnerungskultur

Das Bundeskulturprojekt zur Demokratiegeschichte Deutschlands grenzt große Teile der deutschen Gesellschaft aus

Mit einem Offenen Brief fordern zivilgesellschaftliche Initiativen im bundesweiten Decolonize-Bündnis eine grundsätzliche Überarbeitung des Projektes „Orte der Demokratiegeschichte“/ „100 Köpfe der Demokratie“ und die maßgebliche Beteiligung von BIPOC-Expert_innen in der Ausarbeitung.

Mit großem Befremden nehmen die Unterzeichnenden das

mehr von einer deutschzentristischen Erinnerungspolitik und von (post)kolonialer Amnesie unter Politiker_innen, Wissenschaftler_innen und Entscheidungsträger_innen, gekennzeichnet durch ein (unbewusstes und bewusstes) Verdrängen des deutschen Kolonialismus. „Das von der Bundesregierung unterstützte, der Staatsministerin

land, ISD Bund.

Die Darstellung der „Orte der Demokratiegeschichte“, insbesondere mit dem Fokus auf die Frankfurter Paulskirche bei gleichzeitiger Ausblendung ihrer Funktion als Bühne imperialer Ambitionen, ist ebenso ein eklatantes Zeichen des historischen Verdrängens wie die unkritische Darstellung der vorgestellten Personen, in deren Biographien rassistische Aspekte ausgeblendet werden. Sich mit der Demokratiegeschichte zu beschäftigen, heißt immer auch, sich mit Licht- und Schattenseiten, Widersprüchen, Verfehlungen und unbequemen Wahrheiten auseinandersetzen zu müssen.

Die Arbeitsgemeinschaft (AG) „Orte der Demokratiegeschichte“ ist ein offensichtlich weißes Gremium. Wir fordern, dass die AG proportional zur demografischen Entwicklung in Deutschland zu einem Drittel mit BIPOC-Expert_innen besetzt wird. „Nicht nur müssen die ‚Orte der Demokratiegeschichte‘ und die ‚Köpfe der Demokratie‘ unsere (post)migrantische Gesellschaft, ihren Widerstand gegen das koloniale Unrecht und ihren positiven Beitrag zur deutschen Geschichte abbilden. Ebenso muss sich die Teilhabe der (post)migrantischen Communities in den Projektstrukturen und -gremien widerspiegeln“, betont Tahir Della.

Die Unterzeichnenden fordern die Mitglieder der AG des Bundesprojektes auf, ihre selbstgesetzten Ziele – „Zivilcourage“ und „Bündelung des Wissens“

– sowie ihre Mission und Vision von „Teilhabe am Prozess der politischen und gesellschaftlichen Willensbildung“, vom „Respekt gegenüber demokratischen Einrichtungen“ und von der „Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren“, bedingungslos umzusetzen, sonst bleiben diese leere Worthülsen. In diesem Sinne erlauben wir uns, den Leitsatz der AG zu zitieren: „Demokratie, Grund- und Menschenrechte sind nicht selbstverständlich. Sie müssen immer wieder aufs Neue erkämpft und verteidigt werden.“

Die unterzeichnenden Initiativen fordern nun Prof. Monika Grütters und die AG auf, BIPO-

CAkteur_innen, ihr Wissen, ihre (Selbst)Organisationen, kulturellen und historischen Orte zeitnah zur Teilnahme einzuladen.

Kontakt_ info@afrika-hamburg.de

Unterzeichnende

Arbeitskreis Hamburg Postkolonial, Arca – Afrikanisches Bildungszentrum e. V., Dr. Manuela Bauche, Berlin Postkolonial, Bielefeld Postkolonial, Bismarck's Critical Neighbours, Bonn Postkolonial, Decolonize Bismarck, Decolonize Erfurt, Farafina Berlin, Forum der Kulturen Stuttgart e. V., frankfurt postkolonial, gießen postkolonial, Initiative Amo – Braun-

schweig Postkolonial, Initiative Cottbus postkolonial und postsozialistisch, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland/ISD Bund, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland/ISD Gießen, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland/ISD Frankfurt, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland/ISD Hamburg, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland/ISD Stuttgart, Intervention Bismarckdenkmal Hamburg, KARFI – Schwarzes Kollektiv für Empowerment und rassistuskritische Bildung, Leipzig Postkolonial, Pädagogisches Zentrum Aachen

DECOLONIZE 2

Denk mal!

Der Vorgang um die Verlegung des Askari-Monuments offenbart, dass wir erst am Anfang einer würdigen Erinnerungskultur stehen

Als angeblicher ‚Beitrag zur Völkerverständigung‘ hat 2003 der Kulturkreis Jenfeld ein kolonialrevisionistisches Denkmal aus der NS-Zeit restaurieren und wiedererrichten lassen. Auf dem Gelände der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne (benannt nach dem General und Oberbefehlshaber in ‚Deutsch-Ostafrika‘) wurde in einem sog. ‚Tansania-Park‘ neben einem kolonialen ‚Schutztruppen-Ehrenmal‘ und in Nachbarschaft zu einem ‚Trotha-Haus‘ das ‚Deutsch-Ostafrika-Kriegerdenkmal‘ (jetzt umbenannt in ‚Askarieliefs‘) aufgestellt. Vor der Errichtung waren die Reliefs in der Sammlung Peter Tamm (ehemaliger Generalbevollmächtigter der Axel Springer AG und Gründer des mit Kriegsdevotionalien glänzenden Schifffahrtsmuseums in der Hafencity) zwischengelagert gewesen. Die Baubehörde übernahm die Kosten für Denkmalrestaurierung und Park-

gestaltung.

Die Terrakotta-Reliefs stellen fünf afrikanische Askarisoldaten und vier Träger im Dienst der deutschen Kolonialtruppen dar, geführt von einem deutschen Unteroffizier. Sie bringen so-

wohl kolonialrevisionistische als auch nationalsozialistische Auffassungen von ‚Treue‘ und ‚Gehorsam‘ der Schwarzen Soldaten zum weißen ‚Führer‘ zum Ausdruck – einer der hartnäckigsten Mythen vom ‚Kolonialidyll‘ und



Der ‚Tansania-Park‘ befindet sich auf dem Gelände der ehemaligen ‚Lettow-Vorbeck-Kaserne‘, von der Bundeswehr in ungebrochener Tradition nach demjenigen Kommandeur der ‚Schutztruppe‘ genannt, der die Kolonie ‚Deutsch-Ostafrika‘ noch im Ersten Weltkrieg ‚bis zum letzten Mann‘ verteidigen wollte: Lettow-Vorbeck.

Foto: Flickr Hamburg



Im Michel (St. Michaelis-Kirche) hängt eine Gedenktafel zu Ehren der in Kolonialkriegen gefallenen deutschen Soldaten aus Hamburg. Anfragen an den Kirchenvorstand, auch für die gefallenen Askari-Soldaten und die getötete afrikanische Zivilbevölkerung ein Gedenkschild anzubringen, blieben bis heute unbeantwortet.

Projekt „Orte der Demokratiegeschichte“/ „Köpfe der Demokratiegeschichte“ (www.demokratie-geschichte.de) zur Kenntnis. Wir kritisieren die unreflektierte und unsensible Darstellung von Erinnerungsorten und Akteur_innen aus einer de- und postkolonialen Perspektive. Das Projekt zeugt einmal

und der Arbeitsgemeinschaft ‚Orte der Demokratiegeschichte‘ umgesetzte Projekt ist in seiner jetzigen Ausgestaltung und Umsetzung inakzeptabel und stellt einen weiteren Beleg dar, wie ausschließlich die aktuelle Geschichtsschreibung ist“, sagt Tahir Della, Sprecher der Initiative Schwarze Menschen in Deutsch-



Das ‚Deutsch-Ostafrikaner-Ehnenmal‘, eine safari-romantische Darstellung der Kolonialzeit, steht heute versteckt im Park des Restaurants Waldesruh in Hamburg-Aumühle. Ursprünglich sollte das Denkmal in den 1930ern in Potsdam errichtet werden, wo es wegen der geringen künstlerischen Qualität jedoch abgelehnt wurde. Dann wurde ein Standort in Düsseldorf in Erwägung gezogen. Im Zweiten Weltkrieg unterblieb die Aufstellung an einem öffentlichen Platz. Paul v. Lettow-Vorbeck hatte sich persönlich für den jetzigen Standort stark gemacht.

zugleich eine vermeintliche Legitimation, die Kolonien zurückzuerobern.

Gepplant ist nun vom Kulturkreis Jenfeld, auch den tansanischen EXPO-Pavillon aus

Hannover im Park aufzustellen und dort Projekte mit Hamburgs Partnerstadt Dar es Salaam vorzustellen. Damit würden in unzulässiger Weise der Name des heutigen, unabhängigen Staates Tansania und dessen Symbol in Verbindung mit kolonialverherrlichenden Insignien gebracht.

Um den ‚Tansania-Park‘ ist seit 2003 in der Öffentlichkeit und den Medien eine kontroverse Diskussion entbrannt. Proteste begleiten das Projekt. Zahlreiche Menschen in dieser Stadt sind entschieden gegen die derzeitige Planung, die in mehrfacher Hinsicht ein Affront gegen tansanische Staatsbürger_innen sowie hier lebende Afrodeutsche und Migrant_innen ist.

Die von der Stadt aufgestellten Infotafeln sind nicht in der Lage, den notwendigen Denkraum gegenüber den NS-Kolonialmonumenten zu öffnen. Ein Nutzungskonzept und eine Zielgruppenbeschreibung liegen nicht vor. Mit dem Argument, dass Finanzmittel für eine geschichtsdidaktische Parkgestaltung und -nutzung fehlten, wurden Alternativvorschläge gar nicht erst diskutiert.

Stadt und Bezirk sollten das

Konzept überdenken, die Chance einer demokratischen Bürgerbeteiligung nutzen, einen Runden Tisch für alle Interessierten einrichten und die inhaltliche und räumliche Gestaltung des Areals öffentlich ausschreiben.

Bezirk und Stadtentwicklungsausschuss der Bürgerschaft planen nun im Rahmen des Senatsleitkonzeptes ‚Wachsende Stadt‘ ‚familiengerechtes Wohneigentum mit Flexibilität‘ auf dem Gelände der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne. Leider wird in der Politik nicht diskutiert, inwieweit das Kasernengelände denkmalgeschützt, erforscht, kommentiert und als Erinnerungsort zugänglich gemacht werden könnte. Wird hier, wie in der Hafencity, tabula rasa gemacht, verschwinden auch hier historische Strukturen, Bilder und Zeichen, anhand derer wir uns erinnern könnten?

Das Konzept ‚Park Postkolonial‘ schlägt vor, die Denkmäler zu erhalten und einen kritischen Lernort hier oder an einem anderen geeigneten Ort zu initiieren.

‚Tansania-Park‘, Wilsonstraße 64-68 in Hamburg-Jenfeld. Besuch nur möglich über den Kulturkreis Jenfeld, der Schlüssel hat. Beim Bezirksamt nachfragen.

Quelle: <http://afrika-hamburg.de>



Das Kriegerdenkmal ‚Deutsch-Ostafrika/Schutztruppe‘ aus der NS-Zeit wurde 2003 im sog. ‚Tansania-Park‘ in Hamburg-Jenfeld wieder aufgestellt, nachdem es nach Protesten in Wandsbek entfernt worden war.



© Chou yi for Amnesty International Taiwan

Freiheit für Zeynab Jalalian!

Die iranischen Behörden verweigern der iranisch-kurdischen Gefangenen Zeynab Jalalian vorsätzlich eine fachärztliche Behandlung, obwohl sich ihr Gesundheitszustand immer weiter verschlechtert. Dieses Vorgehen kommt Folter gleich. Amnesty International hat sich seit 2014 mehrfach mit Eilaktionen für Zeynab Jalalian eingesetzt. Die iranischen Behörden wollen ihr die dringend not-

wendige medizinische Behandlung nur gewähren, wenn sie im Fernsehen „Geständnisse“ ablegt.

Zeynab Jalalian wurde im Januar 2009 vom Revolutionsgericht in Kermanshah wegen „Feindschaft zu Gott“ (moharebeh) zum Tode verurteilt. Ihr wird Mitgliedschaft in einer bewaffneten kurdischen Oppositionsgruppe vorgeworfen. In ihrem Gerichtsverfahren, das offenbar nur wenige Minuten dauerte, hatte sie keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand. Ihr Todesurteil wurde 2011 in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt.

Bitte schreiben Sie Briefe an die Oberste Justizautorität des Iran, in denen Sie darum bitten, dass Zeynab Jalalian vor Folter und anderen Misshandlungen geschützt wird und medizinische Behandlung erhält, falls nötig auch in einer Klinik außerhalb des Gefängnisses. Bitten Sie außerdem darum, dass ein Wiederaufnahmeverfahren für Zeynab Jalalian eingeleitet wird, das den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren entspricht.

Anfang Juni 2020 teilte Ali Jalalian, der Vater von Zeynab Jalalian, dem Kurdistan Human Rights Network mit, dass sie seit dem 29. April 2020 im Gharchak-Frauengefängnis in Varamin in Quarantäne gehalten wird und bei ihr COVID-19 diagnostiziert wurde. Im Gharchak-Gefängnis werden die Gesundheits- und Ernährungsstandards nicht eingehalten. Das Geheimdienstministerium hat ihr nicht erlaubt, in ein Krankenhaus außerhalb des Gefängnisses gebracht zu werden.

Ende Juli 2020 teilte Human Rights in Iran mit, dass Jalalian in das Gefängnis von Kerman verlegt wurde. Sie befindet sich in einem schlechten Gesundheitszustand.

Am 24. September 2020 wurde sie in das Dizel-Abad-Gefängnis in Kermanshah verlegt. Am 10. November 2020 teilte Jalalian ihrer Familie in einem zweiminütigen Telefonat mit, dass sie in das Yazd-Gefängnis verlegt worden sei und dass sie auf dem Weg dorthin geschlagen und beschimpft

worden sei.

Schreiben Sie in Persisch, Englisch oder auf Deutsch an: His Excellency Ayatollah Sadegh Larijani, Head of the Judiciary, c/o Permanent Mission of the Islamic Republic of Iran to the United Nations, 622 Third Avenue, 34th Floor, New York, NY 10017, USA (Anrede: Your Excellency / Exzellenz), (Standardbrief Luftpost: 0,90 Euro)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an: Botschaft der Islamischen Republik Iran, S.E. Herrn Ali Majedi, Podbielskiallee 65-67, 14195 Berlin, Fax: 030 – 84 35 31 33, E-Mail: info@iran-botschaft.de, (Standardbrief: 0,70 Euro)



Über den Tellerrand hinaus

Empathie und Mitverantwortung werden häufig kontrovers diskutiert. Es braucht ein neues Schulfach, um einen besseren Umgang mit den Themen zu lehren

„Selbstreflexion bezeichnet die Tätigkeit, über sich selbst nachzudenken. Das bedeutet, sein Denken, Fühlen und Handeln zu analysieren und zu hinterfragen mit dem Ziel, mehr über sich selbst herauszufinden. Dabei können wir uns nicht nur selbst als individuelle Person hinterfragen, sondern auch als Teil eines Systems, zum Beispiel als Teil einer Familie oder eines Teams“. So wird Selbstreflexion bei Wikipedia definiert. Klingt das nicht nach einer Tugend, die zur Lösung vieler Probleme beitragen könnte? Sollte sie dann nicht sogar als Schulfach etabliert werden? So ähnlich könnte es Michael Fritz, Co-Gründer von *Viva con Agua*, in dem Podcast „Über Morgen“ gemeint haben. Er sei schon lange für die Etablierung eines neuen Schulfaches mit dem Thema „Empathie“. Ein Schulfach, bei dem Kinder von Klein auf lernen, empathisch zu handeln, sprich: ein reflektiertes Handlungsbewusstsein zu entwickeln. Wenn das der Co-Gründer des erfolgreichen Sozialunternehmens *Viva con Agua* sagt, klingt das doch nach

einem ernstzunehmenden Vorschlag! Schließlich ist er ein Pionier auf dem Gebiet des sozialen Unternehmertums. Das heißt, er ist getrieben von der Frage, welche Wirkungsketten unser Handeln auslöst und kann das auch noch mit profitablen Wirtschaften vereinen. Ist es also sinnvoll, seinem Ratschlag zu folgen? Ein Schulfach zu etablieren, dass zukünftige Generationen von klein auf Inhalte über Nachhaltigkeit lehrt und dabei die Kinder und Jugendlichen über Beziehungen und Wohlstandsverteilungen in einer globalisierten Welt sensibilisiert! Wichtig auch wegen der Herausforderungen, die sich aus den Themen ergeben. Wer wollte dem widersprechen?

Warum sich diese Frage stellt, soll anhand eines ökonomischen und höchst aktuellen Beispiels verdeutlicht werden. Es zeigt, wie niederträchtige Vorwürfe obsolet wären, wenn es gelänge, die Hintergründe besser zu reflektieren.

Makroökonomische Mechanismen in Europa

Joachim Geffers hat bereits in

vielen Ausgaben dieser Zeitung die makroökonomischen Mechanismen der EU dargestellt. In der letzten Ausgabe geschah dies unter der Fragestellung, inwieweit die Schuldenbremse tatsächlich tauglich sei, um Stabilität zu garantieren. Wie bedeutsam dies sein kann, zeigt ein Blick zurück ins Jahr 2015 im Zusammenhang mit der Machtübernahme der griechischen Partei Syriza. Spätestens seit diesem Ereignis sind wir bestens vertraut mit dem Thema europäische Schulden, nicht zuletzt wegen der zähen und mit Vorurteilen versehenen Debatten zwischen der Troika und Griechenland. Doch sind wir uns auch im Klaren über die vollständigen Hintergründe und Mechanismen der europäischen Wirtschaftsbeziehungen? Und wenn nicht, warum eigentlich nicht, wenn dies doch alle Menschen, zumindest in der EU betrifft? Deshalb sollen im Folgenden drei entscheidende Mechanismen beschrieben werden, die einen wesentlichen Einfluss auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der Europäischen Wirtschaftsunion haben.

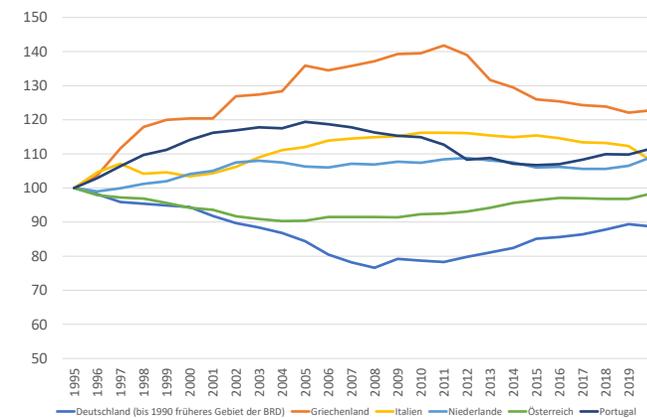
1. Ein entscheidender Maßstab für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft sind die Lohnstückkosten. Sie sind die anteiligen Kosten bei der Produktion eines Gutes. Empirische Untersuchungen zeigen, dass sich die Veränderungen der Lohnstückkosten in den Preisen der Güter, die auf dem Markt zur Ware werden, widerspiegeln. Sinken die Lohnstückkosten, können die entsprechenden Waren günstiger angeboten werden. Dadurch wird eine Volkswirtschaft attraktiv auf dem

Weltmarkt und kann somit die Exporte steigern, woraus höhere Gewinne und ein Zugewinn von Arbeitsplätzen resultieren. Dieses Lohndumping (sinkende Lohnstückkosten) einzelner Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschland, spiegelt sich in den jeweiligen volkswirtschaftlichen Leistungsbilanzen wider. Die Leistungsbilanzen aller Volkswirtschaften zusammenbetrachtet sind dabei ein „Nullsummenspiel“ – der Leistungsbilanzüberschuss eines Staates bedeutet also ein Leistungsbilanzdefizit eines anderen. Einige Länder generieren also Überschüsse, die sich positiv auf Einkommen und Arbeitsplätze auswirken und in anderen Ländern passiert das Gegenteil: Handelsbilanzdefizite, sinkende Einkommen und Arbeitslosigkeit. Diese Länder müssen ihre Defizite durch weitere Schuldenaufnahme kompensieren, um einen ausgeglichenen Haushalt zu ermöglichen

2. Wie sieht diese Neuverschuldung aus? Die Kreditfinanzierung auf Kapitalmärkten ist abhängig von der Bonität eines Landes. Ein geringer und konstant bleibender Schuldenstand eines Staates ermöglicht eine hohe Bonität und garantiert damit einen vergleichsweise geringen Zinssatz bei der Kreditaufnahme. Wirtschaftlich schwache Staaten müssen sich wegen dauerhafter Leistungsbilanzdefizite hingegen neu verschulden und sich folglich mit höheren Zinssätzen abfinden.

3. Bleibt noch der nicht mehr vorhandene Wechselkursmechanismus zu erwähnen, der bereits seit 1973 mit Aufgabe des Bretton Woods-Systems nur noch eingeschränkt funktionierte, aber mit der Einführung des Euros für die Mitgliedsstaaten innerhalb der Eurozone gänzlich entfiel. Zuvor geriet durch diesen Mechanismus die Währung starker Exportstaaten durch eine vermehrte Nachfrage ihrer Wäh-

Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten -1995 = 100



Hier lässt sich das Nullsummenspiel erahnen

rung unter einen Aufwertungsdruck. Geschah dies, stiegen die Preise für ihre Produkte im Ausland. Spiegelverkehrt galt, dass die Währung schwacher Staaten mit geringer ausländischer Nachfrage eine Abwertung erfuhr. Die Produkte verbilligten sich folglich für ausländischen Abnehmer_innen und konnten attraktiver für Exporte werden. Dieser Mechanismus spielt jetzt keine Rolle mehr, da die Mitgliedsstaaten der EU dieselbe Währung besitzen. In Hinblick auf die europäische Währungsunion führt das dazu, dass der Euro für die ökonomisch starken Staaten sich günstig auf die Preisentwicklung ihrer Produkte außerhalb des EU-Währungsraumes auswirkt. Der Grund: Die ökonomisch schwachen Länder verhindern durch die gemeinsame Währung den starken Anstieg des Euro-Kurses, der sich durch die Exporterfolge eigentlich einstellen müsste. Gäbe es das Spiel freier Wechselkurse noch, so wäre bspw. der Kurs der D-Mark aufgrund der starken Nachfrage nach ihr viel deutlicher gestiegen, was die Preise für ausländische Nachfragen deutscher Produkte nach oben getrieben hätte. In Folge verringerte sich die Nachfrage nach

deutschen Produkten zugunsten der Produkte aus Ländern mit schwächeren Währungen.

Mechanismen und Verteilung

Zurück zu der europäischen Währungsunion und ihren Mitgliedsstaaten. Handelt es sich hier um faire Verhältnisse? Mit den drei Mechanismen liegen nun mehr Informationen vor, um das kritisch zu beurteilen. Zum 1. Punkt, den Lohnstückkosten: Die Grafik zeigt die Entwicklung der Lohnstückkosten in ausgewählten EU-Staaten. Ob sich aus den Kurven nicht schließen ließe, dass Griechenland, Portugal und Italien besser an ihrer Produktivität arbeiten müssten? Und ob Deutschland sowie Österreich leistungsfähiger seien? So könnte es jetzt heißen. Natürlich müssen Versäumnisse einzelner Südstaaten thematisiert werden. Aber was ist zum Beispiel mit der Agenda 2010 in Deutschland, die sich durch den Knick in den Kurven ab 2005 erkennen lässt? Die Lohnstückkosten in Deutschland sind eben nicht nur Ausdruck hoher Produktivität, sondern auch von niedrigen Löhnen. Heiner Flassbeck weist immer wieder daraufhin: Deutschland hat sich durch das Lohndumping



Gut aufgestellt. Hoffentlich zukünftig in allen Sanitäranlagen und Kühlschränken der EU-Gremien zu finden!

Wettbewerbsvorteile gegenüber den übrigen europäischen Partnerländern verschafft, womit explizit gegen das vereinbarte Ziel einer Harmonisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der einzelnen Staaten in der EU verstoßen wurde. Aus diesem Grund gibt es Überwachungsprogramme, wie das durch die europäische Kommission eingerichtete Programm *Macroeconomic Imbalances Procedure (MIP)*. Es kontrolliert und koordiniert das ökonomische Verhalten einzelner Mitgliedstaaten, wie zum Beispiel die Neuverschuldungsquoten, aber auch die Lohnstückkosten oder die Höhe der Leistungsbilanzüberschüsse. Dies scheint aber so unauffällig zu passieren, dass die Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der europäischen Finanzkrise kaum etwas über die Leistungsbilanzüberschüsse oder Lohnstückkosten Deutschlands gehört hatte. Mediale Präsenz erfuhren stattdessen stets die griechischen Schuldenberge.

Zum 2. Punkt, den Kreditfinanzierungen auf Kapitalmärkten: Deutschland, als klassisches Leistungsbilanzüberschussland, musste sich vor der Corona-Pandemie nicht weiter neu verschulden. Griechenland mit seinen Leistungsbilanzdefiziten hingegen schon. Die Neuverschuldung ist für Griechenland aufgrund höherer Zinssätze aber teurer als für Deutschland. Dem Gedanken, man könne sich mithilfe sogenannter Eurobonds gemeinsam verschulden und somit eine gleiche Zinslast für alle Mitgliedsstaaten ermöglichen, wird immer mit dem gleichen Argument begegnet: Griechenland könne nicht so wirtschaften wie die Deutschen. Also: Türen auf an der Stelle für alle weiteren Vorurteile gegenüber Griechenland (andersherum genauso)! Man verschweigt, auf welche Weise sich Deutschland seine Wettbewerbsvorteile gesichert hat. Stattdessen heißt es

2015, Griechenland müsse disziplinierter haushalten. Noch mehr sparen, um weitere Neuverschuldungen zu vermeiden. Die sozialen Folgen des griechischen Sparkurses sind bekannt. Griechenland hat bei sämtlichen Budgets, Renten- und Sozialversicherungen und Gehältern des öffentlichen Dienstes Kürzungen vorgenommen. Nur ein Etat war davon ausgenommen, der Rüstungsetat. Und der wichtigste Waffenlieferant war und ist Deutschland!

Zum 3. Punkt ließen sich weitere ökonomische Debatten anknüpfen, würden hier aber den Rahmen sprengen. Es genügt die Frage: Streiten wir eigentlich genug darüber, dass die gemeinsame Währung aufgrund des fehlenden Wechselkursmechanismus' Profiteur_innen und Verlier_innen hervorbringt?

Für Sportfans ließe sich eine Analogie zu den Profiligen in den USA und denen in Deutschland herstellen. Das Ligakonzept im amerikanischen Profibasketball ermöglicht durch die *Draft-Regularien* (s. Kasten)

Ausgleichende Gerechtigkeit

NBA, NFL, NHL, MLB – die größten Sportligen in den USA haben alle einen Entry Draft. (dt.: Nachwuchsrekrutierung) Neue Spieler melden sich vor Saison bei der Liga an. Anschließend darf das schlechtplatzierteste Team der vergangenen Saison zuerst einen Spieler wählen und dann geht's der Reihe nach über mehrere Runden von unten nach oben. Zusätzlich gibt es einen Salary Cap, also einen gleichen Maximalbetrag für alle Teams, der für Spieler ausgegeben werden darf. Das wär' doch was: Griechenland kriegt im neuen Haushaltsjahr den größten Batzen Geld für Strukturformen. Vielleicht sollte man Ulli Hoeneß mit diesem Vorschlag kommen!

einen Ausgleich der Kräfteverhältnisse. Ein natürlicher Mechanismus wie bei den freien Wechselkursen also. Nun könnten wir darüber debattieren: ist das Ligakonzept der NBA das alle paar Jahrzehnte neue Siegerteams hervorbringt, fairer oder bevorzugen wir das Ligakonzept der Fußball-Bundesliga, das jedes Jahr aufs Neue den selben

Meister in Gestalt des FC Bayern München generiert?

Was bringt ein Schulfach?

Zurück zur Eingangsfrage und zur Selbstreflexion. Die Aufbereitung dieser drei Mechanismen zeigt, wie die Kräfteverhältnisse innerhalb der europäischen Währungsunion verteilt sind. Sie verdeutlichen, wie die Verteilung des Reichtums innerhalb einer Gemeinschaft immer weiter auseinanderdriftet. Die Beispiele von Deutschland und Griechenland sind hier bewusst gewählt und sollen zeigen, welche Hintergründe sich hinter einer Fassade der gängigen Wahrnehmung verbergen können.

Ein Perspektivwechsel ist notwendig, bevor eine veränderte Haltung eingenommen werden kann. Voraussetzung dafür: die Selbstreflexion, damit Vorurteile und daraus erwachsende Forderungen über Bord geworfen werden können. Wenn wir doch wissen, dass wir selbst Verursacher_in in einer Sache gewesen sind und uns dadurch Vorteile verschaffen konnten, wie im obi-

gen Beispiel durch zu geringe Lohnstückkosten, geringer Kreditfinanzierung und günstigem Wechselkurs gezeigt – genau dann müssten die Forderungen nach mehr nationalen und weniger transnationalen Leistungen doch ersticken. Man und frau hatte sich doch gemeinsam zu dieser Union entschlossen und auf eine gemeinsame wirtschaft-

liche Entwicklung gebaut. Wo bleibt dann die faire Verteilung des Ergebnisses? Könnte dies nicht die Leitfrage für ein Schulfach ‚Selbstreflexion‘ sein?

Die von Vorurteilen geprägten Debatten über die Griech_innen geben jedoch Grund zur Annahme, dass einige Profiteur_innen nicht über den Tellerrand hinausschauen wollen. Stattdessen aber wird das Fehlverhalten der anderen reflexartig wiederholt. Dies, obwohl wir selbst zu den Profitierenden gehören, die erst durch das Verlieren anderer dazu werden konnten. Oder, um es in Analogie zum Soziologen Stephan Lessenich zu sagen: Der Wohlstand der Nationen korres-

pondiert mit dem Übelstand anderer Nationen. Uns kann es also nur so gut gehen, weil es anderen schlecht geht. Wie diese beiden Seiten zwangsweise miteinander verbunden sind, schildert Lesesand – auch über Europa hinaus – auf eindrückliche Art in seinem Buch „Und neben uns die Sintflut“. Danach leben wir in einer „Externalisierungsgesellschaft“, die sich auf Kosten anderer Gesellschaften außerhalb Europas oder der nachfolgenden Generationen einen Wohlstand leistet, währenddessen die Zeichen einer herannahenden Sintflut nicht mehr zu übersehen sind.

Wer aber möchte denn tagtäglich daran erinnert werden, dass

er oder sie für den Übelstand anderer verantwortlich ist? Selbstkritik ist unangenehm und der moralische Zeigefinger ist auch nicht erwünscht. Und genau dies ist der Grund für diesen Artikel. Die eingeforderte Selbstreflexion, die auch vom Co-Gründer des Hamburger Unternehmens *Viva con Agua* geforderte, bezieht sich auf einen komplexen Vorgang. Sie stellt die Menschen vor diverse Herausforderungen. Dafür aber lehrt sie uns den Perspektivenwechsel. Sie hilft dabei im ersten Schritt, ein System besser zu verstehen, um dann den zweiten richtig zu setzen.

JASON TSIAKAS
Redaktionsassistent

LESERBRIEF

Weiter so

Zu: *Mehr als Löcher buddeln... hlz 1-2/2021, S.*

Lieber Joachim, mag sein, dass der Wirtschafts- und Finanzpolitik kein hoher Stellenwert zugemessen wird, dabei sind gerade die Artikel in der HLZ zu diesen Themen von besonderer Bedeutung, weil sich auch die Probleme der Bildungsfinanzierung am Ende daraus ableiten, also bitte weiter so!

In der gebotenen Kürze einige Anmerkungen zu Inflation. Anders als im Mainstream behauptet, haben wir bereits sektoral eine sehr hohe Inflation.

Der Immobilienbereich ist völlig außer Rand und Band, und das nicht nur in den Großstädten. (In seiner Vorlesungsreihe wies Prof. Sinn darauf hin und meinte, dass sich ein gut verdienender Uni-Professor im Großraum München nicht einmal mehr ein Reihenhaus leisten könne).

Die Wohnungsmieten sind rasant gestiegen und haben bereits zu einer dramatischen Umverteilung der Vermögen von unten nach oben geführt. In den Worten der Immobilienhändler: „Plötzlich werden wieder möglichst kleine Wohnungen nachgefragt. Zynischer geht es nicht, weil die Händler sehr genau wissen, dass der sehr stark angestiegene Quadratmeterpreis für Viele keine andere Lösung zulässt.“

Schon heute hat die Hälfte aller Bürger_innen in Hamburg Anspruch auf einen §5-Schein, was ja nur bedeuten kann, dass es sich in Hamburg nicht so gut leben lässt, wie gern von der Politik behauptet.

Die Flutung der Märkte mit Geld hat bereits zu einer völlig irrationalen Entwicklung an den internationalen Börsen geführt: eines der wichtigsten Kennzeichen, das Kurs-Gewinn-Verhältnis, hat atemberaubende Entwicklungen bereits hinter sich; das lässt sich auch als inflationäre Entwicklung bezeichnen. Das Geld sucht „verzweifelt“ Anlagemöglichkeiten.

Die sog. Modern Money Theory führt – wie andere kapitalistische Theorien vorher – in die nächste Finanz- und Gesellschaftskrise, schlimmer als die letzte Krise 2008. Wie schwach die Begründungszusammenhänge der Vertreter der „Modern Money Theory“ sind, zeigt sich u.a. daran, dass sie über die Wirkungszusammenhänge selbst im Zweifel sind. Völlig absurd wird es, wenn sie meinen, ihre „Theorie“ mit Beispielen aus der Tierwelt erklären zu wollen. Es ist absolut absurd, wenn der Dammbau bei den Bibern eine Erklärung für ihre Theorie liefern soll.

Der Zusammenhang zwischen Geldumlauf und der Wertschöpfung an Waren und Dienstleistungen wird auch weiterhin einen hohen Stellenwert haben. Was zur Zeit im Rahmen der immensen Staatsverschuldungen läuft, ist ein Tanz auf dem Vulkan, schließlich: Wer ist der Staat? – Die Summe der Bürger_innen. Da die Regierungen Schlupflöcher für das internationale Großkapital stets bereithalten, wird sich der Staat das Geld aus dem Mittelstand und aus dem Prekariat zu holen versuchen, also keine neue schöne Welt.

Lieben Gruß
RAINER GRIEP

8. Mai

TAG DER BEFREIUNG

Aufruf vom Bündnis zum 8. Mai Hamburg

„Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Wie viele andere aus den Konzentrationslagern wurde auch ich auf den Todesmarsch getrieben. Erst Anfang Mai wurden wir von amerikanischen und russischen Soldaten befreit. Der 8. Mai wäre dann eine Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken. Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.“

Esther Bejarano, Überlebende der KZ Auschwitz und Ravensbrück

Mehr als 60 Millionen Menschen haben die Nazi-Ideologie von „Volksgemeinschaft“ und ihrem Konzept vom „Lebensraum im Osten“ mit dem Leben bezahlt. Am 8. Mai 1945 hatte dann das Morden ein Ende. Dieser Sieg, die Niederschlagung des deutschen Angriffskriegs, war nur möglich durch den gemeinsamen Kampf der Alliierten. Widerstand gegen den Faschismus leistete nur eine geschwächte Minderheit, um das NS-Regime und den NS-Terror zu verhindern. Das vergessen wir nie.

Der 8. Mai 1945 blieb für die Mehrheit der Deutschen ein Tag des „Zusammenbruchs“ und der „Niederlage“. Die Täter_innen kamen weitgehend ungeschoren davon, die überlebenden Opfer mussten bitter um Entschädigung kämpfen.

Die Nazis waren nie weg. Sie hatten nur die Uniformen und Parteiabzeichen abgelegt. Manche saßen in Regierungen, in Parlamenten, sie 'funktionierten', hatten ja 'Erfahrung'. Auch die Profiteure der Verbrechen und der Enteignungen jüdischen Eigentums hatten an der Aufdeckung kein Interesse.

Erst vor 30 Jahren führte wachsendes Interesse der nachkommenden Generationen dazu, dass der 8. Mai öffentlich als Tag der Befreiung bezeichnet wurde. In vielen befreiten Ländern Europas ist der 8. Mai seit langem ein Feiertag, im Land der Täter_innen jedoch immer noch nicht. Wir unterstützen die Forderung der VVN-BdA und sagen: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann, ein Tag der Besinnung, ein Tag der Ermutigung, Nazis keinen Platz in unserer Gesellschaft zu geben.

Der 8. Mai muss Feiertag werden, damit wir eine Erinnerungskultur schaffen können, die die heutigen Opfer rassistischer und antisemitischer Gewalt in der Kontinuität und als Konsequenz der halbherzigen Entnazifizierung begreift. Der 8. Mai muss Feiertag werden, damit wir uns vor Augen führen, wie wichtig Antifaschismus ist.

#TAGDERBEFREIUNG

📷 @75BEFREIUNGHH

Heute reicht es nicht, nicht rechts zu sein. Nötig ist, offensiv gegen rechts zu kämpfen. Unser Entsetzen und unsere Trauer über rechten Terror wie in Mölln, Rostock-Lichtenhagen, Solingen, Kassel, Halle und jüngst in Hanau wird zu Wut und Zorn. Wir müssen alle aufstehen, wenn eine_r von uns angegriffen wird. Wir müssen lauter werden. Das geht nur gemeinsam:

Für eine solidarische Gesellschaft! Alle zusammen gegen den Faschismus!

Wir rufen auf:

- Werdet kreativ! Beteiligt euch unter dem Hashtag #TagDerBefreiung an dezentralen Feier- und Gedenkaktionen am 75. Jahrestag der Befreiung.
- Folgt und teilt unsere Social-Media Kampagne #TagDerBefreiung unter @75BefreiungHH (Instagram und Twitter). Dort werden wir vom 3. bis zum 8. Mai unterschiedlichste Beiträge mit diversen Eindrücken aus der Zeit des deutschen Faschismus posten.
- Wenn die Umstände es erlauben: Beteiligt euch an einer angekündigten Mahnwache. Genauere Infos werden wir nach den Verhandlungen mit der Versammlungsbehörde bekanntgeben.

Erstunterzeichner- und Mitunterzeichner_innen siehe: aufruf8maihamburg@riseup.net



VVN

Erfolg

Der Solidarität und dem lautstarken Protest ist es zu verdanken: Die VVN-BdA ist ab 2019 wieder gemeinnützig!

Der Kampf ist noch nicht ausgestanden, wir warten immer noch auf die Anerkennung der Gemeinnützigkeit

für die Jahre 2016-18.

Wir danken allen Unterstützer_innen!
Vereinigung der Verfolg-

ten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten VVN-BdA

BERLIN, 25.2.2021

Offensiv gegen Verschwörungsmythen

Im Kontext der Coronapandemie haben Verschwörungserzählungen Hochkonjunktur und stellen auch Schulen und Lehrkräfte vor Herausforderungen

Verschwörungserzählungen wirken besonders anziehend auf Menschen, die auf der Suche nach eindeutigen Identitätsangeboten sind. Junge Menschen haben meist noch kein gefestigtes verschwörungsmystisches Weltbild, sondern reproduzieren verbreitete Erzählungen. Während der Coronapandemie finden sie in den sozialen Medien vermeintliche Antworten wie: Corona gebe es gar nicht; Corona sei eine Maßnahme, um die all-

richtig/falsch beantworten.

Präventionsarbeit gegen Verschwörungsdenken sollte daher bereits zu den Grundlagen von Bildungskonzepten in Kinder- und Jugendarbeit sowie Schule gehören.

Konflikte mit Pandemie-leugner_innen auch an Hamburger Schulen

Es gab in den letzten Monaten einige Vorkommnisse an Schulen, z.B. eine Demo

Tipps zum Umgang

Verschwörungsdenken muss umfassend in einer gemeinsamen Anstrengung des gesamten Bildungssystems angegangen werden, die Lehrkräfte dürfen damit nicht allein gelassen werden. Die Amadeu Antonio Stiftung, mit der wir eng zusammenarbeiten, gibt unter dem Titel „2 x 6 Punkte gegen Verschwörungsdenken“ Tipps für die Praxis.

Präventionsarbeit ist wichtig!

Nötig sind Fortbildungen für die Lehrkräfte mit dem Ziel, aufklärerisch wirken zu können. Am Landesinstitut für Lehrer_innenbildung gibt es mittlerweile gute Fortbildungsangebote zum Thema Verschwörungstheorien auch als GEW bieten wir Seminare dazu an. Die Corona-Krise hat leider dazu geführt, dass die gesellschafts- und sozialwissenschaftlichen Fächer insbesondere an den Stadtteilschulen kaum oder gar nicht im Fernunterricht erteilt wurden und auch im Präsenzunterricht wenig Raum finden. Die Schüler_innen sind derzeit allein gelassen mit den Phänomenen der in Krisenzeiten zunehmenden Formen von Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungsmythen. All dies ist auch Ausdruck einer Verunsicherung in unserer Gesellschaft, auf die mit einer Offensive für die politische Bildungsarbeit geantwortet werden muss.

FREDRIK DEHNERDT
stellvertretender Vorsitzender
der GEW Hamburg

gemeine Impfpflicht einzuführen; Corona sei ein Kampfstoff, den mächtige Staaten entwickelt hätten, um noch mehr Menschen zu unterdrücken; Corona sei in Israel hergestellt worden, um die Weltherrschaft zu erlangen. Verschwörungsmythen gehören zu den Risiken und Nebenwirkungen moderner Gesellschaften. Sie scheinen die verwirrende Welt mit all ihren Widersprüchen zu ordnen, indem sie komplexe Fragen ausschließlich in Kategorien von gut/böse, Freund/Feind,

von 15 Corona-Leugner_innen vor der Ganztagsgrundschule Sternschanze unter dem Motto „Maskenfrei“ und eine unangemeldete Ansammlung von fünf Menschen vor der Stadtteilschule Finkenwerder mit dem Motto „Maskenverweigerung“. Darüber hinaus gab es vereinzelte Aktivitäten an einigen Schulen wie das Verteilen von Flyern von Coronaleugner_innen oder das Spraysen von Schriftzügen wie *querdenker.de* oder auch *elternstehen auf.de*.

Apokalyptische Reiter wieder unterwegs

Die Frage, ob und wann wir aufgrund der Geldmengenausweitung im Rahmen der Pandemie mit einer Inflation rechnen müssen, hat die Geister für so manches Katastrophenszenario geweckt

Glaubt man den vielen Mahner_innen aus dem konservativen Lager, so muss die jetzige Finanzpolitik der europäischen Zentralbank (EZB), gekoppelt mit dem, was ihr US-amerikanisches Pendant die Federal Reserve Bank (FED) macht, unweigerlich zur Inflation, ja, in den Abgrund führen, so wie es den Deutschen 1923 erging, als sie mit den Milliarden Reichsmark-Geldscheinen ihre Wände tapezieren konnten.

Aber wie ist dies bei den linken Mahner_innen? Auch wenn ich davon gar nichts halte, rechts und links gleichzusetzen, haben die Katastrophenszenarien allerdings auch hier eine lange Tradition. Mal ist es die Überakkumulation des Kapitals, mal die Unterkonsumtion, die entweder

Inflation oder ihr Gegenteil, Deflation, bewirkt. Auf jeden Fall taucht am Ende immer der Silberstreif des Zusammenbruchs des ökonomischen Systems auf, auf den man dann hoffnungsvoll setzt, weil es dann nur noch des letzten Anstoßes bedarf, um auch das politische System zu überwinden. Und frei nach dem Urheber dieser Ideen heißt das für diese selbsternannten Marxisten, dass nach überwundenem Feudalismus oder eben zusammengebrochenem Kapitalismus der Sozialismus, der in seinem Endstadium zum Kommunismus mutiert, quasi naturwüchsig folgen müsse.

Quasi Naturgesetz

Dabei muss gar nichts! Und das hat der Vater all dieser Ge-

danken, Karl Marx, in dieser vulgären Form auch nie gesagt. In solchen Fällen pflegte er der Überlieferung nach den politischen „Freunden“, die sich auf ihn bezogen, zu sagen: „Alles was ich weiß, ist, dass ich kein Marxist bin!“¹ Wenn er Entwicklungsgesetze des Kapitalismus formuliert hat, heißt das noch nicht, dass sie sich auch durchsetzen müssen. Dazwischen steht eben immer noch der Mensch. Und der ist in seinen Handlungen keine biochemische Anlage, bei der man, einem Determinismus folgend, aufgrund des Inputs den Output genau bestimmen könnte. Nicht umsonst geht der Begriff der politischen Ökonomie auf sein Denken zurück.

¹ Wer darüber mehr wissen möchte, lese unter: <https://solidaritaet.info/2018/07/alles-was-ich-weiss-ist-dass-ich-kein-marxist-bin/>



Noch irgendwas unklar?

Foto: Die apokalyptischen Reiter (Gemälde von Viktor Wasnezow 1887); Glinka National Museum, Consortium of Musical Culture/Moskau; gemeinfrei

Ein Denken, das den subjektiven Faktor der Akteur_innen nie unberücksichtigt lässt. Und so war, wenn er die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus beschreibt, gerade Marx gleichzeitig auch derjenige, der die gegenläufigen Tendenzen mitbenennt und somit die Bestimmbarkeit des Eintritts von Krisen oder gar Zusammenbrüchen ablehnt, auch

produziert werden, ausschließlich an der auf sie verwendeten Arbeitszeit bemisst. Gleichzeitig beschreibt Marx aber, was dem entgegensteht. Wenn nämlich das Kapital, das für Maschinen ausgegeben wurde, entwertet ist, weil der technische Fortschritt es nicht mehr erlaubt, die noch nicht verschlissenen, sprich: abgeschriebenen Maschinen

wirtschaftlich zu betreiben, steigt der Anteil des Geldes, das für lebendige Arbeit ausgegeben wurde, am insgesamt eingesetzten Kapital. Noch plausibler stellt sich dieser Mechanismus dar, wenn durch Krieg Fabriken und mit ihnen die Produktionsanlagen wie überhaupt das mit diesen Maschinen hergestellte Kriegsgeschick zerstört wird. Danach ist der Anteil der Löhne an den Kosten der Produktion höher, was zu höheren Profiten führen muss. Eine Erklärung dafür, warum sich Gesellschaften nach Kriegen manchmal überraschend schnell erholen.

Wenn nun aufgrund der staatlichen Rettungspakete und der mit ihnen verbundenen Geldmengen ausweitung davon gesprochen wird, dass dies zwangsläufig zur Inflation führen müsse, so haben jene, die nicht müde werden, die Menschen mit Katastrophenszenarien in Angst und Schrecken zu versetzen, meist im Sinn, hieraus politisches Kapital zu schlagen. Sie hören auch nicht auf, selbst wenn die reale Entwicklung ihren Annahmen wider-

Was hilft?

Das Einzige, was diese Reiter zu Fall bringen kann, ist die Konfrontation mit der Erkenntnis, die bei aller auch noch so tiefgründigen Analyse übrig bleibt: Die Ungewissheit der gesellschaftlichen und damit auch ökonomischen Entwicklung. In Bezug auf die Frage nach der Inflation: niemand kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt voraussagen, wie und wo sich nach der Pandemie die aufgestaute Nachfrage entlädt. Kaufen die Leute bspw. vermehrt ausländische Produkte und realisieren ihre Reiseträume, indem sie im Ausland Urlaub machen, so verrückt das aus ökologischer Sicht auch sein mag, würde dies schon den Druck auf die hiesige Preisentwicklung nehmen. Zudem würde es den Menschen in den Ländern helfen, deren Wirtschaft stark vom Tourismus abhängt. Dass mancher vielleicht unnötige Konsum bei uns die Ärmsten dieser Welt retten kann, gehört ebenfalls vordergründig zu den Absurditäten eines weltweit vernetzten Produktions- und Verteilungssystems. Dass dies unter unfairen Bedingungen verläuft, die es zu verändern gilt, heißt nicht, die weltweite Arbeitstei-

lung in Gänze zu verteufeln, weil sie es ist, die den Armen in der Welt überhaupt erst eine Chance auf eine halbwegs gesicherte Existenz gibt, ein Leben in Würde führen zu können.

Bleibt es dabei, dass große Teile der jetzt vergrößerten Geldmenge in Finanzanlagen fließen, berührt dies die Realwirtschaft nur peripher. Wenn die Kurse steigen, geschieht dies erstmal nur auf dem Papier. Es sind Nullsummenspiele, bei denen der oder die eine gewinnt und/oder verliert. Nur ein Bruchteil dieses nur in elektronischen

Speichern vorhandenen Geldes fließt dann für Investitionen in die Realwirtschaft. Solange aber die Rentabilität von Finanzanlagen höher ist als die Profitabilität einer Investition in die Realwirtschaft, ist von dieser Seite nicht der ganz große Nachfragedruck, der dann die Preise für Investitionsgüter in die Höhe treiben würde, zu erwarten. Bleibt der positive Effekt der Neuausgabe von Aktien für ein Unternehmen, dessen Aktienkurse gestiegen sind. Dadurch kommt Geld in die Kasse, mit dem dann auch in aller Regel reale Investitionen

vorgenommen werden. Man sieht: Es sind viele Einflussfaktoren, die sich gegenseitig bedingen, ergänzen oder die einander zuwiderlaufen. Womit können wir denn nun aber, was die Geldentwertung zumindest auf lange Sicht angeht, mit Sicherheit rechnen? Auf diese etwas hilflose Frage pflegte der Papst der Finanzpolitik, John Maynard Keynes, in seinem "Tract on Monetary Reform" bereits 1923 zu sagen: „In the long run we are all dead!“

JOACHIM GEFFERS

Quelle: Bundesarchiv, Bild 102-00104/Georg Pahl/ICC-BY-SA 3.0



Billiger als Tapete

wenn er, was die Entwicklungsrichtung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung insgesamt betrifft, diese als quasi naturgesetzlich beschreibt.

Nehmen wir das von ihm entwickelte Gesetz des ‚tendenziellen Falls der Profitrate‘. Es besagt, dass die Profitrate fällt, wenn im Akkumulationsprozess des Kapitals der Anteil an Geld, das für lebendige Arbeit ausgegeben wird, sprich: die Löhne, geringer wird. Das kann man logisch schlussfolgern, wenn man – der Marxschen Werttheorie folgend – den Wert der Güter, die

Dokumentation zu den 68ern

Neues auf der website

In der „Chronik“

In der 5. Phase ist das Datum 15.11.1969 mit einem Dokument neu eingefügt. Es ging um den Versuch von Teilen des Bundes SDS, den Verband deutscher Studentenschaft (VDS) zu liquidieren, gegen den sich der Hamburger ASTA des „Linkskartell“ wehrte.

Im Ordner Beiträge

- Vom SALZ zum KB (Rudi Christian, Erik Merks)
- Arie Goral-Sternheim und die Studentenbewegung in Hamburg (Angelika Ebbinghaus/Karl Heinz Roth)
- Erinnerungen an Arie Goral-Sternheim (Helga Bauer)
- Hamburger APO-SDS-Frauen im Unruheherd 1968 (Helga Milz)
- Wie der MSB Spartakus an der Uni Hamburg entstand (Beate Landefeld)

Im Ordner Biografien

- Angelika Ebbinghaus
- Edda Groth „Von der Kirche zum Kommunismus“. Die Pastorin, die durch 68 zur Kommunistin wird.
- Harald Vieth – 68er und Umweltschützer ein Leben lang

Im Ordner Medien Unterordner Literatur

- Wolfgang Wiedemann: Evangelische Studen-

tengemeinde – Kirche an der Hochschule? (ESG in der 68er Bewegung)

- Ulf Schönert: Vom „auditorium“ zum „Zentralblatt für den Ausbildungssektor“ (ZAS) –

Die Öffentlichkeitsarbeit des ASTA der Universität Hamburg 1966 – 1970

- Die biografische Geschichte des Reinhold Oberlachers – Auszüge aus „Mahler, Maschke & Co.“ – Rechtes Denken in der 68er Bewegung? von Manuell Seitenbecher, Ferdinand Schönigh – Verlag (2013)
- Robert Lorenz, Fanz Walter (Hg.): 1964 – Das Jahr mit dem „68“ begann.
- Michael Brenner: Das Politische bei Leonard Cohen – Musik, Kultur & APO (2021) Unterordner Film&Ton (beide Filme sind bei youtube nicht öffentlich, sondern nur über unsere website aufzurufen)
- „Von der Revolte zur Revolution – Warum die Revolution erst morgen stattfindet“ von Kurt Rosenthal (Springerblockaden in Hamburg, Ostern 1968)
- „Rote Fahnen sieht man besser“ von Theo Gallehr und Rolf Schübel (Betriebsstilllegung Prix-Werke 1970)

Spannendes Hören, Sehen und Lesen wünscht

ARWED MILZ
<arwed.milz@gmx.de> <https://sds-apo68hh.de/>



Finden. Finanzieren. Frei fühlen.

Die Baufinanzierung¹ der BBBank mit Extra-Zinsrabatt für den öffentlichen Dienst.



¹ bonitätsabhängig

NEU: Jetzt auch online abschließen!
www.bbbank.de/baufinanzierung



Jetzt informieren
 BBBank eG Filiale Hamburg
 Glockengießerwall 2, 20095 Hamburg
 Telefon: 040/30 69 87 40
 E-Mail: Filiale.363@bbbank.de
 oder www.bbbank.de/gew

www.bbbank.de/termin

Folgen Sie uns

Ist das Verfallsdatum des Kapitalismus abgelaufen?

Modern Monetary Theory (MMT) – eine wiederentdeckte Geldtheorie bewegt ... eine kleine Gemeinde – Replik auf: hlz 1-2/2021, S. 58 ff

Die Krisenfolgen, die der Kapitalismus periodisch hervorbringt – auch die der Weltfinanzkrise 2007 ff. und aktuell jene im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie –, haben eine Debatte über „Postwachstum“ d. h. „Postkapitalismus“ ausgelöst. Von einem „Rückzug des Kapitalismus“ spricht der US-amerikanische Ökonom und Publizist Jeremy Rifkin in seinem 2014 erschienenen Buch: „Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft“. Darin beschreibt er den „Kapitalismus [lediglich] als Organisationsmechanismus für Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen“. Kaum Berücksichtigung findet der Umstand, dass es um die Einkommensquelle Lohnarbeit nicht so rosig bestellt ist. Mal liegt sie brach, dann wird sie wieder in den Produktionsprozess eingesogen; durch Entwertung von Fertigkeiten, z.B. durch neue Techniken und vermehrten Maschineneinsatz, wird sie verbilligt oder wieder freigesetzt. Als Folge werden weniger Arbeitskräfte benötigt, was den Preis derselben, also die Löhne, verringern kann.

Der Brite Philip Parker Mason veröffentlichte die „Grundrisse einer kommenden Ökonomie“. Darin kennzeichnet er den Kapitalismus als das „umfassende System, das dafür sorgt, dass eine entwickelte Gesellschaft mit Märkten und Privateigentum funktionieren kann“. Er bezieht zwar marxistische Elemente in seine Überlegungen mit ein, doch mit seinem Rekurs auf alte Zeiten fällt er wieder auf die bor-

nierte Wirklichkeit zurück, wenn er auf „Profit [als] das Ergebnis unternehmerischer Tätigkeit“ setzt und selbige „durch wirtschaftliche Renten [für] unzulässig erklärt“. Einige Jahre zuvor hatten Michael Hardt/Antonio Negri in ihrem Werk „Empire: Die neue Weltordnung“ schon über das „Ende des Eigentums“ fabuliert wie auch Robert Kurz, der bereits 1999 über den „Tod des Kapitalismus“ (Schwarz-

Stocken geratenen Wachstum wächst die Armut sprunghaft und bezieht alle unproduktiven Bereiche wie Bildung, Kultur etc. in die Krise mit ein.

Ein Gespenst geht um ... eine neue Geldtheorie

Zu einer Wiederbelebung der seit den 1990er Jahren schlummernden Modern Monetary Theory (MMT) kam es nun im Zusammenhang mit der jüngsten



Foto: WDR

Unausweichlich?

buch des Kapitalismus) speulierte. Gemeinsam gehen sie davon aus, dass diese Art des Wirtschaftens sich im „Niedergang“ befindet. Ein Fehlerteil wie der Zeitverlauf bestätigt! Trotz Dauerkrise lässt das Ende auf sich warten. Nach der Krise folgt der Aufschwung und in dieser Abfolge geht es periodisch so weiter. Und dies, obwohl die Beschäftigten die existenziellen Folgen durch massenhafte Jobverluste und Einbußen durch das Kurzarbeitergeld, was die Ernährung einer Familie zum Dauerproblem macht, unmittelbar erfahren haben. Mit dem ins

US-Präsidentschaftswahl. Diese 'neue' Geldtheorie ist aus der Volkswirtschaftslehre (VWL) hervorgegangen. Aussagen darüber, was Geld überhaupt ist, was der Preis oder was der Lohn ist – Erklärungen dieser Phänomene sucht man vergebens. In der Haushaltstheorie der VWL geht es z. B. um den Umgang der Menschen mit den gegebenen ökonomischen Gegenständen, die in dieser Gesellschaft unumgänglich sind. Sie spricht von „knappen Gütern“ und der Mensch soll ein 'Nimmersatt' mit endlosen Bedürfnissen sein.

Die MMT findet im Netz unter

MAKROSKOP ihre Anhänger-schaft. In der letzten hLZ wird die Debatte um die Krisenbewältigung als „Silberstreif“ am ‚Theorienhimmel‘ gewürdigt. Sie beanspruche ein hehres Ziel: „den [den] Marktwirtschaften innewohnenden Krisenmechanismus eliminieren“ (61) zu können. Dazu orientiert sie sich an „Vollbeschäftigung, [die] ..., Arbeitslosigkeit, Rezessionen, Ungleichheiten und andere soziale Missstände bekämpfen [soll].“ (Wikipedia).

Die Regierung solle, so die Forderungen, als „Emittentin der Währung“ für eine „universelle öffentliche Daseinsvorsorge“, für „erneuerbare Energien“ und „öffentliche Jobgarantie“ mit einem „existenzsichernden 30-Stunden-Lohn“ sorgen. Sie tut es einfach nicht!

Ökonomische Dominanz und jede Menge Gewalt

Wenn überhaupt, kann es sich dabei nur um die wenigen ökonomisch potenten und politisch dadurch mit viel Macht ausgestatteten Staaten handeln. Das ist die Weltmacht USA und die anderen Staaten mit Weltgeld, die diese Rolle den USA gern streitig machen wollen. Die Voraussetzungen dafür sind ihre gigantischen Finanz- und Gewaltmittel. Auch Deutschland als ehemaliger Frontstaat gegen den Systemfeind UdSSR hat sich aufgrund seiner ökonomischen Führungsrolle in der EU vom „politischen Zwerg“ zu einer bestimmenden Kraft entwickelt, die dazu führt, dass Deutschland zunehmend „Verantwortung“ mit diplomatischen und militärischen Mitteln in der Welt übernimmt, um andere Staaten zu dominieren. So soll der Einfluss im Konzert der Weltmächte gefestigt werden. Doch das an Gewaltmitteln in der Größenordnung, wie sie die USA besitzt, noch mangelt, ist die Politik weiterhin auf die USA angewiesen.

Wirklichkeit oder Ideal?

Entpuppt sich die MMT also als ein Possenspiel von einigen wenigen Volkswirtschaftlern, die objektiv einem Idealismus frönen und lediglich mit ihren Wunschvorstellungen das Herrschaftsverhältnis von Kapital und Politik nicht korrekt fassen? Zu fragen wäre, ob die herrschende Politik schon eine n MMT-Vertreter_in eingeladen hat und signalisiert: wir greifen auf eure Rezeptur zurück und beschließen als erstes eine Reichensteuer. Nicht „um Staatsausgaben zu finanzieren, sondern um Menschen, die zu viel anhäufen, einfach Geld zu entziehen“. Zudem soll „die Besteuerung auch zur Verringerung [wohlge-merkt: nicht zur Abschaffung!] der Ungleichheit eingesetzt“ werden. Wie etwa von der Linken gefordert, soll wohl lediglich eine Verbesserung der Armenbetreuung von 100 bis 200 Euro drin sein, die die LINKE allerdings über die Staatsausgabe „Soziales“ finanzieren will. Warum soll der Status der abhängig Beschäftigten eigentlich nicht gleich aufgehoben werden, damit die Produzierenden unmittelbar über die Früchte ihrer Arbeit verfügen können? Zu fragen wäre auch, warum die Politik die Wirtschaft von Steuerlasten, die das Wachstum behindern, befreit hat? Auf diese Fragen gibt die MMT keine Antwort. Stutzig machen könnte die aufmerksame Leser_innenschaft schon der Hinweis, dass die Politik „Geld“ in die Welt setzt, sie „leitet es in die Wirtschaft weiter“ und - oh Wunder! - „wir alle [können] es in unserem täglichen Leben verwenden“. Die Scheidung in Arbeiter_in und Nichtarbeiter_in, in Mieter_in und Vermieter_in, in Obrigkeit und Untergebene ist mit dem „Wir“ gedanklich gestrichen.

Als Nebeneffekt soll der Entzug des Geldes auch der „Demokratie“ nützen. So soll sich das Problem des millionenfachen

Wählens von Rechten und Populisten erledigen. Wenn in den USA der Staat Armutsaufstände befürchtet, wird die Nationalgarde eingesetzt. In der Krise zeigt sich dieser Staat neuerdings auch spendabel und macht mal 1.400 Dollar „Helikoptergeld“ locker, um über den Konsum der Massen das Geschäft des Einzelhandels zu fördern.

Beim Biber spielt Geld keine Rolle

So wirft die „vielleicht bekannteste“ Protagonistin der MMT, Stephanie Kelton, die drollige Frage auf: „Wo hatte der Biber das Geld her, um den Damm zu bauen?“ In ihrer Antwort streicht sie das Geld durch und lässt den Biber - wie in der Natur üblich - einfach einen „Damm“ bauen. Bemerkenswert: auch die denkende Spezies entwickelt Bedürfnisse, deswegen greift sie in die Natur ein und befriedigt diese durch produktive Tätigkeit. Doch da mangelt es an Substanziellem, denn das wäre eigentlich der verschmähte Sozialismus. Demzufolge bleibt dann auch die staatliche Inkraftsetzung einer Geldwirtschaft unantastbar. Nützliche Güter zu produzieren ist für die Volkswirtschaftslehre schließlich nur die halbe Wahrheit! Damit ist klargestellt, was als das ‚Selbstverständlichste‘ und ‚Natürlichste‘ in dieser Gesellschaft gilt: dass die Bedürfnisbefriedigung nur über das Dazwischentreten des Verkaufsaktes, also die Bezahlung eines Preises, zustande kommt.

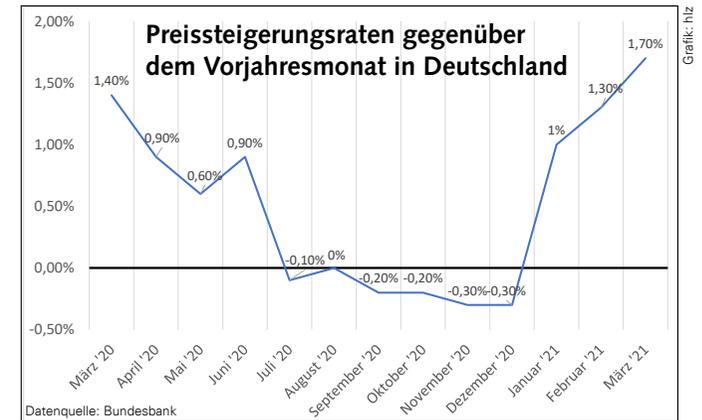
Die gegensätzlichen Wirkungen der Inflation

Auf die Erörterung der oft genannten „Inflationsangst“ der Anleger_innen soll an dieser Stelle verzichtet werden. Sie ist allerdings laut einem vehementen Vertreter der MMT, Heiner Flassbeck, dafür verantwortlich, die Anleger_innen „in Gold, Aktien, Bacon oder Immobili-

en zu treiben“ (s. Makroskop v. 10.3.21). Getrieben – die Bedauernswerten?! Der eigentliche Grund – und das ist auch der MMT bekannt – ist die Gewinnerwartung, die bei diesem „Geschäft“ höher ist als jene, die das Spargbuch garantiert. Es sind seit fünf Jahren 0 Prozent.

Obwohl auch Letzteres nicht mehr sicher ist, wo die Institute doch gerade wieder öffentlich über Negativzinsen auch für Kleinsparer nachdenken. Für den ‚Kleinen Mann‘ oder die ‚Kleine Frau‘ wirkt eine aus wirtschafts- und finanzpolitischer Sicht für gut erachtete Inflationsrate von ca. zwei Prozent bei einem gleichzeitigen Null an Zinsen geradezu desaströs, wie die folgende Rechnung zeigt: Eine_r der Vielen aus dem Niedriglohnssektor, wo Sparbeiträge nicht drin sind, erbt 20.000 Euro. Damit geht der Mensch zur Bank und eröffnet ein Spargbuch, um für den Lebensabend wegen zu erwartender geringer Rentenzahlungen etwas auf der Kante zu haben. Das Ergebnis nach 30 Jahren: Die Bank zahlt dem Menschen etliche tausend Euro weniger aus. „Sparer_innen [werden so] ihrer Guthaben beraubt“, wie es in der hLZ richtig heißt, was also nicht nur in der Geschichte zu verorten ist.

„Ohne große empirische Studien betreiben zu müssen, stellen wir fest, dass es trotz der enormen, Schulden finanzierten staatlichen Ausgaben zurzeit zu keiner Inflation kommt“, heißt es in demselben Beitrag. Vermutlich parallel zur Formulierung des hier zitierten Satzes wurde im Januar d. J. ein Anstieg der Inflationsrate gegenüber dem Vormonat um 1,3 Prozent vermeldet, im März stieg sie gar auf 1,7 Prozent (siehe Grafik). Die Prognose für die kommenden Monate, dass die Inflationsrate „schnell über die Marke von zwei Prozent“ (businessinsider.de 9.3.21) steigen wird, ist also durchaus realistisch.



Die Daten werden nicht kumuliert, wie oft fälschlicherweise angenommen wird, sondern dienen der Berechnung des Durchschnitts der Jahresinflationsrate

Nachbemerkung

Vor über 200 Jahren war es Hegel, der mit seiner Forderung an die Wissenschaft nach einer vernünftig abgebildeten „Wirklichkeit“ (Enzyklopädie I, §6, S.48) herantrat. Marx forderte später, dass der „konkrete Inhalt und seine wirkliche Bestimmung“ (MEW 1, 216) den Gegenstand abzubilden habe. Eine Wissenschaft, die die Wirklichkeit mit „Ideen [und] Ideale[n]“ konfrontiert, lehnten beide vehement ab. Verärgert spricht Hegel von „Chimären“ und „Hirngespinnsten“, die „die Abtrennung der Wirklichkeit von der Idee“ darstellten, vom Erträumen dieser „Abstraktion“ zu etwas Wahrem hin. Eine politische Diskussion also, die so tut, „als ob die Welt“ nur darauf gewartet hätte, „wie sie sein“ sollte, sie aber nicht ist.

Resümee

Die Frage „Kann uns die Modern Money Theory die postkapitalistische Postwachstumswirtschaft erklären?“ - und die hLZ-Beiträge deuten auf eine positive Antwort - ist bei allem Wohlwollen zu verneinen.

Wollte frau/man den Anspruch, den Kapitalismus erklären zu wollen, einlösen, dann hätte eine fundierte Analyse viel mehr Substanz als ein „Gedan-

kenexperiment“, das letztendlich an die Moral der Politik appelliert. Marx hat das mit seiner „Kritik der Politischen Ökonomie“ geleistet. Danach dient das Privateigentum dem Ausschluss von gesellschaftlichem Reichtum, weil „die Arbeitsmittel und die äußeren Bedingungen der Arbeit Privatleuten gehören“. Dort wird die Partizipation am Reichtum gleichermaßen der Mehrheit der Mitglieder dieser Gesellschaft vorenthalten. Sein Ziel: das „gesellschaftliche, kollektive Eigentum“ mit „assoziierter Arbeit“, was gesellschaftlich planende und produzierende Mitglieder voraussetzt.

„Dagegen entspringen die Illusionen über die wunderwirkende Macht des Kredit- und Bankwesens, im sozialistischen Sinn, aus völliger Unkenntnis der kapitalistischen Produktionsweise und des Kreditwesens als einer ihrer Formen“, so Marx. Auf die gegenwärtige Situation bezogen folgert der US-Ökonom Branko Milanovic, „dass das Virus auch gekommen ist, um uns zu lehren, dass die Hälfte aller selbstverständlichen Wahrheiten in politischer und ökonomischer Wissenschaft schlicht falsch sind“ (fr.de 1.1.21)

FRANK BERNHARDT,
im Ruhestand

Gemeinsam stark

Im krisengeschüttelte Burkina Faso sind die Kolleg_innen existenziell bedroht. Ihr kollektiver gewerkschaftlich organisierter Widerstand verdient unsere Unterstützung

Seit dem Volksaufstand vor sechs Jahren mit Übergangsregierung und Wahl einer neuen Regierung hat die Bevölkerung dieses armen westafrikanischen Landes nach wie vor viele Krisen zu ertragen.

Durch djihadistische Terroranschläge auf Schulen und Dörfer im Sahel an den Grenzen zu Mali, Niger und Benin wurden etwa 2000 Schulen geschlossen und elf Lehrkräfte getötet. Mit bewaffneten Überfällen und Brandanschlägen auf Dörfer und Märkte in anderen Landesteilen suchen dubiose Kräfte Zwietracht zu stiften zwischen verschiedenen Ethnien, die früher friedlich und in gegenseitigem Respekt miteinander lebten. Mit wenig Lohn, einer Waffe

und einem motorisierten Zweirad können sie leicht arbeitslose junge Männer für die Anschläge rekrutieren. Etwa zwei Millionen auf diese Weise vertriebene Binnenflüchtlinge sind auf die Solidarität und Versorgung durch die sie aufnehmenden Kommunen angewiesen.

Hinzu kommt die sanitäre Krise, durch das Corona-Virus noch verschlimmert. Auch wenn die Zahl der Infizierten und an Covid19 Verstorbenen relativ gering scheint – echte Nachverfolgung ist nicht gewährleistet.

Krisen nicht im Griff

Die im November wiedergewählte Regierung hat die Krisen an keiner der drei Fronten im Griff. Die Verteidigungs- und

Sicherheitskräfte verzeichnen kaum Erfolge im Kampf gegen Anschläge. Drei Wochen Wahlkampf vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ließen alle Schutzvorkehrungen gegen Corona in Vergessenheit geraten, so dass die Bevölkerung glaubte, die Pandemie sei vorbei. Erst Anfang 2021, als die Sterberate und die Erkrankungen wieder anstiegen, kamen die AHA-Regeln wieder ins Gespräch.

Die Corona-Pandemie diente letztes Jahr der Regierung als Vorwand für Repressionen gegen Gewerkschaften, Streik- und Demonstrationsverbote sowie Gehaltskürzungen bei im öffentlichen Dienst beschäftigten Aktivist_innen. Diese Auseinandersetzung wird nun vor Gericht



Streik-Kundgebung im März 2020 vor dem Gewerkschaftshaus. Am Mikrophon der Vorsitzende des Gewerkschaftsbunds CGT-B

ausgefochten und ist noch nicht beendet.

Um den nationalen Zusammenhalt wiederherzustellen, ernannte die MPP-Regierung den bisherigen Chef der Opposition zum dafür zuständigen Minister, der nun von Region zu Region reist und Gespräche mit traditionellen Chefs und Religionsvertretern führt.

Gewerkschaften verstärken ihren Kampf

Beim Neujahrstreffen des Gewerkschaftsbunds von Burkina Faso am 27. Februar kritisierte dessen Vorsitzender die Regierung: „Wir lassen unsere gewerkschaftlichen Strukturen und Freiheiten nicht in Frage stellen. (...) Wir brauchen jetzt keine unwirksamen Versuche. Eine Politik der Verständigung muss im Sinne von demokratischen Strukturen, Rechtsstaatlichkeit und Gesetzestreue sowie entsprechend der soziopolitischen Situation des Landes erfolgen.“ In dieser Situation sei auf Seiten der Gewerkschaften eine große Einheit und Geschlossenheit im

Kampf wichtig, bekräftigte er.

Für F-SYNTER, die größte Bildungsgewerkschaft in Burkina, sind die Herausforderungen groß. Von den Repressionen und Gehaltseinbußen des letzten Jahres und von den unzureichenden Maßnahmen der Behörden gegen Covid19 sind Lehrkräfte besonders betroffen. „Das erfordert, dass wir vom Vorstand in engem Kontakt mit unseren Mitgliedern vor Ort arbeiten, auch wenn wir dann sehr viel unterwegs sein müssen“, erklärt der Generalsekretär S. Badiel.

Der jährlich stattfindende Kongress der SYNTER-Gewerkschaftsfrauen gehört zu dieser Arbeit. Anfang dieses Jahres beschäftigten sich die über hundert Frauen mit der aktuellen Sicherheitslage und dem Kampf gegen Covid19. In einer Arbeitsgruppe stellten sie selbst Desinfektionsmittel her, denn die sind in den wieder geöffneten Schulen ebenso Mangelware wie Masken und Seife. Mit einer Resolution forderten sie von der Regierung geeignete Maßnahmen, um Geflüchteten

die Rückkehr in ihre Dörfer, die Sicherheit der Bevölkerung und den Schutz der Lehrkräfte vor Terrorangriffen auf Schulen zu gewährleisten.

Solidarität der GEW

Im Grußwort zum Kongress schrieb Marlis Tepe: „...Es gilt, die Beteiligung von Frauen in Gewerkschaften weiter zu stärken. Dazu leistet ihr mit eurem Engagement und dem Frauenkongress einen sehr wichtigen Beitrag.“

Finanzschwache Gewerkschaften sind in diesen schwierigen Zeiten auf unsere Solidarität angewiesen. Sie bedanken sich deshalb immer wieder für unsere Unterstützung, für die GEW-Beiträge zum Solidaritätsfonds der Bildungsinternationale, für die des Heinrich-Rodenstein-Fonds oder die Finanzbeiträge einzelner GEW-Strukturen: Der Landesverband Bremen und der Kreisverband Flensburg gehen bei der Unterstützung u.a. der F-SYNTER mit gutem Beispiel voran.

BRUNI RÖMER



Frauenkongress der Bildungsgewerkschaft SYNTER vor zwei Jahren

kontrovers

Im Folgenden finden sich zwei Buchbesprechungen der in der letzten Ausgabe dieser Zeitung vom Verfasser selbst vorgestellten Studie zur Geschichte der GEW (s. hlz 1-2/2021, S. 76ff), deren Autoren zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen gelangen.

In der Relativierungsfalle

Sachlicher Diskurs versus Parteilichkeit für NS-Verfolgte – kollektive Entschuldung versus Einzelnachweis von Schuld. Welches Konzept hilft bei der Aufarbeitung?

Der Historiker Jan Kellersohn war vor gut fünf Jahren von der GEW beauftragt worden, eine kommentierte Literaturliste zur Geschichte der GEW bzw. ihrer Vorgängerorganisationen mit Blick auf mögliche personelle und inhaltliche Kontinuitäten zwischen nationalsozialistischen Organisationen und der neugegründeten Lehrgewerkschaft zusammenzustellen. Er benannte u.a. als Forschungsperspektive: Wie wird der Nationalsozialismus in der gewerkschaftlichen Erinnerungskultur aufgenommen, gedeutet und interpretiert?

In der Folge hat der GEW-Hauptvorstand 2017 ein wissenschaftliches Forschungsprojekt an ein Historikerteam der Universität Leipzig zur Aufarbeitung der eigenen Organisationsgeschichte in Auftrag gegeben. Jetzt hat Jörn-Michael Goll die Ergebnisse in dem Buch „Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und das NS-Erbe“ im Beltz Verlag veröffentlicht.

Vorausgegangen war eine bundesweite Debatte über die ideologische Ausrichtung des NS-Lehrerbundes und über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus in der GEW, festgemacht u.a. an Veröffentlichungen von Saskia Müller und Benjamin Ortmeier. Insoweit ist es bedauerlich, dass die jetzt zeitgleich ebenfalls bei Beltz erschienene Dissertation von Saskia Müller „Der Nationalsozialistische

Lehrerbund. Verbrechen, Ideologie und Pädagogik im NS-System“ nicht von Goll mitdiskutiert wurde. Während Müller wie auch Ortmeier parteilich die Perspektive der NS-Verfolgten in den Mittelpunkt stellen, hält sich Goll bei der Einschätzung des innergewerkschaftlichen Konflikts über das NS-Erbe der GEW an einen nicht näher bestimmten

Lehrerinnen und Lehrer, die mitmachten, tolerierten oder bewusst wegschauten, waren sie vielleicht nicht doch „Schurken“ ohne ein Gefühl für Humanität und ohne Mitleid mit den Verfolgten?

„sachlichen Diskurs jenseits von Polarisierung“, den die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe im Vorwort der Studie als besonderes Verdienst hervorhebt.

Basierend u.a. auf Kellersohn hat sich Goll in relativ kurzer Zeit durch eine lange Liste von Archivmaterialien und Veröffentlichungen gearbeitet. Seine dreiteilige Studie geht chronologisch vor und umfasst die Zeit vom Ende der Weimarer Republik bis 1945 mit dem Zwischentitel: „Rückblick – Die Lehrerschaft und der Nationalsozialismus“, dann von 1945 bis 1949: „Aufbruch – Gesellschaft,

Schule und Lehrerschaft in der Nachkriegszeit und das Handeln der GEW“ und abschließend die Zeit bis in die 1990er Jahre: „Umbruch – Die GEW und die NS-Vergangenheit in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik“.

Lehrerschaft und der Nationalsozialismus

Im ersten Themenschwerpunkt will Goll Zusammenhänge und Strukturen nachzeichnen, Handlungsspielräume und Motive von ihm ausgewählter Personen erforschen. Er positioniert sich dabei scheinbar neutral aus einer übergeordneten Stellung. „Schurken“ und „Helden“ stünden bei ihm nicht im Vordergrund. Es gehe ihm, schreibt er, vorrangig nicht um Mitgliedschaften der Lehrerschaft in NS-Organisationen, was er unter dem Begriff der nur „formalen Zustimmungswerte“ zusammenfasst, sondern um die „Rekonstruktion der Lebenswirklichkeit“ von Lehrerinnen und Lehrern als sein zentrales Analyseinstrument. Er berichtet meist ohne Absicherung über Quellen, was die von ihm ausgewählten Personen angeblich gewusst, gedacht oder gefühlt haben. Er kommentiert deren Verhalten umfänglich und bewertet sie in der Regel verzeihend als opportunistisch. So würden zwar die Mitgliedszahlen der Lehrer_innen in der NS-Zeit (97 Prozent Mitglied-

schaft im NSLB, über 30 Prozent zudem im der NSDAP) „auf den ersten Blick ... eine eindeutige Sprache“ sprechen. Zwar könnten nur „sehr wenige Lehrkräfte, die zwischen 1933 und 1945 ihren Beruf ausübten, von sich behaupten, nicht unmittelbar oder doch wenigstens indirekt mit der antisemitischen Verfolgungspraxis des Regimes in Berührung gekommen zu sein“, aber es spreche doch einiges dafür, „dass opportunistische Motive für die meisten Staatsdiener_innen, Lehrerinnen und Lehrer eingeschlossen, sowohl für den Parteieintritt als auch für das Engagement in NS-Gliederungen, -Organisationen und -Verbänden letztendlich bestimmend gewesen sein dürften.“

Hier und auch bei den folgenden Zitaten wird deutlich, wohin die von ihm betriebene „Rekonstruktion der Lebenswirklichkeit“ führt, nämlich in die Relativierungsfalle. Goll versucht sich in einem nachvollziehenden Verstehen der von ihm angenommenen Motive, warum sich so viele Lehrer_innen den Nazis anschlossen: „Was verlangte der Nationalsozialismus anderes, dürfte sich womöglich manch ein Volksschullehrer gefragt haben, als eine überschaubare, vielleicht unschöne, aber erforderliche Phase politischer ‚Aufräumarbeit‘...“

Diese „Aufräumarbeit“ war von Anfang an Gewalt, Terror, Inhumanität und Bestialität gegen all diejenigen, die nicht zur „deutschen Volksgemeinschaft“ gehörten bzw. gehören sollten. Lehrerinnen und Lehrer, die mitmachten, tolerierten oder bewusst wegschauten – waren sie vielleicht nicht doch „Schurken“ ohne ein Gefühl für Humanität und ohne Mitleid mit den Verfolgten? Wieso Goll in seiner Studie trotz selbst aufgeführter gegenteiliger Beispiele zu dem Schluss kommt: „Eine Identifizierung mit dem System wurde also kaum erreicht,

sondern lediglich Anpassung“, erschließt sich den Leserinnen und Lesern nicht. Wieso war der NSLB „nichts weiter als ein notwendiges Übel“? Goll findet statt Schurken und Täter vor allem eine passive Lehrerschaft, die der Vereinnahmung durch das NS-Regime sozusagen hinterher trotzte, als eine amorphe Gruppe von Opportunist_innen. „Ohne die individuelle Motivlage zu kennen oder wenigstens zu errahnen, ist kein abschließendes Urteil möglich.“

Den konkreten Einzeltatnachweis hat die Justiz bei Prozessen gegen NS-Täter seit gut einem Jahrzehnt aufgegeben. Warum hält Goll an diesem althergebrachten Entschuldungspfad der Täter fest?

Er sieht aber auch keine Helden in der Lehrer_innenschaft. Es gab in der Tat nur sehr wenige, die z.B. gegen die Verfolgung jüdischer Schüler_innen und Lehrer_innen protestierten, diese schützten oder ihnen halfen. Aber es gab Formen des Widerstands. Sie werden von Goll nur quasi am Rande dargestellt. An diese andere, widerständige Traditionslinie müsste in der heutigen GEW viel ausführlicher erinnert werden. Der von Goll

Goll findet statt Schurken und Täter vor allem eine passive Lehrerschaft, die der Vereinnahmung durch das NS-Regime sozusagen hinterher trotzte, als eine amorphe Gruppe von Opportunisten.

herausgehobene Autor Lutz van Dijk erinnerte daran, dass oppositionelles Lehrerverhalten die Fähigkeiten zur Wahrnehmung und zur Einfühlung voraussetzte. Welch trefflicher Hinweis für einen Forschungsansatz und für die heutige gewerkschaftliche Erinnerungskultur!



Mit einem Vorwort von Marlis Tepe, Weinheim 2021, 420 S. (Beltz Juventa Vlg.)

Warum Goll den Kreis der widerständigen Lehrerinnen und Lehrer auf die Menschen, die „nicht bereits aufgrund ‚rassischer Merkmale‘ von den Nationalsozialisten als ‚Gemeinschaftsfremde‘ gebrandmarkt wurden“, reduziert, bleibt unverständlich. Zählt er jüdische Lehrerinnen und Lehrer grundsätzlich nicht zu den Widerständigen, weil sie rassistisch verfolgt wurden?

Nachkriegszeit

Die Lehrer_innenschaft im Nationalsozialismus hätte – so Goll – der GEW ein komplexes, widersprüchliches und problembehaftetes Erbe hinterlassen. In seinem zweiten Themenschwerpunkt behandelt er diesen „Erbfall“, der bekanntermaßen 1945 mit dem Sieg der Alliierten über Nazideutschland eintrat. Der „Erblasser“, der NSLB, war – wie andere Naziorganisationen – mit dem Alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 2 vom 10. Oktober 1945 liquidiert worden. Was gehörte zur „Erbmasse“ dieses Verbandes – materiell, personell, strukturell, ideologisch? Wer war der oder die eigentliche „Erbnehmer_in“? Die GEW wurde ja erst 1948 gegründet – wenn man

so will, war sie „Nacherbin“.

Die alliierten Siegermächte wollten zunächst, stellt Goll zutreffend fest, dass aktive Nationalsozialisten und „glühende Sympathisanten“ nach Kriegsende unter keinen Umständen im öffentlichen Dienst, also auch im Bildungsbereich, im Amt verbleiben. Es sollte u.a. zu einer personellen, strukturellen und inhaltlichen Neuausrichtung des Schulwesens kommen.

Die von den Entnazifizierungsmaßnahmen betroffenen Lehrerinnen und Lehrer sahen sich als Opfer der alliierten Politik. Goll zeigt auf, wie sich die neu gegründeten Lehrerverbände nach 1945, die später zur GEW zusammenfanden, für die Wiedereingliederung der wegen NS-Belastung entlassenen Lehrkräfte engagierten. So agierten sowohl ihre Vertreter in vielen Unterausschüssen zur Entnazifizierung der Lehrer_innenschaft als auch in der Rechtsberatung und -vertretung. Innerhalb kurzer Zeit gelang es, eine dauerhafte Rehabilitierung (Wiederübernahme in den öffentlichen Schuldienst, Erstattung aberkannter Versorgungsbezüge usw.) belasteter Lehrerinnen und Lehrer durchzusetzen. Goll stellt dar, dass die Betroffenen in der NS-Zeit nicht bereit waren und dass ihre Vertreter in der GEW es an Reflexion fehlen ließen.

Bei der Beschreibung der Gründung und des Aufbaus der GEW weist Goll darauf hin, dass es vor allem die alten Funktionäre der Weimarer Lehrervereinigungen wie Fritz Thiele, letzter Geschäftsführer des Deutschen Lehrervereins vor 1933, und Max Traeger, Vorsitzender der in Hamburg wiedergegründeten Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, waren, die sich schwerpunktmäßig um das materielle NS-Erbe sorgten, vor allem um das an den NSLB abgeführte

Vermögen. Es ging hierbei um gewerkschaftliches Alt- und um NS-Neuvermögen (so die Villa Rothenbaumchaussee 19), weitere Immobilien, wirtschaftliche Einrichtungen, Kranken- und Sterbekassen usw. Hierbei fehlte – so Goll – nahezu vollständig eine kritische Reflexion der unmittelbaren Vergangenheit. „Scheinbar mühelos und nur schemenhaft in die Vergangenheit blickend, arbeiteten die alten Funktionäre aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus nach 1945 zusammen...“. Ein struktureller und inhaltlicher Neu-

Goll stellt fest, „dass eine aufrichtige innerorganisatorische Verständigung über den Charakter und das Verhalten der Vorläuferorganisationen im Nationalsozialismus im Kontext der Restituten nicht stattfand“

anfang fand unter Hinweis auf die Bewältigung der materiellen Notsituation von Schüler_innen und Lehrer_innen nicht statt. Pragmatismus – so Goll – war das Gebot der Stunde. Die Lehrerverbände und die sich aus ihnen entwickelnde GEW sahen sich als Opfer der NS-Gewaltherrschaft. Goll stellt fest, „dass eine aufrichtige innerorganisatorische Verständigung über den Charakter und das Verhalten der Vorläuferorganisationen im Nationalsozialismus im Kontext der Restituten nicht stattfand. Auch in diesem Punkt ist letztlich ein ‚pragmatischer Umgang‘ der GEW mit dem NS-Erbe klar zu erkennen“, der bis heute nicht aufgearbeitet ist.

Die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik

In seinem dritten Schwerpunkt zeigt Goll auf, dass es auch nach

Gründung der Bundesrepublik jahrzehntelang keine kritische Debatte zum Verhalten der Lehrer_innenschaft und ihrer Verbände in der NS-Zeit gab. Immer wieder sollte ein „Schlussstrich“ gezogen werden, Fragen von eigener Schuld und Verantwortung spielten keine Rolle. Die Hinwendung zu den eigentlichen Opfern des Nationalsozialismus, wie den verfolgten Lehrkräften in den NS-Zeit und ihrer rechtlichen Vertretung durch die GEW, schätzt Goll als völlig unzulänglich ein.

Erst mit Aufkommen neonazistischer Vorfälle zu Beginn der 1960er Jahre in der Bundesrepublik griff auch die GEW in die Debatte um eine veränderte Bildungsarbeit über die NS-Geschichte ein (Lehrpläne, Schulbücher usw.). Die insbesondere von Heinrich Rodenstein initiierten und geförderten Kontakte zur israelischen Lehrgewerkschaft halfen mit, das internationale Ansehen der GEW zu fördern. Goll diskutiert im Weiteren die Auswirkungen des Generationenwechsels innerhalb der GEW weg von einer stark männlich geprägten konservativen Ständesorganisation hin zu einer sich weltoffen, antifaschistisch und antirassistisch zeigenden Gewerkschaft mit „linkem“ Profil, die es aber nicht (ausreichend) vermochte, ihre eigenen Wurzeln und ihre eigene Vergangenheit umfassend selbstkritisch zu reflektieren. Es galt lange unhinterfragt weiter das bewährte Prinzip: Beschweigen, Beschönigen und Verdrängen.

Dass Jörn-Michael Goll dieses Nachkriegserbe der GEW ins Licht gerückt hat, macht seine Studie zu einer letztlich begrüßenswerten Neuveröffentlichung. Es ist freilich zu bedauern, dass der erste Teil seines Buches derart gravierende Schwächen aufweist.

BERNHARD NETTE
STEFAN ROMEY

Nichts wurde verdrängt oder verschwiegen

Quellen belegen es: Die Mitglieder der „Gesellschaft ...“ waren ganz anders

Die Lehrerschaft hatte von 1933 bis 1945 in den Schulen nach den Vorgaben des NS-Staates zu unterrichten. Organisiert war sie zum allergrößten Teil im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB). Lehrkräfte hatten als Staatsbedienstete einen Eid auf Hitler abzulegen, mit den Kindern Nazi-Lieder zu singen und beim Hissen der Hakenkreuzfahne auf dem Schulhof mit den angetretenen Klassen den Arm zum Hitlergruß zu heben.

In Hamburg fehlte es wegen solcher Erblasten nicht an früher Kritik und Selbstkritik. Die Hamburger Lehrerin und Verfolgte des Naziregimes Erna Stahl beklagte z. B. bereits 1948, aus „Angst um die eigene Existenz oder um die künftige [Existenz] der Kinder“ seien diese den NS-Vorführer_innen ausgeliefert gewesen, als es darauf angekommen wäre, Gegengewichte gegen Ungeist, Phrasen, Lügen, Hass und Größenwahn aufzurichten.

Wie schwierig es jedoch blieb, diesbezüglich zwischen freiwilliger Hinwendung und erzwungener Anpassung zu unterscheiden, formulierte der politisch unverdächtige GEW-Vorsitzende H. Rodenstein (1960-1968). Er war 1933 Mitglied der KPD und der linken „Allgemeinen Freien Lehrgewerkschaft“ (AFLG). H. Rodenstein schrieb: „Wo physisch-psychischer Terror Angst gebiert, wird Tarnung, Heuchelei zur Lebensnotwendigkeit. Wenn man nicht mehr ungestraft frei reden kann ..., gibt es kaum noch zuverlässige Zeugnisse über die wahre Gesinnung.“

Dieses Problem behandelt J.

M. Goll. Er kritisiert speziell die widerstandslose Hinnahme von NS-Verbrechen und deren Verschweigen auch durch die Lehrerschaft. Zudem beschreibt er bei den frühen Lehrerverbänden ein fehlendes Engagement und ein abwehrendes Agieren bei der Aufarbeitung der NS-Untaten. Einen deutlichen Wendepunkt in der GEW sieht er erst nach dem Generationswechsel um das Jahr 1968. Bereits das Inhaltsverzeichnis des Buches zeigt, wie überlegt der Autor seine Thesen entfaltet, Antworten sucht und auf Unklarheiten und Widersprüchliches verweist. Er

Der Autor urteilt (bzw. übernimmt ungeprüft den Vorwurf), die Hamburger GEW habe 1951 (...) in Komplizenschaft mit Ex-Nazis und einem zuständigen Amt die Rückgabe einer Immobilie erschlichen und illegal ein NS-Erbe angetreten

behandelt auch die Lehrerschaft in der Weimarer Republik, deren „Gleichschaltung“, die Bildungspolitik der Nationalsozialisten, den Schulalltag nach 1933 und im Krieg. Dabei geht er – u.a. am Beispiel des Hamburgers Rudolf Klug – auch auf Fälle von Verweigerung und aktivem Widerstand ein. Es fällt jedoch auf, dass J.-M. Goll – anders als die GEW-Hamburg in wiederholt aufgelegten Veröffentlichungen – die Verbrechen von Soldaten (und Lehrer_innen) bei

den Raub- und Vernichtungsfeldzügen des deutschen Militärs nicht deutlich thematisiert.

In den letzten Kapiteln behandelt der Autor u.a. ausführlich Versäumnisse in den Westzonen bei der Entnazifizierung (auch) der Lehrerschaft und die Reorganisation des Schulwesens. Er plädiert für einen Diskussionsprozess in der GEW über die NS-Verbrechen, der „niemals abgeschlossen sein dürfe“. Obwohl man damit verbundene Hoffnungen gern teilen möchte, stimmen die Erfahrungen der letzten Jahre partiell skeptisch. In unserer Hamburger Organisation gibt es bereits seit langem einen permanenten Diskurs über Aufarbeitung und „Erbe“ der NS-Herrschaft, aber wie viele Mitglieder an diesem teilnehmen, bleibt ungewiss. Hier müsste zukünftig kritischer gefragt werden, inwieweit (auch unsere schulische) Aufklärungsarbeit Beachtung findet und tatsächlich in nennenswertem Umfang zu den eigentlich angestrebten Einstellungs- und Verhaltensstrukturen beiträgt. Die Unterrichtsmaterialien der Hamburger GEW etwa über Judenverfolgung sowie Gefahren und Strukturen des Neofaschismus haben zwar über zehntausend Käufer gefunden, aber was bewirkten sie?

J.-M. Golls Buch passt übrigens zu einer aktuellen Kontroverse in der Hamburger GEW.

Hier vertritt eine Gruppierung die Auffassung, die Hamburger Lehrer_innen hätten sich 1933 mehrheitlich begeistert den Nazis angeschlossen und wären dementsprechend nach dem Krieg doch wohl mit Köpfen

Vorher war seit dem 29.4.1935 auf Grund Auflösung vom 2.3.1935 des „Lehrervereinshaus, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg“ als Eigentümer in der I. Abteilung des Grundbuchs eingetragen. Diese erst nach Inkrafttreten des NS-Gesetzes über Beamteneinigungen vom 27.5.1937 aufgelöste Gesellschaft war zur Vermögensträgerin der früheren „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg“. Letztere hatte vor der Überführung in den NSLB gewerkschaftlichen Charakter, wie sich aus den §§ 1, Abs.(1) und 11B der am 1.1.1928 in Kraft getretenen

Das gesamte Schriftstück befindet sich im Archiv der GEW. Faksimiles wurden bereits 2008 verteilt

voller Naziideologie den wieder entstehenden Lehrerorganisationen beigetreten. Die GEW habe so bei einer „Renazifizierung“ mitgewirkt. Andere, wie der Rezensent, gehen davon aus, dass 1933 die „Gleichschaltung“ der großen Mehrheit der Mitglieder unserer Vorgängerorganisation der „Gesellschaft der Freunde ...“ (kurz GdF) zwangsweise erfolgte und eine Anpassung erst nach Androhung von Entlassungen und (wörtlich) „Abwürgen“ und „Tottreten“ erfolgte. Die Zeitung der antifaschistischen Lehrerorganisation AFLG schrieb bereits am 20. Februar 1933: „Es hagelt ringsum Verbote, Absetzungen, Überfallnachrichten. ... Wir erleben Nazimorde an wehrlosen ... Arbeitern. ... wir haben Kriegszustand.“

Demnach hätte 1945/46 – zumal nach dem grauenhaften Ende der NS-Herrschaft – die Möglichkeit bestanden, dass ein nicht unerheblicher Teil der Lehrerschaft aus Überzeugung in eine demokratische Lehrerorganisation eintrat. Das gilt auch, wenn diese Lehrer_innen Schuld verdrängten oder beschwiegen und nicht öffentlich bereuten.

Da die GEW erst am 6.9.1948 gegründet wurde, wären für das Verhalten der Lehrerschaft in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zunächst deren regionale Vorläufer zu untersuchen. Hier gibt es ein Problem, auf das der Autor auch hinweist, denn der Neuaufbau der Lehrerorganisationen verlief in den einzelnen Städten und Bezirken höchst unterschiedlich. Die Akten über die Vorgängerorganisationen

sind zudem lückenhaft, teilweise fehlen sie gänzlich. Deshalb kann der Autor, was eigentlich die wissenschaftliche Arbeit des Historikers ausmacht, die Stichhaltigkeit bereits vorliegender regionaler Untersuchungen oft nicht anhand der Quellen prüfen.

Dies wäre in Hinblick auf die Restitution des von den Nazis eingezogenen und in der Nachkriegszeit zurückgeforderten und rückerstatteten Eigentums der Lehrerorganisationen vorteilhaft gewesen. Der Autor deutet hier etwas überraschend insbesondere einen einzelnen Reisebericht so, als wäre die Hoffnung auf Wiedererlangung des ab 1933 vom NSLB übernommenen Gewerkschaftsbesitzes einer der wichtigen Gründe, ein „Ferment“ für die Neugründung von Lehrerorganisationen gewesen. In ähnlichem Zusammenhang schreibt J.-M. Goll aufgrund der Sekundärliteratur der Hamburger GEW eine üble Erbschleicherei, eine beispiellose Betrügerei zu. Wegen des Bezugs auf Hamburg lohnt hier ein Exkurs, denn der Autor urteilt (bzw. übernimmt ungeprüft den Vorwurf), die Hamburger GEW habe 1951 in Komplizenschaft mit Ex-Nazis und einem zuständigen Amt die Rückgabe einer Immobilie erschlichen und illegal ein NS-Erbe angetreten. (S.280 f., S.292). Jene hätten dabei die falsche Behauptung aufgestellt, die hamburgische „Lehrervereinshaus GmbH“, als Vorbesitzerin eines rückerstatteten Gebäudes, wäre noch bis 1935 völlig eigenständig und eine von den Nazis gänzlich unabhängige gewerk-

schaftliche Organisation gewesen. (Die Landesjustizverwaltung hatte 1934 lediglich eine juristische Selbständigkeit bestätigt.) Hier wurde der Autor durch engagierte, aber nicht kritisch geprüfte Texte falsch informiert. Das dazu angeführte inhaltlich falsche Dokument aus dem Jahr 1949 war nicht an den 1951 entscheidenden Prüfausschuss gerichtet, sondern an eine „Vermögens- und Treuhandgesellschaft“ der GEW in Hamburg. Die Rückgabe der Immobilie erfolgte dann auch nicht aufgrund solcher (Falsch-)Aussagen und schon gar nicht solcher „der“ Hamburger GEW. Der entscheidende Prüfausschuss begründete die Restitution des Gebäudes an die GEW zutreffend damit, dass die „Gesellschaft der Freunde“(GdF) als deren Vorgängerorganisation bis 1933 gewerkschaftlichen Charakter hatte. Die „Lehrervereinshaus GmbH Hamburg“ bezeichnete der Ausschuss lediglich als weiterhin existierende „Vermögens-trägerin“ der GdF. Anders als von J. M. Goll behauptet, sprach der aus hohen Verwaltungsbeamten verschiedener Länder und nur einem Interessenvertreter der Gewerkschaften bestehende Prüfausschuss in Düsseldorf der „Lehrervereinshaus GmbH Hamburg“ keineswegs einen unabhängigen gewerkschaftlichen Charakter zu. Dies belegt die schriftliche Begründung der Entscheidung. (Das Wort „Letztere“ im beigefügten Faksimile bezieht sich eindeutig auf die „Gesellschaft der Freunde“ vor ihrer Überführung in den NSLB und

nicht auf die „Lehrervereinshaus GmbH“.) Ob J.-M. Goll diese entscheidende Quelle überhaupt kannte, ist allerdings ungewiss.

Ihm lagen womöglich nur die erwähnten Behauptungen eines Ex-Nazis aus dem Jahr 1949 über einen unabhängigen Charakter dieser Vermögensträgerin „Lehrervereinshaus GmbH“ vor. Diese spielten jedoch bei der Rückerstattung 1951 keine Rolle. Die J.-M. Goll verdächtig erscheinende späte Freigabe des Hauses entsprang zudem nicht Zweifeln des zuständigen Prüfausschusses, sondern allgemein geltenden gesetzlichen Vorschriften über Restitutions.

Mit dem Erwähnen solcher Ungenauigkeiten soll jedoch nicht davon abgelenkt werden, dass der Autor zu Recht ein Fehlen öffentlicher Schulbekenntnisse der Lehrerschaft wegen ihres Wirkens im NS-Staat beklagt. Dies gilt insgesamt leider auch für Hamburg, aber nicht gleichermaßen für die in der „Gesellschaft der Freunde“ organisierten Lehrkräfte. Diese übten statt öffentlicher Selbstbezeichnungen unübersehbar tätige Reue. Unter Leitung erfahrener Gewerkschafter traten sie kein NS-Erbe an. Diese entwarfen bereits Jahre vor Kriegsende „feste Pläne“ für die Zeit nach dem Ende der Diktatur. Ihnen ging es um den Aufbau einer neuen Schule und einer nach „demokratischen Gesichtspunkten“ organisierten Lehrergewerkschaft. Nach einer schnellen Kontaktaufnahme dieser Nazigegner_in-

nen mit der britischen Besatzungsmacht organisierten sie zunächst mit deren Zustimmung die Reinigung der Schulbücher von NS-Ideologie und dann die Arbeit u. a. an neuen Lehrplänen und Schulbüchern. Max Traeger, der Vorsitzende der wieder gegründeten „Gesellschaft“, stützte sich dabei ausdrücklich auf Lehrkräfte, „die schon vor 1933 in dieser Arbeit gestanden hatten und ihr auch in den Jahren der NS-Herrschaft pädagogisch und

Das „grauenhafte“ Erbe des Dritten Reiches sowie die Verbrechen des Nationalsozialismus wurden seitens der „Gesellschaft“ und der Hamburger (Lehrer-)Gewerkschafter also weder verdrängt noch mit Schweigen übergangen

politisch treu geblieben waren.“ Wie demokratisch es in der wiederbelebten „Gesellschaft“ zugeht, zeigt die hohe Beteiligung der Mitglieder. Die Ausschüsse der aus den genannten Gründen schnell zugelassenen „Gesellschaft“ hielten von Mai 1945 bis Juni 1946 bereits 199 Sitzungen ab! Ein „Geschichtsausschuss“ erarbeite von August 1945 bis Januar 1946, also bereits lange vor Eröffnung der Schulen, in 36 Vollsitzungen einen neuen Lehrplan für dieses Fach.

Das „grauenhafte“ Erbe des Dritten Reiches sowie die

Verbrechen des Nationalsozialismus wurden seitens der „Gesellschaft“ und der Hamburger (Lehrer-)Gewerkschafter also weder verdrängt noch mit Schweigen übergangen. Bereits in ihren ersten Verlautbarungen geißelten sie die verbrecherischen „Wertmaßstäbe des Nationalsozialismus“ wie „absoluter Staat, Militarismus, Rassenhass“ sowie „Gleichschaltung, Propaganda, Terror“. Auch die „verhängnisvolle Politik [der] Aufrüstung und [des] verbrecherisch entfesselten ruchlosen Angriffskrieges“ der Nazis blieb von der Kritik nicht ausgespart. Im April 1947 rief die „Gesellschaft der Freunde“ zudem zur Wiederbelebung der Friedenserziehung und zur Erziehung zur internationalen Verständigung auf. Dies sei „angesichts der furchtbaren Folgen von Machtpolitik und Gewaltanwendung ... für uns Lehrer eine Selbstverständlichkeit.“ Selbstkritik der Lehrerschaft stärkte sie auch bei der Vertreterversammlung zur Gründung des „Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes“, des GEW-Vorläufers in der britischen Zone am 9. und 10. Januar 1947 in Detmold. Dort „wurde ... ernste Abrechnung mit dem Lehrerstande gehalten, vor allem mit denen in Schule und Organisation, die Schulung statt Schule, Abrichtung statt Bildung, Marschieren statt Persönlichkeitsentwicklung brachten, die Jugendseelen vergifteten und mordeten.“ Dies waren keine bloß rhetorischen Floskeln: „Der lebhaft Beifall nach einem stillen Augenblick der Ergriffenheit zeigt[e], wie die Versammlung sich von den Ausführungen des Redners angesprochen fühlte.“

J.-M. Goll wird diese kurzen Anmerkungen zu seinen Aussagen bei einer 2. Auflage seines beachtlichen Werkes sicherlich in einer Fußnote berücksichtigen.

JÖRG BERLIN

Zitierte und/oder erwähnte Literatur

Stahl, Erna, Jugend im Schatten von gestern, Hamburg 1948, S. 108

Rodenstein, Heinrich, in: Breyvogel, W., Volksschullehrer und Faschismus, in: Heinemann, M., Der Lehrer und seine Organisation, Stuttgart 1977, S.319

Vgl. zu den Zitaten am Ende des Beitrages das „Mitteilungsblatt“ der GdF

Genauere Angaben zu den Quellen können beim Autor unter berlin.joerg@hamburg.de nachgefragt werden



Die Stiftung Auschwitz-Komitee schreibt 2021 den mit 5.000 € dotierten Hans-Frankenthal-Preis aus. Bis zum 8. Mai 2021 können Vorschläge und Bewerbungen eingereicht werden.

Die Ausschreibung des Preises richtet sich an Gruppen, Initiativen und Institutionen, die im Sinne der Überlebenden der NS-Verfolgung Aufklärungs- und politische Bildungsarbeit gegen das Vergessen und gegen nationalsozialistische und neofaschistische Bestrebungen leisten. Informationen zu Auswahlkriterien und zur Form der Bewerbungen: www.stiftung-auschwitz-komitee.de/der-hans-frankenthal-preis

Hans-Frankenthal-Preis 2021 Bewerbungsfrist 8. Mai 2021

Die Stiftung Auschwitz-Komitee hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Stimmen, die Mahnung und das Vermächtnis derjenigen, welche die nationalsozialistischen Verbrechen noch selbst erlebt und überlebt haben, an die nachfolgenden Generationen weiter zu geben und in Erinnerung zu halten.



Stiftung Auschwitz-Komitee schreibt Hans-Frankenthal-Preis 2021 aus



Zum elften Mal schreibt die Stiftung Auschwitz-Komitee den **Hans-Frankenthal-Preis** aus – dieses Jahr erstmals dotiert mit einem auf 5.000 Euro erhöhten Preisgeld. Mit dieser Auszeichnung unterstützt sie Menschen und Initiativen, die das Anliegen der Überlebenden des NS-Terrors aufgenommen haben, die ihre Geschichten von Verfolgung, Gewalt und Mord mit uns geteilt haben und bis heute mit uns teilen: Die gemeinsame Gestaltung einer solidarischen, wahrhaft demokratischen und gerechten Gesellschaft für alle Menschen.

Dieses Engagement und seine Unterstützung sind heute, nach den rassistischen Morden von Hanau, wichtiger denn je. Bereits im Jahr 2000 hatte der damalige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, erklärt: „*Wehret den Anfängen' heißt es oft. [...] Was wir fast täglich erleben, hat nichts mehr mit ‚Anfängen' zu tun. Wir befinden uns bereits mittendrin im Kampf gegen Rechts.*“ Zwar wurde nach der Ermordung von neun, durch den Täter als nicht-deutsch bewerteten Menschen in Hanau am 19. Februar 2020 erstmals auch von staatlicher Seite Rassismus als Motiv eingeräumt. Aber dennoch agierten die Sicherheitsbehörden, fast zehn Jahre nach der Aufdeckung des NSU-Skandals, ungebrochen rassistisch: Statt Aufklärung und Unterstützung zu garantieren, sprachen sie mit der Unterstellung von Selbstjustiz-Gedanken Angehörige der Opfer als vermeintliche Gefährder an.

Die Corona-Pandemie hat nicht nur die dringend notwendige Aufklärung und Bekämpfung von unmenschlichen und rassistischen Einstellungen und Taten im Sicherheitsapparat, in Behörden, Gruppen und Teilen der Bevölkerung in den Hintergrund gedrängt. Diese Ausnahmesituation wird im Gegenteil sogar zu einer Forcierung rechter Propaganda genutzt. Umso wichtiger ist die Unterstützung von Menschen und Initiativen, die sich dieser Entwicklung entgegenstellen.

Für die diesjährige Verleihung des Hans-Frankenthal-Preises können Vorschläge und Bewerbungen bis zum **8. Mai 2021** eingereicht werden. Die Ausschreibung richtet sich an Gruppen, Initiativen und Institutionen, die im Sinne der Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung Aufklärungs-, politische und Bildungsarbeit gegen das Vergessen und gegen nationalsozialistische und neofaschistische Bestrebungen leisten.

Für aktuelle Termine bitte auf unsere website gehen unter <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine> gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen, da aufgrund der Corona-Situation manche Termine nur mit Voranmeldung geplant werden bzw. ganz ausfallen.

GEW Geschäftsstelle im April wie zuvor geöffnet (Bitte klingeln!)

Laut der aktuellen Hamburger Corona Eindämmungsverordnung dürfen wir in der GEW weiterhin Versammlungen und Gruppentreffen abhalten, natürlich unter entsprechenden gesundheitsförderlichen Bedingungen. Weitere Infos für GEW Gruppen und der Hygieneplan finden sich unten. Auch die Geschäftsstelle ist zu den genannten Bedingungen geöffnet. Bitte klingeln!

Für GEW-Gruppen gilt:

Ihr könnt weiterhin Räume bei uns reservieren. Dabei gelten folgende Voraussetzungen:

1. Wir haben Raumobergrenzen, bedingt durch den vorgegebenen Mindestabstand von 1,5 Metern A: 10 TN, B: 3 TN, C: 5 TN, GBW: 7 TN
2. Außerhalb des Sitzungsraums muss in der Geschäftsstelle ein Mund-Nasenschutz getragen werden. Innerhalb des Sitzungsraums ist es Euch als Gruppe freigestellt.
3. Personen mit Atemwegserkrankungen dürfen nicht teilnehmen.
4. Ihr müsst eine Teilnehmer_innenliste führen (die Vorlage legen wir Euch in den gebuchten Raum), die bei der Geschäftsführung hinterlegt und dort 4 Wochen aufbewahrt werden muss. Im Infektionsfall wird diese Liste dem zuständigen Gesundheitsamt ausgehändigt. Nach vier Wochen wird diese Liste vernichtet.
5. Für **externe Gruppen** stellen wir die Räume zur Zeit nicht zur Verfügung, weil wir das vom Hygienekonzept nicht zusätzlich bewältigen können.

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch u.a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Der nächste Termin ist der 27.4., 15-17 Uhr.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: STS-Stellungen

Rückseite: DGB

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 5-6/2021: 29.04.2021



Das HLZ-Rätzel

Spaß mit Abstand

Abfahrten, Abibälle? Nicht in Coronazeiten! Statt mit Abstreichen wollen Schüler_innen wenigstens in der Mottowoche etwas Spaß haben – unter Beachtung der AHA-Regeln. Eine Schulleitung im Raum Hamburg hat mit einem Verbot öffentlichen Zorn auf sich gezogen.



CC BY-SA 3.0, commons.wikimedia.org

Welche Mottowoche wurde von der Schulleitung verboten?

- A) ‚Coronabi‘ – Abi-Jogginghosen mit aufgedruckten Corona-Flaschen
- B) ‚WasABI: Die Schärfsten gehn‘ – Wasserbomben-Aktion
- C) ‚Mit Abstand die Besten‘ – In Pyjama oder Bademantel zur Schule
- D) ‚Corona-ABI: Zu Hause geblieben, trotzdem bekommen‘ – Abi-Pullis

Einsendungen bitte mit Postanschrift bis zum 28.4.2021 an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Als Preis winkt wieder ein Buchgutschein im Wert von 25 Euro. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Des letzten Rätsels Lösung...



... sind 10.000 Dollar pro Golfschlag bzw. insgesamt 144 Mio Dollar. So teuer war für die US-Staatskasse der Hobbysport von Ex-Präsident Trump an 298 Tagen seiner Amtszeit – berechnet von der taz nach Daten von trumpgolfcoun.com. Als Gewinnerin ermittelten wir Bettina Betz. Sie bekommt einen Gutschein für ein Buch eigener Wahl. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Mit der Air Force One zum Golf: Donald Trump

Bild: Michael Vadon/Wikimedia commons - CC-BY-SA-4.0

Aus dem gesunden Menschenverstand...

Jetzt hat es mich kalt erwischt! Häufig genug habe ich in dieser Zeitung geschrieben, dass mensch sich nicht auf seinen gesunden Menschenverstand verlassen sollte, weil dieser nunmal alle Krankheitserreger, die die herrschenden Gedanken der Herrschenden zu bieten haben, in sich trägt. So auf jeden Fall kann ich meine Erfahrung aus dem Arbeitsprozess beim Schreiben des Artikels über die Identitätspolitik charakterisieren.

Zu Beginn meines Schreibens schien mir noch alles einigermaßen klar. Von daher auch der etwas forsche Vorspann: von wegen Struktur in die Debatte bringen. Und so war ich immer am Rande dessen, was zurzeit so mancher Kabarettist oder soll ich sagen: Comedian benutzt, um das Publikum zum Lachen zu bringen. Von wegen Schwarzsehen sei nicht mehr gestattet oder auch Schwarzbrot müsse vom Speiseplan genommen werden. Auch wenn ich mir diese absurden Wendungen verkniffen habe, so war ich doch der Versuchung erlegen, etwas subtilere ironische Wendungen zu verwenden. Soll

denn am Schluss jede_r für sich allein kämpfen, wenn es fortan nur noch den unmittelbar Betroffenen erlaubt sein soll, sich gegen ihre Unterdrücker_innen

Veröffentlichungen zum Thema. Manni – für die nicht regelmäßigen hlz-Leser_innen: wie Wolfgang mein Redaktionskollege – schickte mir immer wieder Links

Wir haben tief in den Abgrund geblickt. Wir haben gesehen, dass Ruhe nicht immer gleich Friede ist, unsere Anschauungen und Auslegungen dessen, was scheinbar recht ist, nicht immer gerecht.

Aus: „The Hill We Climb“ von Amanda Goreman; Übersetzung a.d.E. v. Kübra Gümüşey, Hadija Haruna-Oelker, Uda Strätling; entnommen der zweisprachigen Ausgabe des bei Hoffmann & Campe 2021 erschienenen Werks

zur Wehr zu setzen? Selbst diese blöde sprachliche Wendung: „Man wir doch nochmal fragen dürfen...“ war mir in der ersten Fassung rausgerutscht.

Dies führte dazu, dass unsere Schlussredakteurin Susanne, die meine geistigen Ergüsse vor Veröffentlichung immer gegenliest, sich nach zwei Dritteln Durcharbeitens weigerte, weiter zu lesen. Keine allgemeine Verunsicherung, sondern ein sehr direkte unmittelbare konnte ich bei mir feststellen. Ich intensivierte daraufhin meine Suche nach

zu Artikeln vornehmlich aus der TAZ. Hier wurde und wird der Konflikt seit einiger Zeit vielleicht am intensivsten diskutiert. Zusammen mit den Ergebnissen meiner Internet-Recherche und den letzten Artikeln in der ZEIT hierzu stellte ich fest, dass quer durch das demokratische Lager – ja, so breit muss man das angehen – das gesamte Spektrum an Meinungen zu finden ist. Aus vielen Beiträgen ist aber ebenfalls eine gewisse Verunsicherung herauszulesen.

Ganz maßgeblich zu meiner Verunsicherung beigetragen hat der während des Schreibens erschienene Artikel des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck in der ZEIT (Ausgabe v. 31.3., S. 55f). Wenn er schreibt: „Menschen, die die Freiheit, Demokratie und Menschenrechte lieben, fragen nicht danach, ob jemand schwarz ist oder weiß“, dann offenbart dies genau den Konflikt. Nicht ohne Grund also hat die ZEIT-Redaktion diese Aussage als Überschrift aus dem Text herausgegriffen. Die um wahre Gleichberechtigung kämpfenden Aktivist_innen in den unterschiedlichsten Initiativen, bspw. die der Decolonize-Bewegung, haben inhaltlich in einem Offenen Brief an die Kulturbeauftragte des Bundes,



Foto: Navy Petty Officer 1st Class Carlos M. Vazquez II, Wikimedia, gemeinfrei

Amanda Goreman

Staatsministerin Monika Grütters, illustriert, worum es geht (s. S. 50f)

Meine Quellensuche in diesem Zusammenhang führte mich zu der Dokumentation rund um das Atari-Denkmal, das nach verschiedenen Protesten im Jahre 2003 von seinem Standort in Wandsbek entfernt wurde und mit öffentlichen Mitteln in Jenfeld in einem eigens dafür vorgesehenen Park wieder aufgestellt wurde. Und obwohl ich das wusste und wir damals in der hlz mehrfach darüber berichtet hatten, spürte ich jetzt erst die ganze Tragweite, ja Tragik, die sich dahinter verbirgt. Nicht vorstellbar ist es nämlich, dass die Entscheidung, das Denkmal lediglich zu

verlegen, zustande gekommen wäre, wenn es damals schon die jetzt so vielgescholtenen Initiativen um cancel culture gegeben hätte. Erst recht nicht, wenn die Entscheidungsträger sich damals zur Hälfte oder gänzlich aus People Of Color zusammengesetzt hätten.

So verrückt einem so manche Forderung im Zusammenhang mit der Diskussion um Herkunft und Identität auf den ersten Blick erscheinen mag – lasst uns die damit entstandene Verunsicherung zum Anlass nehmen, weiter darüber zu streiten. Die Lyrikerin Amanda Gore gibt uns dazu in ihrem wunderbaren Gedicht „The Hill We Climb“ (s. Kasten Seite 81) genügend Stoff.

Ich sehe meinen Versuch, Struktur in eine unübersichtliche Debatte zu bringen, nicht als gescheitert an. Ich bin auch nicht der Meinung, dass ich bei der Diskussion von der gegnerischen Sprache bis zur kulturellen Aneignung Äpfel mit Birnen gleichsetze. Dass dies alles in einem Artikel abgehandelt wird, ist eher Ausdruck eines komplexen Zusammenhangs. Allerdings merke ich, dass ich mich vor vorschnellen Urteilen gegenüber Jenen, denen jahrhundertlang Unrecht widerfahren ist, hüten sollte. Das schließt eine Haltung, die Demut kennt, mit ein.

JOACHIM GEFFERS

ANZEIGEN 04101-842 671 ANZEIGEN 04101-842 671

Bildung ermöglichen!

Mach mit! Unterstütze die GEW-Stiftung fair childhood für Bildung statt Kinderarbeit.

Spendenkonto fair childhood: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00, BIC: BFSWDE33MUE
 Unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

fair childhood
 GEW-Stiftung
 Bildung statt Kinderarbeit
 www.fair-childhood.de

Foto: Susanne Hemmerling

Hier könnte
Ihre
 private oder
 gewerbliche
Anzeige stehen!

Praxis für Psychotherapie und Supervision

- ◆ Freude am Leben
- ◆ Selbstvertrauen
- ◆ Gelassenheit
- ◆ Videositzungen möglich

Dipl. Mus. Andreas Merk
 Psychotherapie HeilprG, ehem. Lehrer

Telefon: 040/3009 3736 ◆ www.andreasmerk.de

STORCH HEINAR

ANZEIGEN 04101-842 671 ANZEIGEN 04101-842 671

Klinik am Leisberg BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de

albersdesign

**Media-Agentur
 Mediengestaltung
 +Druckproduktion**

**DTP . Layout . Reinzeichnung
 Grafik . Anzeigenverwaltung**

Horn 33 . 25421 Pinneberg

T: 04101-842 671
 M: 0157-38 37 1442

ca@albers.design
 www.albers.design

*Haben Sie weitere Anliegen –
 sprechen Sie mich gerne an!*

HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2021 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

040 333 505 14 (Tobias Mittag)
 040 796 128 25 (Georg Pflicht)
 040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)
www.h-l-f.de (mit Prämienrechner) / **info@h-l-f.de**

GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt

